

NEUE ZEIT



Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

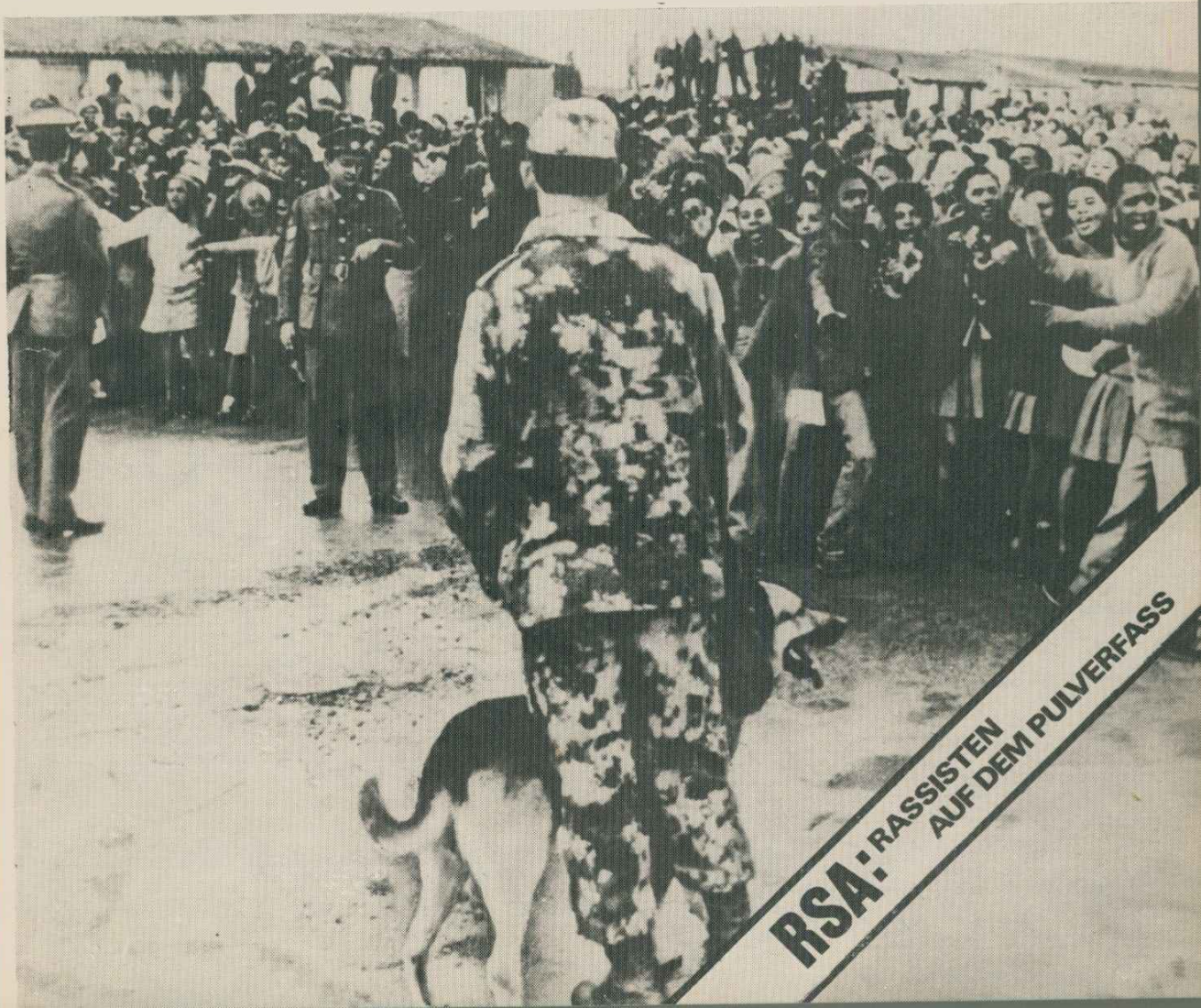
SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK

32

AUGUST 1977

ARBEITERKLASSE — BANNERTRÄGER DES FORTSCHRITTS

USA auf Zickzackkurs ★ DIE SOWJETISCHE HANDELSMARINE
ALS PARTNER ★ Äthiopien in schwerer Stunde



RSA: RASSISTEN
AUF DEM PULVERFASS



SOWJETUNION **IM BILD**

Vingis, ein großer Park am Rande der litauischen Hauptstadt, an einem warmen Sommertag. Viele Tausende festlich gekleidete Menschen — die Einwohner von Vilnius, anderer Städte und Dörfer Sowjetlitauens und Gäste aus der Ferne. Die Blicke aller sind der riesigen Bühne zugewandt. Ein viel-tausendköpfiger Chor singt. Der Vingis-Park hallt von den Liedern wider.

In Litauen wie in den beiden anderen sowjetischen Ostseerepubliken Lettland und Estland ist das traditionelle Liederfest der Republik ein besonderer Höhepunkt. Um das Recht, dabei zu sein, bewerben sich Zehntausende Sänger, Tänzer und Musiker, die beim künstlerischen Laienschafften mitwirken. Arbeiter, Kolchosbauern, Lehrer, Ärzte, Hausfrauen, Fischer und Kinder... Alle lieben die Welt der Musik, das Lied, das in die Herzen Eingang findet.

Unsere Bilder: Der viel-tausendköpfige Chor im Vingis-Park ♦ Eine junge Trommlerin

Fotos TASS



WOMIT GEHEN WIR IN DAS 21. JAHRHUNDERT?

Pessimisten behaupten, alles Neue sei nichts anderes als gut vergessenes Altes, und die Menschen wären außerstande, etwas wirklich Neues auszudenken, vielmehr zur Wiederholung alter Ideen verdammt. Die Menschheit lehnt diese triste „Weisheit“ ab — sehr zum Unterschied von ganz bestimmten politischen und militärischen Kreisen im Westen. Sie ziehen es vor, in alten Kategorien zu denken.

Ein Beispiel: Wie neu ist die Idee einer Neutronenbombe, die das Pentagon in diesem Sommer 1977 zum Objekt einer großangelegten militaristischen Kampagne gemacht hat? Blättern wir doch in alten Zeitungen, etwa aus dem Jahr 1961. Schon damals wußten die *New York Times* oder die *Washington Post* zu berichten, es werde an einer Waffe gearbeitet, die „speziell dazu bestimmt ist, menschliche Wesen zu töten, Gebäude aber intakt zu lassen“. Schon damals forderte Senator Thomas Dodd auf, solche Bomben „in beträchtlichen Mengen und verschiedenen Größen“ herzustellen. Aber schon damals lösten diese barbarischen Pläne in der ganzen Welt Entrüstung aus. In ihrer Erklärung vom August 1961 bezeichnete die Sowjetregierung die Pläne für die Entwicklung einer Neutronenbombe als durch die „Moral von Vandalen“ geprägt.

16 Jahre sind vergangen, und wir sind Zeugen eines erneuten Aufflackers des „Neutronenfiebers“, und wieder möchten die imperialistischen US-Kreise die ganze Welt mit diesem Fieber anstecken. Damals waren es Pläne, jetzt ist die Gefahr real. In einer TASS-Erklärung vom 31. Juli heißt es u. a.: „In der Sowjetunion möchte man hoffen, daß sich die Führung der USA darüber im klaren ist, welche Verantwortung sie mit dem Beginn einer neuen Runde im Wettrüsten auf sich ladet, und daß in Washington gesunder Menschenverstand und politischer Realismus die Oberhand gewinnen.“

Voller Unruhe und Empörung erörtert die Weltöffentlichkeit heute verschiedenste Aspekte der eventuellen neuen Situation. Möglicherweise haben die Urheber der neuen Projekte eine so heftige negative Reaktion nicht erwartet. Aber man darf nicht allzu sehr mit der Besonnenheit der Herren aus dem Pentagon rechnen. Sie haben sich noch nie durch tiefe Einfühlung in die wahren Empfindungen der Völker, darunter des eigenen Volkes, ausgezeichnet — siehe Vietnamkrieg.

Der Militarismus hat der Welt nur immer

raffiniertere Pläne für die Vernichtung der Menschheit anzubieten, sonst nichts. Jetzt trösten einige westliche Generale ihre Leser: Hätte man auf Dresden Neutronenbomben abgeworfen, so hätten weder der Zwinger noch die anderen Meisterwerke der Kunst Schaden genommen. Es wären „lediglich“ 35 000 Personen umgekommen. Das ist ja eine frohe Perspektive, die diese kunstbeflissenen Kannibalen Europa versprechen: die Tempel von Nowgorod und Köln in einer radioaktiven Wüste; die Schlösser an der Loire und die alten russischen Kreml, um die herum alles Lebendige vernichtet ist; die einmaligen architektonischen Ensembles von Paris ohne einen einzigen lebenden Menschen. Kurz, vom Pentagon erdachte Apokalypse des 20. oder des 21. Jahrhunderts.

Wir wollen uns jedoch von solchen Visionen nicht beeindrucken lassen. 16 Jahre nach dem ersten Ausbruch des „Neutronenfiebers“ hat die Welt es gelernt, sich nicht dem Fatalismus hinzugeben, den die Apostel der internationalen Spannungen so eifrig verbreiteten. Der Sinn der vergangenen Jahre besteht eben darin, daß wir uns alle, besonders in Europa, überzeugt haben: Den Frieden zu festigen ist durchaus möglich. Daran erinnerte uns auch der zweite Jahrestag nach der historischen Helsinki-Konferenz.

Heute hat die Menschheit allen Grund, an eine Perspektive zu denken, die Leonid Breschnew in folgenden Worten umriß:

„Wir glauben fest daran, daß der Realismus in der Politik und der Wille zu Entspannung und Fortschritt letzten Endes die Oberhand gewinnen werden und daß die Menschheit in das 21. Jahrhundert unter Verhältnissen eines Friedens eintreten kann, der stabil wie nie zuvor sein wird.“

Präsident Carter hat in einer seiner jüngsten Reden diese Worte zitiert, und er konnte nichts Treffenderes finden, um der Hoffnung auf eine bessere Zukunft der Menschheit Ausdruck zu geben. Was die Anstrengungen betrifft, die nötig sind, um die künftigen komplizierten Aufgaben bei der Konsolidierung des Friedens zu lösen, so wird die Sowjetunion nicht auf sich warten lassen. Das trifft genau auch für die gesamte sozialistische Gemeinschaft zu.

Aber wir sagen zu unseren westlichen Partnern: Der Wille zum Frieden und die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft sind nicht zu vereinbaren mit dem verstärkten Wettrüsten und mit der Perfektionierung von Mitteln zur Ausrottung der Menschheit. Mit dem Neutronenbomben-Kredo kann man in das 21. Jahrhundert nicht eintreten.

Am 26. Juli fand auf der Krim ein Freundschaftstreffen zwischen Leonid Breschnew und dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, János Kádár, statt. Bei dem Meinungsaustausch über die internationale Lage reagierten Leonid Breschnew und János Kádár besorgt auf Meldungen, daß es in einigen Teilen Afrikas zu militärischen Zusammenstößen kommt. Die Hoffnung wurde geäußert, daß die in Konflikt stehenden Seiten alles Erforderliche tun werden, damit das Feuer eingestellt wird und wieder Frieden bei ihnen einkehrt. Bei der Behandlung von Fragen der Entwicklung der kommunistischen und Arbeiterbewegung befonten Leonid Breschnew und János Kádár besonders, wie wichtig es ist, daß unter den heutigen Bedingungen die internationalistische Solidarität der sozialistischen Staaten, der kommunistischen und Arbeiterparteien, aller Kräfte gefestigt wird, die für Frieden und sozialen Fortschritt eintreten.

Leonid Breschnew richtete an den Präsidenten der ARÄ, Mohammed Anwar Sadat, anlässlich des 25. Jahrestages der ägyptischen Revolution vom 23. Juli 1952 ein Telegramm, in dem er dem befreundeten Volk Ägyptens Gratulationen und Wünsche für Fortschritt und Wohlergehen übermittelte. „Die gemeinsamen Ziele der Völker beider Länder im Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus, für die Liquidierung der Folgen der israelischen Aggression und die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten sind eine zuverlässige und feste Grundlage für eine allseitige Entwicklung der sowjetisch-ägyptischen Beziehungen“, heißt es im Telegramm. M. A. Sadat bedankte sich in seinem Antworttelegramm herzlich für die Glückwünsche. Das Volk Ägyptens, betonte der Präsident, tritt fest für gemeinsame Bemühungen zur Festigung der Beziehungen der Freundschaft und der positiven Zusammenarbeit zwischen der ARÄ und der UdSSR ein.

Leonid Breschnew sandte ein Glückwunschtelegramm an den Präsidenten der Republik Indien, Neelam Sanjiva Reddy, anlässlich seiner Wahl. In seinem Antworttelegramm bedankte sich der Präsident herzlich für die Glückwünsche. In den Telegrammen wurde der Gewißheit Ausdruck verliehen, daß die Beziehungen der traditionellen Freundschaft

und der allseitigen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Indien erstarben und sich entwickeln werden.

Leonid Breschnew richtete an den Präsidenten der Republik der Seychellen, F. A. René, ein Glückwunschtelegramm anlässlich des Nationalfeiertages — des ersten Jahrestages der Proklamierung der Unabhängigkeit. In einer Antwortbotschaft dankte F. A. René für die Glückwünsche.

Am 29. Juli fand ein freundschaftliches Gespräch des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, des Verteidigungsministers der UdSSR Marschall Dmitri Ustinow, mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der Vereinigten politischen Nationalen Front, dem Mitglied des Präsidentenrates, dem Premierminister und Verteidigungsminister der VDRJ, Ali Nasir Muhammad, statt, der zu einem inoffiziellen Besuch in der UdSSR weilte.

Am 26. Juli kam es zu einem Gespräch zwischen dem Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU, dem Sekretär des ZK der KPdSU Boris Ponomarew, und dem Mitglied der Zentralen Revisionskommission der KPdSU, dem stellvertretenden Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Anatoli Tschernjajew, mit dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Österreichs, Franz Muhri. Die Vertreter beider Parteien sprachen sich für eine aktive, internationalistische Solidarität aller Bruderparteien im Kampf für die gemeinsamen Ziele, für die Interessen der Werktätigen, für Frieden und Sozialismus aus.

Am 29. Juli trafen Boris Ponomarew und Anatoli Tschernjajew mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Kanadas, William Kashtan, zusammen. Die Vertreter beider Parteien bekräftigten das Streben, die Zusammenarbeit der Parteien zu festigen und für die Geschlossenheit der internationalen kommunistischen Bewegung auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus einzutreten.

Auf Einladung des Obersten Sowjets der UdSSR traf am 28. Juli eine Delegation der Nationalversammlung der Republik Sambia unter dem Speaker Ro-

binson Nabulyato zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein. Am 29. Juli traf die Delegation mit dem Vorsitzenden des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, V. Ruben, zusammen.

Am 30. Juli wurde in der sowjetischen Presse eine Meldung veröffentlicht, daß sich die Verfassungskommission mit dem Ablauf der Volksausprache über den sowjetischen Verfassungsentwurf befaßte. Wie die Kommission betonte, verläuft die Diskussion über den Entwurf in einer Atmosphäre politischen Enthusiasmus und des Arbeitsaufschwungs.

Am 31. Juli wurde eine TASS-Erklärung zum verstärkten Wetrüsten in den USA veröffentlicht, die den Weg der Schaffung und forcierten Entwicklung von neuen Waffenarten und -typen, vor allem nuklearer, betreffen. Zu diesen „Novitäten“ gehören auch die sogenannten nuklearen Neutronensprengköpfe. In der Erklärung wird auf negative Folgen eines derartigen Kurses für die laufenden Verhandlungen über eine Einschränkung der Rüstungen hingewiesen.

Der Weltfriedensrat und der Weltgewerkschaftsbund riefen alle internationalen und nationalen Organisationen, die für den Frieden eintreten, sowie die Parteien auf, eine Massenkampagne zu entfalten, um ein Verbot der Neutronenbombe durchzusetzen. Entsprechend dem Aufruf des Weltfriedensrates beginnt am 6. August eine internationale Aktionswoche gegen die Neutronenbombe.

Vom 13. bis 27. Juli fand in Genf die erste Runde der dreiseitigen Konsultationen zwischen den Delegationen der UdSSR, der USA und Großbritanniens zu den Verhandlungen über einen Vertrag für ein Verbot aller Kernwaffentests statt. Die Seiten kamen überein, die Verhandlungen in Genf am 3. Oktober fortzusetzen.

Am 28. Juli gingen zweitägige Gespräche zwischen US-Präsident James Carter und dem Vorsitzenden des Ministerrates Italiens, Giulio Andreotti, zu Ende.

Am 1. August begannen Wahlen zum syrischen Einkammerparlament — dem Volksrat.



Mit Streiks und Massendemonstrationen antwortet die Arbeiterklasse Portugals auf die Versuche des Großkapitals, den Werktätigen jene politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften zu nehmen, die sie in schweren Klassenkämpfen erstritten haben. Ende Juli kam es zu einer neuen Demonstrationswelle. Unser Bild: Kundgebung der portugiesischen Eisenbahner

Foto TASS

NEUE ZEIT

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 32 AUGUST 1977
Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: **M. FJODOROW**

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär),
A. Ignatow, **G. Kaschojan** (Stellv. Chefredakteur), **W. Kusnezow**, **B. Pistschik** (Stellv. Chefredakteur), **I. Trofimowa**,
V. Tschernjowski (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben),
D. Wolski.

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: **R. Krestjaninow**

Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache.

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6,
103782, GSP, Plostschadj Puschkina

Printed in the Union of Soviet
Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Womit gehen wir in das 21. Jahrhundert!	1
T. Timofejew — Bannerträger des sozialen Fortschritts	4
E. Stewart — „Das möchten wir bei uns sehen“	7
S. Minin — Wien: Nach der zwölften Runde	8
G. Swjatow — Politischer Zickzack	10
P. Mesenzew — Erfahrungen des Volkes	12
D. Wolski — Sie schüren	12
G. Ustinow — Moderner als manche Stadt	14
Notizen ♦ Glossen ♦ Kommentare	16
Kompetente Meinungen:	
A. V. Goldobenko — Die sowjetische Handelsflotte: ein solider Partner	18
Biographisches: Junius Richard Jayawardene	21
G. Galperin — Was geschieht am Horn Afrikas!	22
M. Andrejew — Objektive Aussagen	24
A. Butlizki — Wem die Stunde schlägt	26
K. Karagesian — Adolfs postume Karriere	28
Diskussion mit dem Leser	30
PS	32

Bereits über ein Jahr halten die Aktionen der Patrioten Südafrikas gegen das rassistische System an. Titelbild: Zusammenstoß der Polizei mit Demonstranten in Soweto

Foto aus „Stern“ (BRD)



60 JAHRE
Großer
Oktober

BANNERTRÄGER DES SOZIALEN FORTSCHRITTS

Timur TIMOFEJEV, Korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR

In der Geschichte des 20. Jahrhunderts tritt die Arbeiterklasse als führende Kraft des sozialen Fortschritts auf. In Rußland war sie das Agens der Oktoberrevolution und gewährleistete den Sieg des Sozialismus. Vor allem dank den Anstrengungen der Arbeiterklasse ist in der UdSSR die entwickelte sozialistische Gesellschaft aufgebaut und wird erfolgreich der kommunistische Aufbau verwirklicht.

Entgegen den Behauptungen aller möglichen Gegner des wissenschaftlichen Sozialismus ist die heutige Arbeiterklasse keineswegs ein „Überrest der Vergangenheit“, ohne Perspektive angesichts der wissenschaftlich-technischen Revolution. Im Gegenteil, gerade diese Klasse stützt sich in ihrer revolutionär-umgestaltenden und schöpferischen Tätigkeit auf alle Errungenschaften von Kultur, Wissenschaft und Technik. Gerade diese Klasse eignet sich die moderne Kultur an und besitzt, um mit Lenin zu sprechen, „die Entschlossenheit und Fähigkeit, sie zu behaupten, zu bewahren und alle ihre Errungenschaften fortzuentwickeln“. Die Stärke der Arbeiterklasse bestand und besteht überdies in ihrer Fähigkeit, die Massen der anderen Werktätigen um sich zusammenzuschließen.

In dem Beschluß des ZK der KPdSU „Über den 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ heißt es, gerade die Erfahrungen der Sowjetunion haben überzeugend demonstriert, „wie wahr die fundamentale Leninsche These ist, daß nur eine von der Kommunistischen Partei geführte Arbeiterklasse fähig ist, im Kampf um den Sturz des Kapitals, im Verlaufe dieses Sturzes, im Kampf um die Behauptung und Festigung des Sieges, bei der Schaffung der neuen Gesellschaftsordnung die gesamte Masse von Werktätigen und Ausbeuteten zu lenken“.

Erbauer der neuen Gesellschaft

In den vergangenen Jahrzehnten ist die Arbeiterklasse der UdSSR wesentlich reifer und stärker geworden. Auf dem ZK-Plenum der

KPdSU im Mai d. J. sagte Leonid Breschnew: „Unsere Arbeiterklasse macht heute zwei Drittel der Landesbevölkerung aus. Das sind viele Millionen gebildeter, technisch versierter, politisch reifer Menschen. Ihre Arbeit nähert sich der der Ingenieure und Techniker. Bedeutend gewachsen ist die gesellschaftliche Aktivität der Arbeiter, ihre Beteiligung an der Lenkung des Staates.“

Zwischen 1960 und 1975 allein stieg die Arbeiteranzahl in der UdSSR von 45,9 Millionen auf über 70 Millionen, d. h. um mehr als 50%. Die Arbeiterklasse ist heute die größte Klasse der sowjetischen Gesellschaft, zahlenmäßig stärker als alle anderen sozialen Gruppen zusammen. Nur natürlich deshalb, daß die Arbeiterklasse gegenwärtig die führende Rolle bei der Wahrnehmung jener umfassenden Rechte und Möglichkeiten spielt, die den Werktätigen der UdSSR geboten werden, damit sie sich, wie es im Entwurf der neuen sowjetischen Verfassung heißt, „an der Leitung der Betriebe und Vereinigungen, an der Lösung von Fragen der Arbeitsorganisation und der Gestaltung der Lebensbedingungen sowie des Einsatzes von Mitteln für die Entwicklung der Produktion, für soziale und kulturelle Bedürfnisse wie auch für die materielle Stimulierung“ beteiligen (Art. 16).

Die Zunahme der Arbeiterklasse geht mit wichtigen qualitativen Veränderungen in ihrer Zusammensetzung einher. Ihr industrielles Kernstück wird immer größer, aber zugleich damit steigt auch die Anzahl der Werktätigen in den anderen volkswirtschaftlichen Zweigen. Immer höher wird die Anzahl landwirtschaftlicher Arbeiter, im letzten Jahr sind weitere 2 Millionen hinzugekommen.

Die Hauptquelle für die Auffüllung des Arbeiterkaders ist heute die Arbeiterklasse selbst. Das ist gesetzmäßig: Die Arbeiterfamilien machen ja den größten Teil der Bevölkerung aus. Wie kürzliche soziologische Forschungen ergeben haben, setzt sich der Arbeiternachwuchs der 60er Jahre zu zwei Dritteln aus

Arbeiterkindern zusammen, während Kinder aus Bauernfamilien weniger als 20% ausmachen. Somit überwiegen in der Arbeiterklasse der UdSSR heute angestammte Arbeiter.

Auf dem XXV. Parteitag der KPdSU wurde mit Recht festgestellt: „Der Erfolg der wissenschaftlich-technischen Revolution, ihre nutzbringende Auswirkung auf die Wirtschaft, auf alle Lebensbereiche der Gesellschaft können nicht durch die Bemühungen der Wissenschaftler allein gewährleistet werden. Eine immer größere Rolle spielt die Einbeziehung aller Teilnehmer der gesellschaftlichen Produktion ... in diesen Prozeß von historischen Bedeutung.“ Begreiflicherweise gilt das in erster Linie für die Arbeiterklasse, die nach wie vor die wichtigste Produktions- und sozialpolitische Kraft unserer Gesellschaft ist.

Die wissenschaftlich-technische Revolution bewirkt wesentliche Veränderungen im Charakter der Arbeit vieler weitverbreiteter Arbeiterberufe und steigert im Sozialismus das schöpferische Potential der Arbeiterklasse noch mehr. Rasch nehmen jene ihrer Kategorien zu, bei denen sich Funktionen geistiger und körperlicher Arbeit verbinden und verflechten. Gemäß den neuen Anforderungen der Produktion hebt sich das Bildungsniveau. So hat sich der Anteil der Arbeiter mit abgeschlossener bzw. nichtabgeschlossener Mittelschulbildung, der in der UdSSR 1959 ca. 40 und 1970 fast 60% betrug, Mitte der 70er Jahre auf fast 70% erhöht. Noch rascher nimmt die Schicht der Menschen mit abgeschlossener Mittel-, mit Fach- bzw. Hochschulbildung zu: 1970 machten sie 20% aller in der Produktion Beschäftigten aus (gegenüber 8,4% im Jahre 1959). In der wichtigsten Formation der Arbeiterklasse, unter den Industriearbeitern, hatten Mitte der 70er Jahre über 50% der Jungarbeiter Mittel- bzw. Hochschulbildung. Das widerspiegelt einen wichtigen Prozeß: Die Mittelschulbildung wird allmählich zur Norm für jeden Staatsbürger der UdSSR.

Die Hebung des Bildungsgrads der Werktätigen geht mit wichtigen

fortschrittlichen Wandlungen in der Berufs- und Qualifikationsstruktur der sowjetischen Arbeiterklasse einher. Auf dieser Grundlage verbessern sich rasch und gründlich ihre Berufskennntnisse, ihre Fähigkeit, immer kompliziertere Produktionsaufgaben zu lösen.

Die Automatisierung der Produktion beeinflusst erheblich den Charakter und Inhalt der Tätigkeit der Arbeiter. Eine Studie im Rahmen des internationalen Projektes „Automatisierung und Industriearbeiter“ hat u. a. gezeigt, daß an den automatisierten Fertigungsstraßen im Automobilbau fast 90% der Arbeitszeit mit Aufwand an geistiger Energie verbunden sind. Der Anteil von Rationalisatoren und Erfindern ist unter diesen Arbeitern ebenso hoch wie unter den Ingenieuren und Technikern. Hinzugefügt sei nur noch, daß auch im gesellschaftlich-politischen Leben Menschen am aktivsten sind, die an den wichtigsten Produktionsabschnitten eingesetzt sind und Berufe ausüben, die ein hohes Niveau von Kultur, Bildung und gesellschaftlichem Bewußtsein erfordern.

Kurz, der Charakter des Produktionskollektivs wird in den meisten Industriebetrieben heute vom Menschen neuen Typs bestimmt. Der Arbeiter besitzt tiefe Kenntnisse, einen weiten Horizont, seine Arbeitseinstellung ist bewußt und schöpferisch. Er fühlt sich als der Herr über die Produktion, verantwortlich für alles, was um ihn geschieht.

Ähnliche Vorgänge sind auch in den anderen sozialistischen Ländern festzustellen. Im letzten Vierteljahrhundert ist die Arbeiterklasse in mehreren Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zahlenmäßig auf das Doppelte bis Dreifache und noch mehr gestiegen. Auch dort bilden die Arbeiter die größte Klasse der Gesellschaft. Auch dort hat die erfolgreiche Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft Veränderungen in der Struktur dieser Klasse bewirkt. Am intensivsten wachsen die Reihen der Maschinen- und Metallarbeiter, der Werktätigen der Chemie, der Elektrotechnik, des Industriezweigs Elektronik und anderer Industrien, die mit der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution verbunden sind.

Der rasche gesellschaftliche Fortschritt in allen sozialistischen Ländern beinhaltet als festen Bestandteil eine bedeutende Hebung des Wohlstandes der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Am deutlichsten zeigt sich das in der kontinuierlichen Zunahme der Realeinkünfte der

Bevölkerung: In der UdSSR sind die Realeinkünfte der Industrie- und der Bauarbeiter heute fast 10mal so hoch wie vor der Revolution und 3,6mal so hoch wie im Vorkriegsjahr 1940. Die Realeinkünfte pro Kopf der Bevölkerung verdoppeln sich in der UdSSR ungefähr alle 15 Jahre. Folglich steigt die sowjetische Gesellschaft zu Lebzeiten einer Generation mehrmals auf eine neue, qualitativ höhere Konsumtionsstufe. Das wird möglich, weil sich die Geldeinkünfte der Bevölkerung ständig erhöhen, die Preise stabil bleiben, die Arbeitsveterane Renten bekommen und die frühere Wohnungsnot beseitigt ist. Die Struktur der materiellen und geistigen Konsumtion in der UdSSR hat sich einschneidend verbessert.

Kämpfer gegen die Willkür der Monopole

Besonders eindrucksvoll wirken diese Errungenschaften der Völker der sozialistischen Staatengemeinschaft im Vergleich mit den verschärften Krisenerscheinungen, Konflikten und Widersprüchen im kapitalistischen Weltssystem. Die unausrottbaren Antagonismen der bürgerlichen Gesellschaft vertiefen sich mit der Entfaltung der allgemeinen Krise des Kapitalismus weiter.

In den letzten 60 Jahren erlebte die kapitalistische Welt 9 große zyklische Wirtschaftskrisen: 1920, 1929/30, 1937, 1948/49, 1953/54, 1957/58, 1960/61, 1969—1971 und schließlich die Krise, die Mitte der 70er Jahre einsetzte und bis heute nicht endgültig überwunden ist (um genauer zu sein, müßte man noch zwei weitere Wirtschaftskrisen in Europa, ganz am Anfang des 20. Jahrhunderts, erwähnen). Zieht man also die Jahre der beiden Weltkriege ab, so entfallen von den restlichen sechs Jahrzehnten unseres Jahrhunderts über 30 Jahre in den wichtigsten kapitalistischen Ländern auf Krisen und Depressionen.

Zudem ist die zyklische Krise der 70er Jahre in der kapitalistischen Welt mit einer beispiellosen Inflation, mit Krisenerscheinungen in der Energie-, der Rohstoff-, der Währungssphäre usw. kombiniert. Deshalb zieht sich die Krise ungewöhnlich lange hin. Die Phasen der Depression und einer labilen, langsamen Belebung sind viel länger, als so manche westliche Ökonomen und Politiker erwarteten.

Die wirtschaftlichen Wirren, die hochgradige chronische Arbeitslosigkeit und die galoppierende Inflation

sind heute mehr denn je seit dem Krieg eine schlimme Geißel der bürgerlichen Gesellschaft, sie schmälern die elementaren Rechte der Werktätigen und senken ihren Lebensstandard.

Die Entwicklung in der Welt des Kapitals hat erneut die apologetischen Doktrinen des „Neokapitalismus“ sowie die reformistischen Theorien eines „konzertierten“, „krisenfreien“ staatsmonopolistischen Kapitalismus Lügen gestraft. Die Teilnehmer des am 13. und 14. Juni 1977 in Brüssel abgehaltenen Treffens von 17 kommunistischen und Arbeiterparteien Westeuropas erörterten die Folgen der Krise, die alle kapitalistischen Länder erfaßt hat, und hoben zu Recht hervor:

„Diese Krise, die in jedem Land ihre Spezifik hat, hat sich stark verschärft. Das Großkapital, das die Hauptverantwortung für sie trägt, versucht immer mehr, ihre schweren Folgen auf die Werktätigen und die Völker abzuwälzen. Trotz der Vielfalt von Situationen sind die Werktätigen mit ähnlichen ernststen Problemen konfrontiert. Die Inflation untergräbt die Kaufkraft der werktätigen Massen. Die ständig wachsende Arbeitslosigkeit bringt die Werktätigen und ihre Familien in eine schwere Lage. Die massenhafte Einschränkung der Beschäftigung hat besonders die Jugend empfindlich getroffen. Die Arbeits- und Lebensbedingungen verschlechtern sich in jeder Hinsicht, zu gleicher Zeit verstärkt sich in vielen Ländern die Offensive auf die demokratischen Rechte, wird die Beschäftigungslage immer labiler... Die Teilnehmer des Treffens betrachten den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, dieses unzulässige soziale Geschwür, und für die Erhöhung des Beschäftigungsgrades als vorrangige Aufgabe.“

Angesichts der offensichtlichen Verschärfung der Krise des Weltkapitalismus sprechen nun viele Sozialdemokraten und Exponenten des Reformismus im Westen von einer „Krise des Systems“, vom „Untergang der bürgerlichen Gesellschaft“ u. ä. „Der westliche Kapitalismus ist in einer Krise begriffen“, schreibt z. B. der bekannte US-Soziologe M. Harrington in seinem Buch „Dämmerung des Kapitalismus“. „Eine solche Behauptung hätten noch vor zwei Jahrzehnten, zwischen den 50er und den 70er Jahren, alle außer den Linksozialisten als absurd angesehen. Konservative, Liberale, selbst Sozialdemokraten waren der Ansicht, daß sich der Kapitalismus transformiert und jene inneren Ge-

gensätze, die sich in den Katastrophen der 30er Jahre so drastisch zeigten, aufgehoben habe. Sie meinten, daß sich diese Gesellschaftsordnung in einen „postindustriellen Kapitalismus“, eine neue Gesellschaft verwandelt habe, angeblich frei von den destruktiven Zyklen, in denen Booms und Bankrotte einander abwechseln.“ Immer häufiger gelangte man im Westen zu der Einsicht, daß „der Kapitalismus empörend ungerecht, ja daß er von der Geschichte zur Selbstzerstörung verurteilt ist“, daß „in der Krise der 70er Jahre zwei verschiedene Krisen (beide Produkt der Natur des Kapitalismus) zutage traten: Die erste hat seine langfristigen Widersprüche zum Ausdruck gebracht, die andere resultiert aus den spezifischen Ereignissen des laufenden Jahrzehnts, besonders im Zusammenhang mit der Energiekrise und deren Folgen.“

Ähnlich äußern sich britische Forscher, die auf die „Tiefe und ungewöhnliche Breite der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Krise des Kapitalismus“ hinweisen.

Aber gleichzeitig sind wir Zeugen des höchsten Aufschwungs des Klassenkampfes der Nachkriegszeit in den meisten Ländern der kapitalistischen Welt. Da die Labilität der bürgerlichen Gesellschaft und die Krise ihres politischen Systems immer augenfälliger werden, erhebt sich die Arbeiterklasse gegen das Großkapital, das an den sozialen Mißständen die Hauptschuld trägt, Massenaktionen, an denen sich die verschiedensten Schichten der arbeitenden Bevölkerung beteiligen, haben Ausmaße angenommen, die in den letzten Jahrzehnten einzig dastehen. Die Stärke und Autorität der Arbeiterklasse sind gewachsen: Sie bildet die Avantgarde des Kampfes für die Interessen der Werktätigen, für die wahren Interessen der Nation. Der Linksruck ist auch in den Gewerkschaften merklich. In einigen Ländern kommt es zur Aktionseinheit der Arbeiter- und der anderen demokratischen Parteien.

Schon Ende der 60er Jahre, als der kalte Krieg nachzulassen begann, zeichneten sich gewisse Veränderungen im Ausmaß und Inhalt des Kampfes der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern ab und traten neue Tendenzen zutage, die von großer Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiterbewegung, für die weitere Festigung der Positionen aller fortschrittlichen, antimonopolistischen Kräfte waren.

Besonders wichtig ist folgendes:

Die Arbeiterklasse stellt reifere Forderungen, sie tritt der Politik der Monopole aktiver und organisierter als früher entgegen. Die Arbeiterklasse und ihre Organisationen haben ein reales, konstruktives Programm vorgeschlagen, in dessen Rahmen die brennenden, komplizierten sozialökonomischen Probleme, die aus der Krise resultieren, im Interesse der werktätigen Massen, der ganzen Nation gelöst werden können.

Die Aktionen der Massen unter den fortschrittlichen, antimonopolistischen Lösungen in den 70er Jahren, die viele Länder sowohl mit hoher als auch mit mittlerer Entwicklung des Kapitalismus erfaßt haben, zeichnen sich durch eine beispiellose Beharrlichkeit und Selbstlosigkeit der Arbeiter aus. In dem vor einem Jahr beschlossenen Dokument der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas hieß es: „Dieser Kampf richtet sich gegen die Grundfesten der Herrschaft des Monopolkapitals. Immer breiteren Schichten der Öffentlichkeit wird die historische Notwendigkeit der Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft durch die sozialistische Gesellschaft deutlich, die entsprechend dem Willen jedes Volkes aufgebaut wird.“

Die Verstärkung der Krisenerscheinungen in den kapitalistischen Ländern und die auffallende Polarisierung der sozialpolitischen Kräfte führen unvermeidlich zu ernsthaften sozialen Erschütterungen. Davon zeugt wieder einmal die Erweiterung des Streikkampfes. Nach Berechnungen des Instituts für Internationale Arbeiterbewegung der AdW der UdSSR streikten 1965 in der kapitalistischen Welt 36 Millionen, davon 19 Millionen in den Industrieländern, 1967 waren es entsprechend 47 Millionen und 30 Millionen. Mitte der 70er Jahre aber lag die Zahl der Streikenden im Jahresdurchschnitt über 60 Millionen, davon in den Industrieländern über 45 Millionen.

Beredt ist auch die Dynamik der durch Streiks ausgefallenen Arbeitertage. In Großbritannien z. B. stieg sie von 38,8 Mio in den Jahren 1967—1971 auf 58,3 Mio im Zeitraum 1972—1976, in Italien entsprechend von 99,2 Mio auf 122,1 Mio, in Japan von 18,2 Mio auf 35,9 Mio. Dabei widerspiegeln diese Zahlen nicht einmal die tatsächlichen Ausmaße des Streikkampfes, denn die amtliche Statistik erfaßt in der Regel nicht politische Streiks und andere Massenaktionen der Werktätigen.

Der wachsende Einfluß der kommunistischen Bewegung und die Festigung der Aktionseinheit der Linkskräfte wirken sich zunehmend auf die erfolgreichen Handlungen der Arbeiterklasse aus und machen ihren Kampf in den Zitadellen des Kapitalismus der Gegenwart ergebnisreich. Die Konsolidierung des politischen Einflusses der werktätigen Massen, das weitere Anwachsen der Autorität ihrer Organisationen ermöglicht es ihnen, immer mehr auf das politische Leben einzuwirken und immer häufiger zu verhindern, daß die Monopolkreise reaktionäre, für den arbeitenden Menschen unannehmbare Methoden zur Überwindung von Krisensituationen anwenden. Es entstehen Bedingungen auch für eine wirksamere Zurückweisung der Monopole, die die Arbeiterklasse um ihre in langen und erbitterten Klassenkämpfen erkämpften Rechte zu berauben suchen.

Die Vertreter der westeuropäischen kommunistischen Parteien stellen mit vollem Recht fest, daß der gemeinsame Kampf der Massen gegen die Angriffe des nationalen Kapitals und der multinationalen Konzerne, für neue soziale und demokratische Errungenschaften, für einen positiven Ausweg aus der Krise stärker geworden ist. Das läßt sich nicht erreichen ohne tiefgreifende antimonopolistische Umgestaltungen und ohne eine demokratische Wirtschaftspolitik, die die Teilnahme und Kontrolle der Werktätigen auf allen Ebenen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Tätigkeit ermöglichen würde.

* * *

Die Arbeiterklasse der ganzen Welt und der einzelnen Länder hat in den letzten Jahrzehnten einen schweren, aber ruhmreichen historischen Weg zurückgelegt.

Gerade diese Klasse wirkt bahnbrecherisch beim Aufbau der neuen Gesellschaft in den sozialistischen Ländern. Sie steht in der Vorhut des Kampfes gegen die Monopole, für Frieden und sozialen Fortschritt in den kapitalistischen Ländern. Sie legt den Weg frei für die Lösung der Grundprobleme unserer Epoche, die vom Roten Oktober eingeleitet wurde. Mit Recht kann man heute sagen, daß die Arbeiterklasse auf allen diesen Gebieten ihre welt-historische Mission als Bannerträger des Friedens und sozialen Fortschritts, als Vertreter der Interessen aller Arbeitenden in Ehren erfüllt.

„DAS MÖCHTEN WIR BEI UNS SEHEN“

Gespräch mit Frau Edwina Stewart,
Ehrensekretär der Assoziation
für Bürgerrechte in Nordirland

Sie fragen mich, ob ich den Entwurf der neuen sowjetischen Verfassung gesehen habe? Natürlich, und ich finde dieses Dokument sehr aufschlußreich, weil es einen weiten Kreis von Rechten und Pflichten der Staatsbürger beinhaltet. Und selbstverständlich mußte ich dabei Parallelen zur Lage in meinem Land ziehen und Vergleiche anstellen.

In der UdSSR haben die Menschen das Recht auf Arbeit, wir in Nordirland haben es nicht. Während Sie das Recht auf Wohnung haben, besteht bei uns ein solches Recht nicht. Die sowjetischen Menschen haben das Recht auf Bildung, einschließlich der Hochschulbildung, sie können alle ihre Fähigkeiten voll entwickeln und genießen alle sozialen Rechte, die für ein glückliches Leben des einfachen arbeitenden Menschen unerlässlich sind. Da haben Sie zum Teil die Antwort auf die Frage, warum mich der neue Verfassungsentwurf der Sowjetunion so beeindruckt hat.

Zudem hat Nordirland, wie Sie wissen, seit vielen Jahren an der Politik der Unionistenmehrheit schwer zu tragen, und diese Politik bedeutet Diskriminierung eines Drittels der Bevölkerung. In der sowjetischen Verfassung aber ist die Gleichberechtigung aller Nationalitäten und Völkerschaften nicht nur eindeutig verkündet, sondern auch garantiert. Die kleinen und großen Nationalitäten genießen in der UdSSR gleiche Rechte in allem, stehen in gleichem Maße unter dem Schutz von Gesetz und Behörden. Und gerade das möchten wir in unserem Land sehen.

Das sowjetische Wahlsystem räume, glaube ich, genug Zeit für die Auswahl von Kandidaten ein, die Menschen können im voraus deren Ansichten und Eigenschaften gut kennenlernen und besprechen. Von uns hängt es nicht ab, wer der Kandidat sein wird, für den wir am Wahltag zu stimmen haben. Wir wissen dann nur, ob es sich um einen Labouristen oder einen Nationalisten, einen Unionisten

oder einen Sozialdemokraten handelt. Unter solchen Verhältnissen bleibt dem Wähler höchstens übrig, für den Kandidaten zu stimmen, der ihm in seinen politischen Ansichten am nächsten steht, selbst wenn man ihn in so manch anderer Hinsicht für einen notorischen Gauner hält.

Mir gefällt es auch, daß der neue Verfassungsentwurf dem Volk zur Erörterung vorgelegt worden ist und daß viele Tausende Vorschläge, Zusätze und Verbesserungen dazu einlaufen. Deshalb wird es nicht ein Dokument sein, das jemand im Parlament in Ihrem Namen angenommen hat, sondern ein nach Konsultierung praktisch des ganzen Volkes für gut befundenes Grundgesetz.

Welche anderen Aspekte des Verfassungsentwurfes ich als Nordirin besonders anziehend finde? Wohl den Abschnitt über den Schutz der gesellschaftlichen Ordnung. Außerhalb Ulsters können es sich die Menschen wohl kaum vorstellen, was uns solche Worte bedeuten und mit welchem Gefühl wir Opfer der langjährigen Willkür z. B. den Passus der sowjetischen Verfassung lesen, in dem es heißt, daß niemand ohne Gerichtsbeschluß oder Genehmigung des Staatsanwalts verhaftet werden darf und daß die Rechtsprechung in der UdSSR nur vom Gericht ausgeübt wird.

Sehr interessant war es für mich zu erfahren, daß in der Sowjetunion neben Berufsrichtern auch Volksbeisitzer mit gleichen Rechten am Gerichtsprozeß teilnehmen, die von Kollektiven der Werktätigen gewählt werden. Demnach verhandeln über einen Beschuldigten Menschen, die ihm sozial gleichgestellt und außerdem lebenserfahren sind. Das ist sehr wichtig.

Ich könnte viele andere Artikel der sowjetischen Verfassung nennen, die zu den Verhältnissen in Nordirland in krassem Gegensatz stehen. Ich meine die Garantie der Unantastbarkeit der Person sowie

der Wohnung, die ohne legitimen Grund niemand gegen den Willen ihrer Bewohner betreten darf; den gesetzlichen Schutz des Privatlebens der Staatsbürger, ihres Briefgeheimnisses, des Geheimnisses der Telefongespräche und der telegrafischen Mitteilungen. Der Verfassungsentwurf sieht vor, daß sich die Staatsbürger über gesetzwidriges Vorgehen von Amtspersonen beschweren können, die die verfassungsmäßigen oder sozialen Rechte der Bürger verletzen. Ein solches Verfahren streben wir in unserem Land an.



Britischer Streifenwagen in Belfast

Foto TASS

Bestimmt haben Sie bemerkt, daß ich bei der Erwähnung des sowjetischen Verfassungsentwurfes immer wieder Parallelen zu Nordirland ziehe. Für uns ist das Problem der Menschenrechte besonders aktuell, denn wir Teilnehmer der Bewegung für Bürgerrechte kämpfen schon seit Jahren dafür, daß der Westminster eine Bill über die Rechte für Nordirland beschließt. Den gleichen Kampf führen der Irische und die Britische Trade-Union-Kongreß; gemeinsam haben sie die Bewegung „Besseres Leben für alle“ entfaltet.

Sehen Sie, Nordirland macht jetzt zwei Krisen gleichzeitig durch. Vor allem eine außerordentlich tiefe Wirtschaftskrise. Wir haben heute mehr Arbeitslose als je seit Kriegsende und mehr arbeitslose Schulabgänger als je in der ganzen Geschichte unserer Provinz. Die Preise aber steigen mit der Geschwindigkeit einer Rakete, und die Teuerung ist vielleicht größer als im gesamten Vereinigten Königreich. Überdies

werden wir in Nordirland schlechter bezahlt und haben schlechtere Wohnungen; Belfast hat die schlimmsten Wohnverhältnisse in Westeuropa. Deshalb unterstützt unsere Assoziation für Bürgerrechte die Bewegung „Besseres Leben für alle“, und die Gewerkschaften treten dafür ein, daß den Einwohnern Nordirlands die Bürgerrechte gewährt werden. Unser Interesse für die sowjetische Verfassung erklärt sich daraus, daß wir die Aufnahme vieler ähnlicher Bestimmungen in die Verfassung Ulsters sowie entsprechende Garantien anstreben. Uns genügt nicht eine formale Bill, die das Recht auf Arbeit lediglich deklarieren würde, während die Menschen keine Einstellung finden können.

Unsere zweite Krise ist die Krise der Demokratie. Darüber kann ich mit Sachkenntnis urteilen, weil die Assoziation für Bürgerrechte ihre Bemühungen vor allem auf diese Fragen konzentriert. Ich glaube, seit 1968, als unsere Bewegung entstand, hat Großbritannien in Nordirland alle Mittel erprobt, mit Ausnahme des Mittels, normale demokratische Zustände herbeizuführen. Im Grunde leben wir unter den Verhältnissen des Kriegszustands, wenn ihn amtlich auch niemand verhängt hat.

Das sieht folgendermaßen aus. Ulster ist von Militärs buchstäblich überflutet, die Armee ist überall und schüchtert die Bevölkerung, vor allem in den Arbeitervierteln, ein. Bei uns ist das Gesetz über Sondervollmachten in Kraft, das das britische Parlament erlassen hat und das die Möglichkeit gibt, ohne jede Genehmigung Hausdurchsuchungen und Leibesvisitationen direkt in den Straßen sowie Verhaftungen auf bloßen Verdacht hin vorzunehmen. Das Gesetz sieht ferner das Internieren ohne Gerichtsverfahren vor. Wenn das jetzt auch nicht praktiziert wird, so nur dank den unterschiedlichen Protesten der demokratischen Bewegung. Das ist unsere große Errungenschaft. Aber es gibt Sondergerichte, in denen nicht die Anklage die Schuld beweisen muß, sondern vom Beschuldigten Beweise für seine Unschuld verlangt werden.

Die größte Schmach ist, daß Verhaftete grausam gefoltert werden, damit sie ein „Geständnis“ ablegen. Zahlreiche junge Frauen und Männer sind nur aufgrund von Aussagen eingesperrt, die ihnen die Folterungen abgerungen haben. Von unseren jungen Menschen, die auf ver-

schiedene Art protestieren, spricht man in London mit einem Haß, als wären sie unverbesserliche Banditen. Ich meine hier natürlich nicht das englische Volk, das den Idealen der Demokratie aufrichtig ergeben ist. Das Volk würde eine solche Politik, ein solches Vorgehen nicht billigen, wüßte es, was sich in Nordirland wirklich abspielt. Aber die „große“ Presse Großbritanniens enthält ihm die Wahrheit vor und entstellt die Sachlage. Abscheulich ist, daß dabei antiirische Stimmungen geschürt werden.

In Worten ist die britische Regierung für Menschenrechte. Sie erklärt, sie wäre einfach glücklich, Nordirland volle Demokratie zu gewähren. In der Praxis aber schiebt sie die Angelegenheit unendlich hinaus. Um aufrichtig zu sein, weiß ich nicht allzugut, warum die britischen Behörden uns die Bill über die Rechte so hartnäckig verweigern. Manchmal denke ich, daß sie aus der gegenwärtigen Situation Vorteile ziehen, und zwar nicht nur materieller Art. Unwillkürlich läßt man die zynische, aber zugleich doch recht begründete Annahme zu, daß sie diese Situation benutzen, um ihre Truppen in der Niederhaltung ziviler Unruhen zu trainieren. Vielleicht geben wir ein Versuchsgelände auch für die NATO-Strategen ab, die wissen möchten, wie sie im Falle eines Partisanenkriegs in den Städten vorzugehen haben. Wie dem auch sei, es läßt sich schwer verstehen, warum die britische, besonders die derzeitige Labourregierung nicht auf die Forderungen der Gewerkschaften und der demokratischen Kräfte sowohl im Vereinigten Königreich als auch in Irland hört.

Nunmehr hat auch das Europäische Gericht in Strasbourg Großbritannien wegen der unmenschlichen Folterungen in Ulster öffentlich verurteilt. Zwar behaupten die britischen Behörden, Folterungen gehörten der Vergangenheit an, seit 1971 würden sie überhaupt nicht mehr angewandt. Aber das ist Lüge! Erst vor kurzem wurde ein junger Verhafteter nach einem Verhör ins Krankenhaus mit Anzeichen eines inneren Blutergusses eingeliefert. Die Prügel und Folterungen gehen also weiter! Deshalb wird mir einfach physisch übel, wenn ich höre, wie hochgestellte Heuchler in Großbritannien anderen Ländern Verstöße gegen die Menschenrechte vorwerfen.

Aufgezeichnet von L. SEDIN



Die Wiener Hofburg. Hier finden die Verhandlungen statt.

Foto TASS

In Wien ist die zwölfte Runde der Verhandlungen über den beiderseitigen Abbau der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa zum Abschluß gelangt. Die Hoffnung, daß die Sache endlich vom Fleck kommen und daß es dieses Mal gelingen wird, für beide Teile annehmbare Vereinbarungen zu formulieren, war wieder vergebens. Auch dieses Mal waren die westlichen Länder nicht bereit, etwas an den Schwerpunkten ihres Abbauplanes zu ändern, laut dem sich das jetzige ungefähr gleiche Kräfteverhältnis in Mitteleuropa zugunsten der NATO verlagern soll.

Die Vertreter der NATO-Staaten bestehen auf „asymmetrischen“ Einschränkungen und fordern deshalb die Zurücknahme einer sowjetischen Panzerarmee aus dem Raum des Truppenabbaus, die sie auf 68 000 Mann schätzen, mitsamt ihren Waffen und Kampfmaschinen; daraufhin würden die USA 29 000 Mann aus verschiedenen Truppenteilen sowie eine gewisse Menge veralteter amerikanischer nuklearer Kampfmittel zurücknehmen. Und auch das nur unter der Bedingung, daß die Streitkräfte der anderen Westmächte, die drei Viertel des Militärpotentials der NATO in Mitteleuropa ausmachen, überhaupt nicht eingeschränkt würden. Mehr noch, diese Länder sollen die Möglichkeit behalten, ihre Truppen im Sinne der vom Westen vorgeschlagenen „kollektiven Höchstgrenze“ gegenüber ihrem jetzigen Stand zu verstärken.

Genau wie früher sind die Vertreter des Westens grundsätzlich gegen einen Abbau der Rüstungen, auch der nuklearen Waffen sowie der Luftstreitkräfte, aufgetreten. Die Einwilligung einen gewissen Teil der amerikanischen Kernwaffen zurückzunehmen, wird faktisch davon abhängig gemacht, ob die Warschauer Vertragsstaaten das ganze westliche Abbauschema akzeptieren. Außerdem besteht der Westen auf

WIEN: NACH DER ZWÖLFTEN RUNDE

Sergej MININ

einer einmaligen Aktion, wobei weitere Schritte der NATO-Staaten in derselben Richtung nicht in Frage kämen. Es ist kein Geheimnis, daß ein derartiger „Abbau“ sich durchaus in die jetzige Modernisierung der Streitkräfte der NATO-Länder einfügen würde.

Um ihre völlig unhaltbaren Forderungen zu rechtfertigen, behaupten die westlichen Delegationen wieder, in Mitteleuropa bestehe ein großer Unterschied der Truppenstärken zugunsten der Warschauer Vertragsstaaten. Die offiziellen Angaben, die die Regierungen voriges Jahr austauschten, zeugen jedoch davon, daß das jetzige Kräfteverhältnis in Mitteleuropa ungefähr ausgewogen ist. Selbst namhafteste westliche Politiker haben mehrmals zugegeben, daß zwischen den NATO- und den Warschauer Vertragsstaaten militärisch ungefähr ein Gleichgewicht besteht.

Der Westen hat nach wie vor auch die anderen Vorschläge der sozialistischen Staaten abgelehnt, bei denen der Standpunkt der NATO-Staaten weitgehend berücksichtigt worden ist. Dem Westen entgegenkommend, haben die Warschauer Vertragsstaaten eingewilligt, daß der Abbau in zwei Phasen eingeteilt und daß in der ersten nur die Truppen und Rüstungen der UdSSR und der USA abgebaut werden sollen. Die anderen direkten Verhandlungsteilnehmer sollen sich nur verpflichten, ihre Streitkräfte in der zweiten Phase zu bestimmten Terminen und in bestimmtem Umfang abzubauen. Die Vorschläge der sozialistischen Staaten beruhen auf einem prozentuell gleichen Abbau, bei dem der Anteil der Staaten nach ihrem Militärpotential bestimmt werden würde, und entsprechen damit genau dem Prinzip gegenseitiger Verpflichtungen. Sie sind ein Schlüssel zur Einigung.

Die NATO-Länder entziehen sich aber jedem konstruktiven Dialog, während der jetzt zu Ende gegangenen Runde haben sie sogar versucht, statt beiderseits annehmbare Lösungen ausfindig zu machen, die Warschauer Vertragsstaaten direkt unter Druck zu setzen, um, koste es, was es wolle, für sich günstige Verhandlungsergebnisse durchzusetzen. Ein-

deutige Erklärungen wurden laut, falls die sozialistischen Staaten das Schema des Westens nicht annähmen, werde er seine Rüstungen noch intensiver verstärken und seine militärischen Aufwendungen erhöhen. Bundesverteidigungsminister Leber hat ausdrücklich erklärt, falls man die Warschauer Vertragsstaaten nicht zu einem wesentlichen Abbau ihrer Streitkräfte veranlassen könne, würden die NATO-Staaten beschleunigt aufrüsten.

Im Laufe der ganzen Runde hat der Westen keinen einzigen konstruktiven Vorschlag gemacht. Vielmehr hat er, genau wie vorher, alle Versuche der Delegationen aus den sozialistischen Ländern zunichte gemacht, zu Anfang wenigstens kleine Schritte zu unternehmen, um die Verhandlungen über den toten Punkt hinweg zu bringen. Wieder hat der Westen den Vorschlag der Warschauer Vertragsstaaten abgelehnt, daß beide Seiten ihre Truppen während der Verhandlungen nicht verstärken sollen. Nach der Mai-Tagung des NATO-Rats haben dessen Teilnehmer sogar Kurs auf eine intensive Ausrüstung ihrer Streitkräfte mit neuen, noch verheerenderen Kriegführungsmitteln genommen.

Das alles hat nichts mit den Zielen und Grundsätzen der Wiener Gespräche zu tun, auf die sich die Teilnehmer 1973 einigten. Kein Wunder, daß die Vertreter des Westens in der 12. Runde versucht haben, die wichtigsten Punkte aus dem Schlußkommuniqué einer Revision zu unterziehen. In diesem, das nach den Ergebnissen der vorbereitenden Konsultationen angenommen wurde, ist vorgesehen, daß alle Teilnehmer gegenseitige Verpflichtungen übernehmen sollen, die aber die Sicherheit keines Staates beeinträchtigen dürfen.

Die Wiener Gespräche erregen bei jedem Besorgnis, der wirklich an einem festeren Frieden und an größerer Sicherheit in Europa interessiert ist. Soll die Aufgabe, die Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa abzubauen, gelöst werden, dann müssen die westlichen Staaten ihr Verhalten völlig ändern und sich zu einem konstruktiven Dialog mit den sozialistischen Staaten bereit zeigen.

NZ

STREIFLICHTER

■ UNO

Für den 20. September ist in New York die Eröffnung der 32. UNO-Vollversammlung angesetzt. In ihre vorläufige Tagesordnung wurden 124 Fragen aufgenommen. Im Mittelpunkt stehen Probleme einer Begrenzung des Waffrüstens, der allgemeinen und vollständigen Abrüstung sowie der Liquidierung der letzten Herde des Kolonialismus. Voraussichtlich wird den Friedensinitiativen der Sowjetunion besondere Aufmerksamkeit gelten — vor allem dem Vorschlag, einen weltumspannenden Gewaltverzichtsvertrag abzuschließen. Die sowjetischen Initiativen für ein Verbot der Entwicklung und Produktion neuer Arten von Massenvernichtungswaffen und neuer Systeme solcher Waffen, von chemischen und bakteriologischen (biologischen) Waffen sowie ein Verbot aller Kernwaffentests werden erörtert. Die Delegierten der Tagung werden sich mit der Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz befassen. Bekanntlich hat auch die Sowjetunion den Vorschlag gemacht, eine solche Konferenz durchzuführen.

■ SÜDLICHES AFRIKA

In Lusaka ging am 25. Juli ein Treffen der Regierungschefs von 5 „Frontstaaten“ und der Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika zu Ende. An ihm nahmen Mosambiques Präsident Machel, Angolas Präsident Neto, Tansanias Präsident Nyerere, Sambias Präsident Kaunda, Botswanas Vizepräsident Masire sowie Führer der Patriotischen Front von Simbabwe, der Volksorganisation Südwestafrikas (SWAPO) und des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas teil. Probleme der Befreiung des südlichen Afrika von Rassismus und Kolonialismus wurden erörtert.

Julius Nyerere teilte auf einer Pressekonzferenz nach Abschluß des Treffens mit, es sei beschlossen, der Patriotischen Front Simbawes, die die OAU-Gipfelkonferenz als einzig gesetzmäßigen Vertreter der Befreiungskräfte anerkannt hatte, volle Unterstützung zu erweisen. Die Regierungschefs der „Frontstaaten“ erklärten, es sei notwendig, die Hilfe für die Patriotische Front von Simbabwe und seine Volksarmee

POLITISCHER ZICKZACK

Georgi SWJATOW

Nach dem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen hat die Demokratische Partei die Führung des Landes übernommen. Ein halbes Jahr ist vergangen. Leider hat es wenig Positives in die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, die weitere Begrenzung der strategischen Atomwaffen und die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa gebracht. Warum?

Ballast der Vergangenheit

Der Hauptgrund besteht darin, daß die reaktionären Kreise und der militärisch-industrielle Komplex der USA in der Entspannung eine Gefahr für ihre Positionen im Lande und auf internationaler Ebene sehen. Die ideologischen und politischen Konzeptionen dieser Kreise gedeihen besser in einem Klima des kalten Krieges und der internationalen Spannung.

Der Gerechtigkeit halber sei gesagt, daß die Entspannungspolitik auch in der Zeit der letzten, republikanischen Administration scharf angegriffen wurde. Expräsident Gerald Ford verzichtete im Wahlkampf sogar darauf, den Begriff „Détente“ zu benutzen, und schlug vor, ihn durch die zweideutige Formel „Frieden auf der Grundlage der Stärke“ zu ersetzen. Das war ein zum Scheitern verurteilter Versuch, Unvereinbares — die friedliche Koexistenz und eine bankrotte „Machtpolitik“ — unter einen Hut zu bringen. Der damalige Verteidigungsminister James Schlesinger und CIA-Chef William Colby ließen den Grad einer „militärischen Bedrohung seitens der Sowjetunion“ noch stärker werden, indem sie erklärten, alle früheren nachrichtendienstlichen Schätzungen des sowjetischen Militärpotentials seien „zu niedrig gegriffen“ und die Sowjetunion habe in den letzten 10 Jahren jährlich ihre Rüstungsausgaben und die Stärke ihrer

Streitkräfte erhöht. Ihre Schlußfolgerung war, die USA müßten unverzüglich den Rüstungshaushalt anheben.

All das geschah trotz offizieller Angaben, die eine Senkung der sowjetischen Verteidigungsausgaben belegen.

Diese provokatorische Kampagne brachte ihren Initiatoren einen gewissen Gewinn. Seit 1976 wuchs der US-Rüstungshaushalt nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch unter Berücksichtigung der jährlichen Inflation von 2 bis 3 Prozent. Durch eine Veränderung des Verhältnisses zwischen den Gefechts- und den Versorgungseinheiten nahm die Zahl der Divisionen und Flugzeuge der operativ-taktischen Luftwaffe um 20 Prozent zu. Die Kriegsmarine wurde ausgebaut, und die Zahl der strategischen Kernladungen nahm merklich zu.

Warum „Trümpfe“?

Die amerikanische Seite unterbreitete — nachdem sie vieles von

Neutronensprengköpfe für die operativ-taktischen Lance-Raketen und für Artilleriesysteme Kaliber 15,2 und 20,3 cm

Aus „Die Welt“



dem, was bereits nach schweren Verhandlungen über eine weitere Begrenzung der strategischen Offensivwaffen erreicht worden war, abgelehnt hatte — Ende März d. J. Vorschläge, die der Sicherheit der Sowjetunion und unserer Verbündeten Abbruch tun und den USA einseitige militärische Vorteile bieten sollen.

Großen Schaden bringt den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen die berüchtigte Politik, sich „Trümpfe“ für die Verhandlungen zu schaffen. Ein bezeichnendes Beispiel aus letzter Zeit sind die Flügelraketen. Der militärisch-industrielle Komplex der USA, der mit ihrer intensiven Entwicklung begonnen hat, eröffnet einen weiteren Kanal des strategischen Wetttrüstens. Überdies benötigen die Vereinigten Staaten nach Meinung vieler westlicher Experten eigentlich nicht diese neue Waffenart. Selbst US-Militärtheoretiker, die einer Rüstungskontrolle fernstehen, sind der Auffassung, daß das bestehende Rüstungspotential zweifellos ausreicht, um die nationalen Interessen zu wahren.

Manche westliche Experten machen auf einen weiteren Aspekt der Entwicklung von Flügelraketen aufmerksam. Wenn dieser neue Kanal des Wetttrüstens nicht rechtzeitig geschlossen wird, dann werden sich diese Raketen über die ganze Welt ausbreiten, was zusätzliche Schwierigkeiten für eine Begrenzung des Wetttrüstens schafft.

Ein anderes derartiges Beispiel sind die Diskussionen um die Neutronenbombe — atomare Sprengköpfe operativ-taktischer Bestimmung, bei denen die Wirkung der Detonationswelle und der Wärmeausstrahlung nur etwa ein Zehntel der herkömmlichen Bomben beträgt und die Neutronenausstrahlung enorm verstärkt ist.

Hier tritt gleichfalls die Inkonzsequenz der US-Position zutage. Die amerikanische Seite, die bei den Wiener Verhandlungen eine gewisse Reduzierung der operativ-taktischen Kernwaffen und ihrer Träger in Europa vorschlägt und versucht, so die Reduzierung einer größeren Zahl der sowjetischen Truppen einzuhandeln, forciert zugleich die Entwicklung der Neutronensprengköpfe und beabsichtigt, sie vor allem in Mitteleuropa zu stationieren. Zudem kann das Prinzip der Massenvernichtung von Menschen bei „Be-

wahrung der materiellen Werte“ leicht auf die strategischen Atomwaffen übertragen werden, was die Abwendung einer thermonuklearen Katastrophe noch mehr erschwert.

Viele Politiker und Experten für strategische Probleme und Abrüstung sprechen von der großen Gefahr der Produktion von Neutronenwaffen. Die Entwicklung von Waffen dieses Typs, erklärte ein namhafter Experte für Rüstungskontrolle, Herbert Scoville, „wird den Atomkrieg nicht humaner werden lassen, sondern nur die Gefahr eines solchen Krieges verstärken“ und den Einsatz von Kernwaffen wahrscheinlicher werden lassen. Die US-Generale werden auf dem Recht bestehen, operativ-taktische Kernwaffen einzusetzen, und das wird die Gefahr eines thermonuklearen Weltkrieges vergrößern.

Die Meldungen über die Entwicklung der Neutronenbombe riefen die Empörung der gesamten friedliebenden Menschheit hervor. Breite Unterstützung erhielt der Beschluß des Weltfriedensrates, vom 6. bis 13. August eine internationale Aktionswoche gegen die Neutronenbombe und eine Kampagne für ein Verbot dieser Massenvernichtungswaffe durchzuführen.

Propagandatricks

Nicht weniger lehrreich ist auch die Story mit dem neuen strategischen Bomber B 1. Trotz der Kritik seitens der Gegner des Wettrüstens haben die Regierungen Nixon und Ford etwa 4 Md. Dollar in dieses Projekt gesteckt. Im Wahlkampf hatte Carter dieses Projekt angegriffen. Die jetzige Administration nimmt dagegen keine klare Haltung mehr hierzu ein. Der kürzliche Beschluß des Präsidenten sieht so aus: 1978 die Produktion von 5 Serienflugzeugen aufzugeben, wobei die Forschungs- und Konstruktionsarbeiten fortgeführt werden sollen sowie Tests der neuen strategischen Bomber. Zugleich soll das Programm der Modernisierung und Ausrüstung der vorhandenen B-52-Bomber forciert und sie mit strategischen Langstrecken-Flügelraketen bestückt werden.

Dieser Beschluß verfolgt mehrere Ziele: den Eindruck zu erwecken, man hätte ein wichtiges Rüstungsprogramm aufgegeben (in Wirklichkeit nur aufgeschoben) und daraus politisches Kapital zu schlagen; Gelder für die Produktion der Flügelraketen aufzutreiben und die

Wähler davon zu überzeugen, daß die Wahlversprechungen einer Reduzierung des Rüstungshaushaltes erfüllt werden.

Einerseits hat es wirklich den Anschein, als ob die jetzige Administration Schritte zu einer Reduzierung der Rüstungsausgaben unternimmt. Im Februar d. J. legte US-Verteidigungsminister Brown im Kongreß Änderungen zum Rüstungshaushalt für 1978 vor. Daraufhin wurde eine Kürzung um 2,8 Md. Dollar vorgeschlagen. Später gab man bekannt, daß durch den Verzicht auf die Produktion von 5 B-1-Bombern weitere ca. 1 Md. Dollar eingespart werden.

Alle diese Schritte kann man nur begrüßen: Bedeuten sie doch eine gewisse Verlangsamung des Wettrüstens. Doch zugleich werden die Flügelraketen sowie neue, noch stärkere Spitzen für die ballistischen Interkontinentalraketen Minuteman 3 verstärkt entwickelt und Gelder für den Bau eines vierten atombetriebenen Flugzeugträgers und für die Produktion von Neutronenladungen bereitgestellt.

Außerdem sollte auch berücksichtigt werden, daß die letzte Administration vorschlug, den Rüstungshaushalt 1977/78 gleich um 13 Prozent zu erhöhen (von 110,2 auf 123,2 Md. Dollar). Selbst angesichts der Inflation bedeutet das eine Erhöhung von über 6 Prozent. Wichtig ist noch ein anderer Umstand: Die vom US-Verteidigungsministerium vorgeschlagene Kürzung des Rüstungshaushaltes um 2,8 Milliarden fällt in die Rubrik „finanzielle Vollmachten“, die überwiegend nur auf dem Papier stehen (die Rubrik berücksichtigt die langfristigen Entwicklungstendenzen der Streitkräfte). Nach den geplanten Ausgaben für 1978 beträgt der Unterschied zwischen den Haushaltsvorlagen der Regierungen Ford und Carter nur 0,4 Md. Dollar. So bleibt eigentlich eines der wichtigsten Wahlversprechen — die Rüstungsausgaben zu kürzen — unerfüllt.

Die derzeitige Administration hat in vielem also den reaktionären Kreisen Liebesdienste erwiesen. Das erschwert ernstlich die Lösung eines Schlüsselproblems der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, der militärischen Entspannung, und schafft zusätzliche Hindernisse für den Abschluß von Abkommen zum Verbot der Kernwaffen und zur Abrüstung.

NZ

STREIFLICHTER

zu verstärken, die einzige Kraft, die einen wirksamen Kampf gegen das unrechtmäßige Rassistenregime in Salisbury führt. Sie bekundeten ferner ihre volle Unterstützung für den Freiheitskampf der Völker Namibias und der RSA.

USA—GRIECHENLAND

Am 28. Juli paraphierten Vertreter der Regierungen der USA und Griechenlands in Athen ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit. Nach diesem Abkommen behielten sich die USA das Recht vor, vier Militärstützpunkte auf griechischem Territorium zu benutzen. Ihrerseits verpflichteten sich die USA, Griechenland Militärhilfe in Höhe von 700 Mio Dollar zu gewähren.

Die Paraphierung dieses Abkommens stieß auf Ablehnung bei der griechischen Öffentlichkeit. Kundgebungen von Vertretern der progressiven Organisationen sowie der Werktätigen von Athen, Piräus und anderer Städte fanden statt. Ihre Teilnehmer riefen das griechische Volk zur Einheit im Kampf für die Beseitigung der ausländischen Stützpunkte und für einen tatsächlichen Austritt Griechenlands aus der militärischen Organisation der NATO auf.

Der Vorsitzende der oppositionellen Demokratischen Zentrumsunion, Georgios Mavros, erklärte, die Paraphierung des griechisch-amerikanischen Stützpunktabkommens bedrohe die Sicherheit des Landes und löse Unruhe bei der griechischen Öffentlichkeit aus.

MADAGASKAR

Am 30. Juli ging in Antananarive eine außerordentliche Tagung der Nationalen Volksversammlung zu Ende. Sie war bald nach den Parlamentswahlen vom 30. Juni, bei denen die Nationale Front zur Verteidigung der Revolution [sie vereint vier progressive Parteien und Organisationen] als Sieger hervorging. Mit der Wahl eines Parlaments ging eine Übergangsperiode zu Ende, in der die Hauptaufgabe der nationaldemokratischen Kräfte darin bestand, die Reste der neokolonialistischen Herrschaft zu beseitigen. Die Banken und Versicherungsgesellschaften wurden verstaatlicht, der Außenhandel unter staatliche Kontrolle gestellt und eine Reihe anderer progressiver Umgestaltungen durchgeführt.

PAKISTAN

ERFAHRUNGEN DES VOLKES

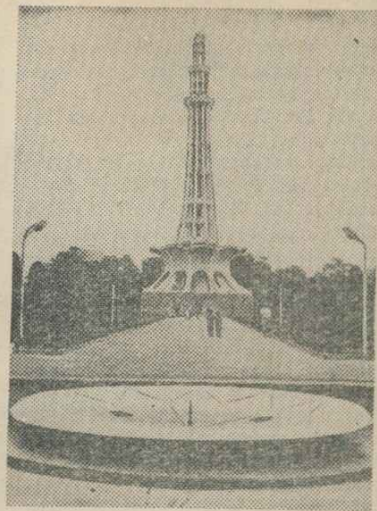
Das unabhängige Pakistan entstand vor 30 Jahren, am 14. August 1947.

Es hat sich unter schwierigen Verhältnissen entwickelt. Die Teilung des britischen Indiens nach Glaubensbekenntnissen, die London 1947 vornahm, hat auf dem südasiatischen Subkontinent Millionen veranlaßt, sich neue Heimstätten zu suchen. Die von den Kolonialisten angestifteten Zwistigkeiten kosteten die dortigen Völker unzählige Menschenleben. Aber auch nachdem diese Konflikte abgeflaut waren, ließ der Imperialismus das pakistanische Volk nicht zur Ruhe kommen. Das Land geriet in den Schraubstock der aggressiven Blöcke CENTO und SEATO. Das bewirkte, daß die militärischen Aufwendungen von Jahr zu Jahr stiegen, wodurch das ohnehin kärgliche Lebensniveau des Volkes und das internationale Ansehen des Landes sanken. Die innerpolitische Krise von 1971 bildete den folgerichtigen Abschluß dieses volksfeindlichen Kurses. Die proimperialistische Militärdiktatur wurde gestürzt. Trotz der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des jungen Staates brachte sein Volk die Kraft auf,

die spruchreifen Umgestaltungen in Angriff zu nehmen.

Kurz vor dem 30. Jahrestag der Unabhängigkeit kam es in Pakistan wieder zu stürmischen innerpolitischen Vorgängen. Sie begannen mit den Wahlen ins Landesparlament und in die gesetzgebenden Körperschaften aller vier Provinzen im März d. J. Die Volkspartei unter Zulfikar Ali Bhutto siegte, aber die oppositionelle Pakistanische Nationalallianz weigerte sich, die Wahlergebnisse anzuerkennen. In allen größeren Städten des Landes brachen Unruhen aus.

In der Nacht zum 5. Juli erfolgte ein unblutiger Militärputsch. Die Mitglieder der Regierung Bhutto und die Führer der oppositionellen Allianz wurden in Gewahrsam genommen, der Kriegszustand wurde über das Land verhängt, die Nationalversammlung und die Provinzversammlungen wurden aufgelöst und die Parteien zeitweilig verboten. Chef der Militärverwaltung wurde General Ziaul Haq, der Stabschef der Armee. In einem Appell an das Volk erklärte er, daß das Eingreifen der Armee eine vorübergehende Maßnah-



Das Unabhängigkeitsdenkmal in Lahore
Foto TASS

me zur Rettung Pakistans vor einem Bürgerkrieg sei. Zugleich betonte er folgendes:

„Ich bin der aufrichtigen Ansicht, daß die Rettung unseres Landes in der Demokratie und nur in der Demokratie liegt.“

SIE SCHÜREN

An der Grenze zwischen Libyen und Ägypten ist das Feuer eingestellt worden und hat die Spannung etwas nachgelassen. Das paßt aber nicht allen. In der westlichen Presse wird die Kampagne weitergeführt, die man nur provokatorisch nennen kann. Ein Heer von Kommentatoren, angefangen von Sulzberger (*New York Times*) bis zu Delamotte (*Figaro*), prophezeien für Nordafrika den Beginn einer „Destabilisierung“ (und nicht nur dort, sondern im ganzen Nahen Osten und in ganz Afrika).

In vielen dortigen Gebieten ist es zu Kleinkriegen gekommen. Ohne auf die Ursachen eines jeden einzugehen, wollen wir feststellen, daß zu einer Regelung überall guter Wille notwendig ist. Dazu ruft aber die westliche Rechtspresse am allerwenigsten auf. Umgekehrt, nach ihren Veröffentlichungen zu urteilen, reiben sich manche Leute im Westen die Hände, weil „in der Wüste Blut fließt“. Die UPI-Agentur z. B., die eine „bewegte Zeit von Um-

stürzen und Morden“ im Nahen Osten kommen sieht, umreißt die Stellungnahme Washingtons wie folgt: „Abwarten und zusehen, wie die arabische Welt im Chaos versinkt.“

Die UPI scheint die Besorgnis der „arabischen Diplomaten und Politiker“ darüber zu teilen. Ihr Nahost-Büro aber mischt selbst tüchtig bei diesen Kleinkriegen mit und stellt „die bewaffneten Zusammenstöße zwischen Ägypten und Libyen, die Rivalität zwischen den Baath-Regierungen des Iraks und Syriens, das Fortdauern der Kämpfe in Südlibanon und das Ausbleiben einer politischen Versöhnung in diesem Land“ als Konflikte hin, die unmöglich beigelegt werden könnten. Manche westlichen Blätter verhehlen nicht, daß sie eine zweite Runde von Kämpfen an der ägyptisch-libyschen Grenze erwarten, und bauen ein ganzes Schema neuer Zusammenstöße in Nordafrika auf. Der Pariser *Monde* zielt mit strategischen Pfeilen auch auf das Innere Afrikas, wo von Tripolis bis Mogadischu und von

Addis Abeba bis Kinshasa halb Afrika in einen einzigen Kriegsschauplatz verwandelt werde.

Es ist typisch, daß *Monde* über die „große Bedeutung dieses weiten Raumes, namentlich für Europa“, spricht, „der vor allem ein Rohstoffspeicher ist“. Der Westen sollte doch eigentlich an einer Stabilisierung und nicht an einer „Destabilisierung“ interessiert sein. Aber erstens kümmert man sich in Übersee wieder nur sehr wenig um die Interessen der europäischen Partner der USA, und zweitens kann man in der amerikanischen und nicht nur in dieser Presse zwischen den Zeilen lesen, was für abenteurliche Absichten mit einer Destabilisierung in Nahost und Afrika verfolgt werden. Ein UPI-Korrespondent in Nairobi kommt der Wahrheit anscheinend nahe, wenn er schreibt, daß Washington „Saudi-Arabien vorsichtig dazu anstachelt“, sich in die Angelegenheiten der anderen arabischen Staaten einzumischen. Die imperialistischen Kreise wollen nicht einfach dasitzen und zusehen, sie wollen diejenigen antreiben, die sich antreiben lassen, nämlich zum Kampf gegen die fortschrittlichen Regimes, wofür die „so-wjetische Gefahr“ herhalten soll.

Ende Juli wurden Bhutto und die anderen Politiker auf freien Fuß gesetzt und bekamen Gelegenheit, sich wieder politisch zu betätigen.

Angesichts der komplizierten innerpolitischen Lage dürfte es schwerfallen, den Ausgang der für Oktober anberaumten neuen Parlamentswahlen vorauszusehen und zu sagen, wie sich das Land entwickeln wird. Man muß aber unvoreingenommen feststellen, daß für Pakistan, wie die Geschichte zeigt, die Zeiten besonders günstig waren, in denen das Land eine Zivilregierung hatte. In jenen Jahren waren die sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen beachtlich. Einige Großbetriebe der wichtigsten Industriebranchen wurden unter staatliche Kontrolle genommen, ebenso das Bankwesen. Auch wurden die Grundlagen von Arbeitsgesetzen bekanntgegeben und ein neues Programm für das Bildungswesen aufgestellt. Der staatliche Wirtschaftssektor erstarkte, er liefert jetzt fast 25 Prozent aller Industrieerzeugnisse. Auf dem Lande wurden der Macht der Feudalherren Schranken gezogen, manche landlosen Bauern haben die Möglichkeit erhalten, Parzellen zu erwerben.

Bemerkenswert sind wichtige außenpolitische Schritte, die die Zivilregierung unternahm. Sie war von der verhängnisvollen Konfrontationspolitik dazu übergegangen, die Lage auf dem süd-

asiatischen Subkontinent zu normalisieren. Die internationale Entspannung hat Pakistan geholfen, sich außenpolitisch auf die neuen Realitäten umzustellen. Ein glänzendes Beispiel dafür ist sein Austritt aus dem SEATO-Militärblock im Jahre 1972, also noch bevor dieser Block zerfiel. Auch Pakistans Aktivität in der CENTO hat abgenommen.

Gewiß, Pakistan hat noch viele Probleme. Nach amtlichen Angaben hat es rund 2 Millionen landlose Bauernfamilien, von der arbeitsfähigen Bevölkerung sind 20% arbeitslos oder haben nur Kurzarbeit, und eine Reihe eingeleiteter sozialer und wirtschaftlicher Reformen ist nicht zu Ende geführt. Bei einer fortschrittlichen Entwicklung könnte es mit diesen Problemen zweifellos fertig werden.

Die UdSSR dehnt ihre wirtschaftlichen und kommerziellen Verbindungen mit Pakistan aus und unterstützt es bei der Entwicklung seiner Volkswirtschaft, namentlich beim Bau eines Hüttenkombinats in der Nähe von Karatschi und eines Wärmekraftwerks in Guddu sowie beim Erschürfen von Erdöl und Gas. Die vielseitige und für beide Teile gewinnbringende sowjetisch-pakistische Zusammenarbeit liegt im Interesse beider Länder und trägt zu festerem Frieden in Asien bei.

P. MESENZEW

Mit diesem Thema befaßt sich Cyrus Sulzberger, und leider greifen gewisse ägyptische Zeitungen seine Behauptungen auf. Eine von ihnen, **Al-Akhbar**, sieht im Konflikt zwischen Libyen und Ägypten sogar einen Versuch der UdSSR, „die kommunistischen Ansprüche und Absichten allen Arabern und ganz Afrika aufzunötigen“.

Wie bekannt das klingt! Wer in der arabischen Welt so etwas behauptet, sollte nicht vergessen, daß die sozialistischen Länder überzeugte Gegner einer gewaltsamen Bereinigung zwischenstaatlicher Konflikte sind. Auch jetzt hoffen sie, wie es in einer Mitteilung über das Treffen Leonid Breshnew mit János Kádár auf der Krim heißt, daß die am Konflikt beteiligten Staaten in Afrika „alles tun werden, damit das Feuer eingestellt wird und an ihrer Grenze wieder Frieden herrscht“.

Nur Gegner des Friedens und der nationalen Unabhängigkeit können von Kleinkriegen in der dritten Welt einen Nutzen haben. Nicht von ungefähr stellt die Londoner **Financial Times** fest, daß der ägyptisch-libysche Konflikt die Aussicht in weitere Ferne rücke, „die sich

dank den Bemühungen um eine friedliche Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts, dank den gehaltenen Verhandlungen bietet“. Und weiter: „Am meisten wird befürchtet, Israel könne den Konflikt als Rechtfertigung dafür benutzen, daß es zu keiner Einigung mit den Arabern gelangt ist.“

Es ist doch bezeichnend, daß gerade dieser Tage der Ministerpräsident Israels, Begin, die drei neuen Militärsiedlungen am westlichen Ufer des Jordans in aller Form legalisiert hat, als wolle er zeigen, was Tel Aviv aus den arabischen Zwistigkeiten gewinnen will. Wir möchten hinzufügen, daß sich mit ähnlichen Absichten die rassistischen Regimes der RSA und Rhodesiens tragen, die unverkennbar hoffen, daß die nordafrikanischen Kleinkriege auf das Innere und den Süden Afrikas übergreifen werden.

Einflußreiche Kräfte im Westen nähren solcho neokolonialistische Hoffnungen. Um so wichtiger ist es für die afrikanischen und arabischen Staaten, Zurückhaltung und guten Willen zu zeigen.

D. WOLSKI

NZ STREIFLICHTER

Der Präsident Didier Ratsiraka sagte in einer Rede vor Abgeordneten, Madagaskar konzentriere seine Bemühungen darauf, die Charta der madagassischen sozialistischen Revolution zu verwirklichen. In der Außenpolitik, erklärte Ratsiraka, werde die Republik wie früher eine nach allen Seiten geöffnete Politik verfolgen, gerichtet auf die Entwicklung der Beziehungen zu allen Staaten, u. a. zu den sozialistischen, auf eine verstärkte Unterstützung für die nationale Befreiungsbewegung. Die außerordentliche Tagung wählte die Kandidaten zum Obersten Revolutionsrat und ernannte die Mitglieder des Obersten Verfassungsgerichtes.

■ SPANIEN

Außenminister Marcelino Oreja Aguirre überreichte am 28. Juli dem derzeitigen Vorsitzenden des EG-Ministerrates, dem Außenminister Belgiens Henri Simonet, das offizielle Gesuch Spaniens um Aufnahme in den Gemeinsamen Markt.

Wie AFP meldete, erklärte Simonet, die Verhandlungen über einen Anschluß Spaniens an den Gemeinsamen Markt würden „ein schwieriger Prozeß mit einer Vielzahl von Hindernissen sein, die sich aus der jetzigen Schwäche der EWG wie auch aus den Ausmaßen Spaniens ergeben“.

Die spanische Presse betonte in Kommentaren zum offiziellen Aufnahmeantrag besonders die ablehnende Haltung Frankreichs. Eine Aufnahme Spaniens, schreiben die Zeitungen, würden alle Parteien Frankreichs kategorisch ablehnen. Insbesondere wurde in Madrid auf eine Erklärung des Bürgermeisters der französischen Hauptstadt, des Führers der gaullistischen Sammlungsbewegung für die Republik, Jacques Chirac, verwiesen, der betonte: „Wir werden alles nur mögliche tun, um die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Spaniens nicht auf die EWG-Märkte zu lassen.“

MODERNER ALS MANCHE STADT

German USTINOW

Die Einwohner des Dorfes Slušovice galten von alters her als Pechvögel. Von ihnen erzählte man sich Schwänke, z. B. daß Mauern, kaum aufgeführt, einstürzten, daß die Kühe saure Milch gäben, daß ein Jägermann aus dem Dorf nur seinen eigenen Hund traf und daß die Dorfjüngens nie einen richtigen Pfiff zustande bekamen.

Aber im Ernst: Die Einwohner von Slušovice und den Nachbardörfern waren früher wirklich nicht zu beneiden. Diese liegen auf der Mährischen Höhe, deren grüne Hügel wie Meereswellen aussehen. Solches Land kann man nicht pflügen, eggen und bestellen, und obendrein ist es unfruchtbar. Bis Mitte des 20. Jahrhunderts hatten die Leute dort nur ein kärgliches Auskommen. und die Jugend, kaum flügge geworden, suchte ihr Glück in großen und kleinen Städten. Immer mehr Katzen standen verwaist.

Leute, die an den Potenzen des Sozialismus zweifeln, sollten einmal nach Slušovice kommen. Sie brauchen nicht einmal bei der EDV-Station der Genossenschaft, ins Labor ihrer Forschungszentrale oder in den neuen Viehzucht-komplex hineinzuschauen und können sich auch die Besichtigung der beiden genossenschaftlichen Flugfelder ersparen. Stoff zum Nachdenken wird ihnen eine Vorstandssitzung geben, in der über Neuaufnahmen diskutiert wird.

Bei der landwirtschaftlichen Genossenschaft Slušovice werden zahlreiche Gesuche etwa folgenden Inhalts abgegeben: „Ich möchte mit Familie in Ihr Dorf übersiedeln und verpflichte mich, gewissenhaft zu arbeiten.“ Braucht die Genossenschaft Leute? Wie man's nimmt. Da sitzt so ein Anwärter beim Genossenschaftsleiter und muß den prüfenden Blicken von 17 Augenpaaren standhalten. Es kommen Fragen. „Warum wollen Sie unserer Genossenschaft beitreten?“

Der breitschultrige junge Mann stottert etwas von den Vorzügen des Landlebens und von seiner Liebe zur Natur. Endlich erfährt man, daß er in der Stadt bei den Eltern wohnt,

daß die Aussichten auf Wohnung nicht sehr rosig sind und daß er gehört habe, hier bekäme man gleich im ersten Arbeitsjahr Wohnung.

„Das stimmt schon“, nickt der Vorsitzende, František Cuba.

„Und wie steht es mit Ihrer Bildung?“ fragt jemand.

„Wie bei allen, wir haben doch neunjährige Schulpflicht.“

Aus dem Ton der Antwort zu schließen, soll das heißen: Wenn mir im Betrieb neun Klassen gereicht haben, dann im Dorf schon lange.

„Wie bei allen? Das stimmt nicht ganz. Bei uns in der Genossenschaft haben z. B. 72 Mitglieder studiert, und 136 sind Techniker. Vielleicht machen Sie ein Fernstudium?“

„Daran habe ich vorläufig noch nicht gedacht.“

„Schön, lassen wir das. Sie schreiben, Sie sind Schöffor und arbeiten zur Zeit als Schlosser.“

Der junge Mann wird verlegen. Er gesteht:

„Ich und mein Beifahrer haben mal eine Last schwarz befördert und uns dann ein Bier genehmigt. Zwei Jahre Entzug des Führerscheins hat mich das gekostet.“

Die Vorstandsmitglieder tauschen vielsagende Blicke. In Slušovice sind seit gut 10 Jahren alkoholische Getränke verboten, und das Verbot wird streng eingehalten. Während der Feldarbeiten gibt es in den 20 Dorfläden, 16 Gaststätten und 3 Erfrischungsräumen nichts als Brause. Und so von Anfang Mai. Im Herbst kann man beim Erntefest und bei den Hochzeiten schon Trinksprüche ausbringen und miteinander anstoßen, aber während der Ernte wird selbst hohen Gästen nur eingekühltes Mineralwasser kredenzt.

So leid einem der junge Mann tut, er wird abgewiesen. Beim Abschied mahnt ihn der Vorsitzende aufrichtig: „Benimm dich vernünftig und komm in etwa drei Jahren wieder, aber nur mit dem Führerschein erster Klasse und nicht als Pfuscher, sondern als tüchtiger Maschinen-schlosser. Übrigens — ich bin Ingenieur. Du mußt dich auf Landmaschinen besser als ich verstehen.

Sei uns nicht böse. Hier hast du zum Andenken ein kleines Buch über Slušovice, lies es auf der Rückfahrt, dann wirst du verstehen, warum wir so streng sind.“

Werfen wir auch einen Blick hinein. Ein tschechoslowakischer Journalist hat seine Reportage über Slušovice „Eine Genossenschaft des 21. Jahrhunderts“ betitelt. Wer würde nicht gern einen Blick 25—30 Jahre voraus, um zu sehen, wie die Leute leben, was sie erreicht und was für Probleme und Pläne sie haben?

Ein Agrarkomplex

Beginnen wir mit dem Wichtigsten: In Slušovice versteht man zu arbeiten. Hier ein paar Zahlen und Fakten.

Die Hektarerträge an Getreide: 1970 28 dt, 1975 47, für 1980 geplant 60 dt. Zum Vergleich möchte ich mitteilen, daß die ganze ČSSR im bisher besten Erntejahr 1974 einen Hektarertrag von 38 dt Getreide hatte und daß im Fünfjahrplan 1976—1980 41—42 dt vorgesehen sind. Sachverständige meinen, was Slušovice schon jetzt auf seinen 6000 ha erzielt hat, wird erst in einigen Planjahrfünfteln der Durchschnitt in der ganzen Republik werden. Also ist das mit der „Genossenschaft des 21. Jahrhunderts“ vielleicht gar nicht so uneben.

Die Genossenschaft hat in einem Jahrzehnt vorzügliche Rassemilchkühe gezüchtet und hält jetzt 1100 Stück. Der neue Kuhstall ist hell und blitzsauber, er hat eine starke Klimaanlage. Das Füttern, Tränken und Ausmistern wird automatisch erledigt. Überall Förderbänder wie in der Montage einer Autofabrik. Kein Wunder, daß eine Melkerin für 80 Kühe da ist. Der Stolz der Genossenschaft ist ihre Melkanlage. Sie erledigt das Melken schnell und sorgfältig. (Die ČSSR wird solche Anlagen allein auch für die anderen RGW-Länder bauen.)

Wer auch nur eine Ahnung von der Landwirtschaft hat, der weiß, wie schwierig es ist, die Milchviehwirtschaft zu industrialisieren. Natürlich nimmt die Arbeitsproduktivität zu und wird die Milch billiger. Manche Kuh kann sich aber an die fühllosen „Finger“ der Anlage nicht gewöhnen und sehnt sich nach Menschenhänden. Und dann gibt sie weniger Milch. In Slušovice gibt eine Kuh 5000 Liter im Jahr (in der ganzen ČSSR durchschnittlich etwa 3000 Liter). Im Plan für 1980 stehen 7000 Liter!

Mit den modernen Wirtschaftsbauteilen legt man wirklich Ehre ein. Nun besteht die Genossenschaft Slušovice aber aus 17 Dörfern, von denen jedes vor 5–7 Jahren noch eine eigene Genossenschaft und eigene Stallungen hatte. „Haben Sie die abgetragen?“ fragte ich Čuba.

„Nein“, wehrt er lächelnd ab. „Das sind jetzt unsere ‚Kindergärten‘.“ Er führt mich zu einem noch in der Frühzeit der Kollektivierung (Anfang der 50er Jahre) gebauten Kuhstall, in dem jetzt 3- bis 4wöchige Kälber untergebracht sind. Danach auf einen früheren Heuboden, auf dem es von Küken wimmelt — die Genossenschaft hat alle Böden für die Aufzucht von Broilern eingerichtet.

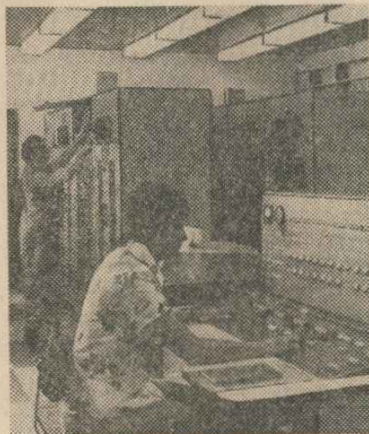
Die Fleischproduktion ist größtenteils in einem erst in den letzten Jahren gebauten Mastkomplex zusammengefaßt. In jedem Stall sind 500–600 Kälber. Auch hier haben die Mechanismen gesiegt. In jedem Stall sind nur zwei Personen beschäftigt. Da sie, wie mit der Stoppuhr festgestellt worden ist, ziemlich viel freie Zeit haben, sind sie mit der Verschönerung und Begrünung des Geländes beauftragt worden. Der Komplex scheint in einem gepflegten alten Park zu stehen.

Aber kommen wir auf die Zahlen aus dem 1977 erschienenen Büchlein über Slušovice zurück. Im Mastkomplex kostet jedes Kilo Gewichtszunahme 2,16 kg Mischfutter. Das ist der geringste Aufwand im ganzen Land, nirgends sonst sind die Gesteuungskosten von Fleisch so niedrig.

Der Agrarkomplex Slušovice besteht aus 12 Betrieben. Falls Sie die sachlichen Angaben noch nicht langweilen, lieber Leser, sollen Sie wissen, was für Betriebe. Darüber will ich ausführlicher berichten. Die erste Gruppe — Pflanzenzucht, Agrochemie, Transport und Reparaturen — wird vom Ausschuß für Pflanzenzucht geleitet und dieser von einem der drei Stellvertreter des Genossenschaftsvorsitzenden; die zweite Gruppe — Fleisch, Milch, Viehfutter und Spezialfutter — vom Ausschuß für Viehzucht ebenfalls unter Leitung eines Vizevorsitzenden; die dritte und letzte Gruppe umfaßt technische Entwicklung, Bauwesen, Forstwirtschaft, Holzverarbeitung und Zubringebetriebe.

Dem Vorsitzenden sind unterstellt: Planungsabteilung, Forschungszentrum, EDV-Station, Projekt- und Rationalisierungsabteilung, Rechtsberatung und Buchhaltung.

Die Struktur mag etwas komplizierter als nötig erscheinen. Wozu braucht eine landwirtschaftliche Genossenschaft, sagen wir einmal, ein Forschungszentrum mit zwei modernen Labors und kostspieliger Einrichtung? Danach fragte ich Vladimir Lakota, der das Zentrum leitet. Er antwortete:



Im Rechenzentrum der Genossenschaft

„Unser Boden ist karg, ungedüngt trägt er nichts. Also ist das Düngen sehr wichtig. Jedes Stück Land steht bei uns sozusagen unter ärztlicher Aufsicht. Die Bodenproben, die wir mehrmals im Jahr nehmen, geben uns darüber Aufschluß, was dem betreffenden Feld zugeführt werden muß.“

Ein Vorbild

Die Genossenschaft Slušovice, eine der ersten in Mähren, besteht seit 1949. Damals, so erzählt der Vorsitzende, kehrten die meisten, die ihr beigetreten waren, einen Monat später auf ihre Einzelfelder zurück. Da beschloß die Parteiorganisation im Dorf, daß jeder Kommunist den anderen Bauern mit gutem Beispiel vorangehen und der Genossenschaft beitreten soll.

Bei der ersten Aussaat und ersten bescheidenen Ernte waren es 32 Familien oder etwas mehr als 100 Personen. Man nennt sie in Slušovice respektvoll die Gründer. Obwohl diese Alten wie alle Rentner vom Staat unterstützt werden, zahlt ihnen die Genossenschaft jeden Monat einen ansehnlichen Zuschuß.

Die Genossenschaft erfaßt 2500 Personen. Seit fünf Jahren ist kein einziger ausgetreten, während Beiträge zu verzeichnen sind. Der Vor-

stand nimmt jeden Monat 5–6 Personen, gewöhnlich erstklassige Fachkräfte, auf.

Schon jetzt haben fast alle einen Beruf erlernt. Die Wirtschaft wird andauernd modernisiert, in Stallungen und auf Feldern werden immer kompliziertere Maschinen eingesetzt. Deshalb ist man bei Neuaufnahmen so kritisch und anspruchsvoll, und deshalb fördert die Leitung das Fern- und Abendstudium von Genossenschäftlern.

Das Parteikomitee meint, daß die Leute vor allem aus Interesse für ihre Arbeit und wegen der Beförderungsmöglichkeiten so an dem Agrarbetrieb hängen. Sehr wichtig sind natürlich auch die Lebensverhältnisse in Slušovice. Der dortige Hausbetrieb hat seit einigen Jahren Häuser mit 200 Wohnungen gebaut. Bis 1980 kommen noch 500 Wohnungen mit allen Bequemlichkeiten hinzu. Laut Satzung hat jedes arbeitende Mitglied ein Recht auf einen einmonatigen Urlaub. Die Genossenschaft hat zwei Ferienheime. In Slušovice selbst gibt es ein neues Kulturhaus und eine vorzügliche Bibliothek. Geplant ist der Bau einer Sportanlage mit Schwimmhalle und künstlicher Sprungschanze.

Es versteht sich wohl von selbst, daß die Leute in Slušovice recht gut verdienen. Ein Techniker für die Melkanlage bekommt nicht weniger als der Mann an der Walzstraße in einem Hüttenwerk. Das junge Mädchen aus dem chemischen Labor kann es sich leisten, im Urlaub nach der UdSSR, an die kaukasische Riviera, zu fahren. In der CSSR ist allerdings die Nachfrage nach Arbeitskräften groß, und es ist eigentlich nicht schwer, eine gutbezahlte Stellung zu finden. Also der Verdienst allein ist es nicht, der die Leute, besonders die jungen, so fest an ihr hiesiges Heim bindet.

Als der erwähnte Journalist nach dem Besuch in Slušovice František Čubas Betrieb eine Genossenschaft des 21. Jahrhunderts nannte, setzte der Vorsitzende eine etwas skeptische Miene auf und sagte: „Diejenigen, die die Jahrhundertwende überleben, werden in unseren Bemühungen vielleicht nur einen Versuch sehen, die Erkenntnisse des Fortschritts in Wissenschaft und Technik mit den Vorzügen des Sozialismus zu verbinden.“

Wahrscheinlich hatte Čuba recht, aber heute weisen Wirtschaften wie Slušovice dem sozialistischen Dorf seinen Weg in die Zukunft.

GEHEN, UM ZU BLEIBEN

Carters Wahlversprechen, die amerikanischen Truppen aus Südkorea abziehen, fand seinerzeit ein großes Echo in den USA und der ganzen Welt. Die einen billigten diesen Beschluß, da die Koreaner so endlich die Möglichkeit erhielten, ihre eigenen Probleme selbst zu lösen. Andere spielten verrückt: über 30 Jahre in Südkorea zu schalten und walten, das Land in ein strategisches Aufmarschgebiet zu verwandeln, den Treuesten der Treuen in Söul an der Macht zu halten, für all das mindestens 12 Md. Dollar auszugeben und auf einmal ... abzuziehen. Der Stabschef der US-Truppen in Südkorea, General Singlaub, übte sogar öffentliche Kritik an dieser Entscheidung. Doch der größte Schreck fuhr Pak Tschung Hi in die Knochen. Er hatte Millionenschmiergelder an US-Kongreßabgeordnete gezahlt, jetzt aber überläßt man ihn seinem Schicksal. ...

Doch bald wurde klar, daß in Wirklichkeit nicht ein Abzug der Amerikaner aus Südkorea vorbereitet wird, sondern nur ein Umgruppierungsspektakel. Erstens sollen nicht alle Streitkräfte abgezogen werden, sondern nur zwei Drittel, allein ein Teil der Landtruppen. Die atomar ausgerüstete Luftwaffe wird sogar um ein Viertel verstärkt. Ferner werden die Mitarbeiter der militärischen Aufklärung und der materiell-technischen Versorgung nicht angetastet. Nach fünf Jahren sollen in Südkorea über 10 000 US-Militärangehörige verbleiben. Zweitens wird die 600 000 Mann starke südkoreanische Armee vollständig umgerüstet. Das Pentagon beabsichtigt, ihr die Waffen der amerikanischen Einheiten zu überlassen, die abgezogen werden sollen, sowie eine zusätzliche Militärhilfe bereitzustellen, insbesondere 250 Jagdflugzeuge, einige Hundert Hubschrauber und Artillerieaufklärer, 6 Zerstörer, Raketen und Geschütze.

US-Verteidigungsminister Harold Brown besuchte Ende Juli Söul, um sich mit Pak Tschung Hi über diesen Plan und die „Wünsche“ Südkoreas zu konsultieren. Brown versicherte auf dem Rückweg in Tokio der japanischen Führung, die USA würden das Kräfteverhältnis in dieser Region nicht stö-

ren, sie wollten vielmehr „starke militärische Positionen in Asien behalten und dort eine aktive Rolle spielen“. Hierbei besteht Washington auf einer weiteren Forcierung der japanischen Streitkräfte.

So wird das Militärpotential der amerikanisch-südkoreanischen Streitkräfte nicht geringer, sondern bedeutend stärker sein. Man rechnet ferner darauf, eine Umrüstung der südkoreanischen Armee würde Pak Tschung His Stellung gegenüber der demokratischen Opposition festigen. Es liegt auf der Hand, daß all das keine Voraussetzungen für eine friedliche Wiedervereinigung des Landes und eine Stabilisierung in Korea schaffen wird.

N. SCHMELJOW

TALFAHRT DES DOLLARS

Der Kurs des US-Dollars, der auch ohnedies in den letzten anderthalb Monaten bedeutend nachgelassen hat, gelangte kürzlich bei seiner Tal-fahrt auf den bislang tiefsten Stand. Ende Juli wurden an den bundesdeutschen Devisenbörsen nur 2,25 DM gezahlt, was einer Entwertung um 2,6% gleichkommt. Gegenüber dem Yen fiel er seit Jahresanfang noch tiefer — um 11%.

Finanzexperten erklären das derzeitige Dollar-Mißtrauen mit dem beispiellosen Handelsbilanzdefizit der USA: im ersten Halbjahr 12,6 Md. Dollar (doppelt soviel wie im ganzen Jahre 1976). Wenn in den nächsten Monaten das jetzige Verhältnis zwischen dem US-Import und -Export bestehenbleibt, dann kann sich eine Prognose des US-Finanzministeriums bewahrheiten, daß die Vereinigten Staaten im Laufe des Jahres Waren für 25 Md. Dollar mehr einführen als es ausführen werden.

Da sich aber die US-Außenhandelsbilanz so verschlechtert, meinen die Währungsspekulanten, sei die Zeit gekommen, Dollars zu verkaufen. Doch ist nicht ausgeschlossen, meinen sie, die USA würden versuchen, ihren Export durch eine Senkung des Dollarkurses gegenüber den Währungen der Hauptkonkurrenten zu erhöhen. Hat ja Washington im Februar 1973 den Dollar um 10% abgewertet, als die Handels-

bilanz des Vorjahres ein Defizit von nur 6 Md. aufwies.

Doch so besorgt das offizielle Washington über das riesige Handelsdefizit auch ist, dürfte man in den USA wohl kaum wie früher eine Senkung des Dollarkurses anstreben. Das jetzige Defizit entstand nicht, weil die amerikanischen Exporte in die EG-Länder und nach Japan zurückgingen, sondern wegen des stark gestiegenen Ölimports, der sich 1977 auf 45 Md. Dollar belaufen wird. Eine Kurssenkung würde unweigerlich zu einer Verteuerung des Öls und einem noch größeren Defizit führen. „Harte Ölsparmassnahmen“ — das ist, wie Carter sagte, der einzige Weg, um die US-Handelsbilanz zu verbessern.

Die Dollarschwäche beschwört auch eine andere Gefahr herauf, auf die dieser Tage die *New York Times* aufmerksam machte: „Ein weiterer starker Fall des Dollarkurses könnte die OPEC-Mitglieder dazu bringen, auf einer Ölpreiserhöhung im kommenden Jahr zu bestehen.“ Ebendeshalb sind auch andere westliche Länder an einer Schwächung des Dollars nicht interessiert. Nicht verwunderlich ist also, daß nach dem Rekordsturz des Dollars in den USA und Westeuropa offizielle Erklärungen abgegeben wurden, der Dollar sei offensichtlich unterbewertet. Und das stoppte den Dollarfall. Doch für wie lange?

F. PAWLOW

„Ich habe meinem Sohn erklärt, in welcher schwerer Lage jetzt der Dollar ist. Und da bat er mich gleich, ihm sein Taschengeld in Schweizer Franken auszuzahlen.“

Aus dem „Wall Street Journal“ (USA)





Die von Washington ermunterten neuen israelischen Führer halten mit ihren Plänen nicht zurück, die besetzten arabischen Gebiete weiter zu kolonisieren. Jetzt besiedeln die Okkupanten verstärkt das Westjordanland, das von Tel Aviv aus einem „besetzten“ in ein „befreites“ Gebiet umgetauft wurde. Dort sollen über 100 israelische Wehrdörfer entstehen.

Unser Bild: Beim Bau einer Wehrsiedlung

Foto TASS

NEUAUFLAGE DES ANTIKOMINTERNPAKTES?

Auf einer Pressekonferenz am 18. Juli in Bonn gab der CDU-Generalsekretär Geißler einen neuen Plan seiner Partei bekannt, der die Bildung einer sogenannten christlich-demokratischen Internationale vorsieht, um „gegen die sozialistischen und die kommunistischen Bewegungen zu kämpfen“.

Woher dieser Übereifer?

Erstens möchte die CDU so offensichtlich die Armut ihrer Konzeptionen, besonders der außenpolitischen und ideologischen, wettmachen. Zweitens ist der neue Plan der CDU nichts anderes als eine Bekundung ihrer alten Ansprüche auf die „Führung in der Welt“. Bereits so manches Jahr steht diese Partei an der Spitze der westeuropäischen Reaktion:

— In den 50er Jahren war sie die einzige Regierungspartei unter ihren europäischen Schwesterparteien, die ein Verbot der KP durchsetzte;

— Die CDU widersetzte sich zu

Beginn der Entspannung besonders hartnäckig diesem Prozeß und trat offiziell gegen die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki durch die Bundesregierung auf;

— Jetzt ist sie der erbitterteste Feind jeglicher Zusammenarbeit mit den progressiven Kräften, insbesondere mit den Kommunisten;

— Und schließlich gehört die CDU zu den wenigen Parteien, die mit faschistischen Regimes zusammenarbeiten, u. a. mit Pinochet, der auch die chilenischen Christdemokraten verfolgt.

So erfüllt die CDU ihre Funktion als „Lehrmeister der Christdemokraten“ in aller Welt. Ganz gleich, wie die Schwesterparteien Geißlers Plan aufnehmen werden, steht fest: Diese neue „Internationale“ wird früher oder später auf dem Friedhof landen, wo u. a. die antikommunistischen Allianzen der 20er Jahre oder z. B. der Antikominternpakt ruhen.

L. ILJIN

SKANDALE, SKANDALE...

Um die Tätigkeit westlicher Geheimdienste werden Skandale immer häufiger — ob Morde an Politikern, unmenschliche Experimente an Mitbürgern oder die Beschattung von Andersdenkenden. In unserem Fall wurde kein anderer als ... Harold Wilson, seines Zeichens britischer Ex-Premier, als „Dissident“ abgestempelt.

Kürzlich berichtete er Journalisten, er habe sich die besondere Aufmerksamkeit von CIA-Agenten gezogen. Die CIA streckte ihre Fühler bis in seine Residenz in der Downing Street 10 aus. Über inoffizielle Kanäle ließ Wilson der CIA einen Brief zukommen. In Washington aber hatte man es mit einer Antwort nicht eilig, und erst anderthalb Monate später, während eines Großbritannienbesuchs, trennte sich der damalige CIA-Chef George Bush in einem Gespräch mit Wilson von diesen Verdächtigungen. Überdies versprach er dem Ex-Premier großzügig, die CIA sei bereit, ihm „jegliche in Zukunft erforderliche Hilfe“ zu geben.

Doch es blieb nicht bei der „Aufmerksamkeit“ der CIA. Die engli-

sche Gegenspionage MI 5 beschattete Wilson nach allen Regeln der Kunst. Wie der Londoner **Daily Express** schrieb, installierten Agenten der MI 5 Abhöranlagen nicht nur in der Residenz, sondern auch im Privatempfangsraum des Premiers, wo er mit vielen Besuchern zusammenkam. Mindestens 12mal brachen Agenten in Wohnungen und Arbeitsräumen des Premiers und seiner nächsten Mitarbeiter ein. Wilson demonstrierte den Journalisten einen neuen Safe, den er bei sich zu Haus aufstellen mußte. Die Wochenzeitung **Observer** meldete, daß Wilson auch in seinem Landsitz in Great Missenden prophylaktische Vorkehrungen traf. Grund genug hatte er ja: Wie sein Pressesekretär Haines erklärte, entdeckte der Premier einmal in seinem Arbeitszimmer ein Mikrofon, verborgen hinter einem Bild.

Was hatte die offen gesetzwidrige Tätigkeit der Geheimdienste bedingt? Wie Wilson erklärte, wurde er verdächtigt, einer kommunistischen „Zelle“ anzugehören. Doch wahrscheinlich ist, schrieb der **Daily Express**, daß „seine Freunde unter den Beamten oder selbst Freunde

seiner Freunde die eigentlichen Objekte der Bespitzelung waren“, was dazu führte, daß auch der Premier auf der schwarzen Liste landete. Hierbei entwickelten Mitarbeiter von MI 5, die mit den Rassistensystemen in der RSA und Rhodesien sympathisieren und rechtsradikale politische Auffassungen teilen, besondere Aktivitäten. Und nach Meinung des Ex-Premiers gibt es dort nicht wenige Ultras.

„Ich bin nicht sicher, ob ich in den letzten acht Monaten meiner Amtszeit als Premierminister ein volles Bild dessen hatte, was sich innerhalb der Geheimdienste tut“, erklärte Wilson. Nun ja, auch Teilansichten zeigen deutlich genug: Die Hexenjagd in Großbritannien nimmt wie in vielen anderen westlichen Ländern immer größere Dimensionen an. Dafür gibt es dort einen günstigen Boden. Wie seinerzeit der amerikanische Aufklärer und Politiker Thomas Paine bemerkte, sind ständige Verdächtigungspsychosen und Verfolgungen Unkraut, das auf dem gleichen Dung wächst und nebeneinander am besten gedeiht.

W. SHITOMIRSKI

Seit jeher verbinden Seestraßen Länder und Völker. Zwar überwinden die Jets heute interkontinentale Entfernungen in wenigen Stunden, aber Seeschiffe bleiben das wichtigste Güterbeförderungsmittel.

Die Schifffahrt muß eine Sphäre der internationalen Zusammenarbeit und nicht der Konfrontation sein: Darüber unterhielt sich NZ-Kommentator F. Gorjunow mit dem stellvertretenden Minister für Seeflotte der UdSSR Anatoli GOLDOBENKO (in unserem Bild links.)



DIE SOWJETISCHE HANDELSFLOTTE: EIN SOLIDER PARTNER

NZ: Neuerdings schreibt die Welpresse viel über die gespannte Lage in der internationalen Schifffahrt. Wie stehen Sie dazu?

A. Goldobenko: Ich finde, die Situation wird von zwei deutlichen Haupttendenzen bestimmt.

Vor allem treten jetzt einschneidende Veränderungen in Entwicklung und Struktur der Seeschifffahrt ein, und sie widerspiegeln die radikalen Veränderungen in der gesamten Weltwirtschaft. Daran nehmen die Länder der sozialistischen Gemeinschaft aktiven Anteil, entstanden sind zahlreiche junge Nationalstaaten, die eine Abänderung der internationalen Wirtschaftsordnung verlangen. Die Zeiten, da die Seestraßen von einer kleinen Gruppe imperialistischer Mächte, sogenannter traditioneller Seemächte, beherrscht wurden, gehen vorbei. Natürlich wollen sie ihre Positionen in der internationalen Schifffahrt um jeden Preis bewahren und die Veränderungen hemmen, doch sind sie außerstande, die unablässige Demokratisierung der Beziehungen in der Handelsschifffahrt aufzuhalten.

NZ: Wie äußert sich dieser Kampf zwischen Altem und Neuem konkret?

A. Goldobenko: Das beste Beispiel ist die Situation in der Linienschifffahrt. Darunter verstehen wir Handelsseleute regelmäßige Schifffahrtslinien, auf denen Frachtschiffe nach Fahrplänen verkehren. Die Linienschiffe befördern sogenanntes Generalgut, d. h. Industrie- und Lebensmittelwaren. Solche Transporte werden nach den höchsten Tarifen bezahlt.

Die Linienschifffahrt wird von Schifffahrtskonferenzen kontrolliert;

das sind multinationale Zusammenschlüsse von Reedereien, die den Gütertransport fast auf allen internationalen Seestraßen organisieren. Tonangebend sind in den ca. 350 bestehenden Konferenzen die Reeder aus den kapitalistischen Industrieländern. Ihre Schiffe befördern den Großteil der Güter aus den Entwicklungsländern.

Reeder aus den Entwicklungsländern sind an den Konferenzen relativ schwach vertreten. Deshalb wundert es nicht weiter, daß die Staaten der dritten Welt zwar die Zweckmäßigkeit des Instituts solcher Konferenzen nicht leugnen, aber doch nach einem Verfahren streben, bei dem die Interessen aller Teilnehmer von Gütertransporten berücksichtigt wären.

Auf Anregung der Entwicklungsländer und mit Unterstützung der sozialistischen Staaten wurde im April 1974 unter der Schirmherrschaft der UNCTAD eine Konvention über den Kodex der Normen für Schifffahrtskonferenzen angenommen. Nach ihm können an diesen im Prinzip alle Schifffahrtslinien teilnehmen, aber das Vorrecht beim Gütertransport müssen die Schiffe jenes Landes haben, dessen Außenhandel von einer Linie bedient wird. Die Konvention legt die Prinzipien der Tarifpolitik der Schifffahrtskonferenzen sowie die Regel fest, daß ihre Tätigkeit von den Regierungsorganen des Frachtabwanderlandes erörtert werden kann. Die neuen Regeln über die Tätigkeit der Schifffahrtskonferenzen sind ein Schritt vorwärts bei der Demokratisierung der Linienschifffahrt und ein Beweis für die qualitativen Veränderungen,

die sich in der Handelsschifffahrt vollziehen.

NZ: Und die zweite Haupttendenz wäre?

A. Goldobenko: Die langwierige Depression, die heute die internationale Schifffahrt erfaßt hat. Auf dem Wasserwege werden gegenwärtig rund 75% aller Frachten befördert. Aber die Tonnage der Weltflotte ist weit höher als die Gütermenge. Beliebige Veränderungen in der Weltwirtschaft, die die Konjunktur im Welthandel beeinflussen, wirken sich sofort auf den Umfang der Seetransporte aus. Kein Wunder daher, daß die Krise und die Depression der letzten Jahre in der Wirtschaft des Westens negative Folgen für die Handelsschifffahrt haben.

Es liegt auf der Hand, daß die Hochseeflotte im Unterschied zur Industrie nicht „auf Vorrat“ arbeiten kann. Transportleistungen lassen sich nicht bis auf bessere Zeiten einlagern. Ein Schiff kann seinem Eigentümer nur dann Gewinn bringen, wenn Nachfrage nach seinen Dienstleistungen besteht. Eine aufliegende Flotte dagegen bringt nur Verluste.

NZ: Wahrscheinlich steigen diese Verluste, je kostspieliger sich neue Schiffe stellen?

A. Goldobenko: Das stimmt. In den letzten Jahren hat sich die Technologie der Güterbeförderung radikal verändert. Neue, fortschrittliche Schiffstypen sind hinzugekommen: Containerschiffe, Schubverbände mit Prahmern, Schiffe mit horizontaler Verladung usw.; die Es- und Entladeausrüstungen wie auch die allgemeine technische Ausstattung der Häfen wurden perfektioniert.

Die Schiffe haben heute einen größeren Ladeinhalt und höhere Geschwindigkeiten, was die Leistungsfähigkeit der Handelsmarinen gesteigert hat. Aber die neue Technik hat die Schiffstransporte in den westlichen Ländern auch verteuert.

Auf Höchstprofite bedacht, haben viele westliche Schiffsbaufirmen und Reeder das künftige Verhältnis zwischen vorhandenen Frachten und der Tonnage von Frachtern außer acht gelassen. Während des „Booms“ in der internationalen Schifffahrt von 1972—1974 wurden unbegründet viele neue Schiffe eiligst in Auftrag gegeben. Jetzt stellt sich heraus, daß die Bestände beträchtlich überhöht sind. Trotz der heutigen rückläufigen Entwicklung im Schiffbau treten noch immer früher bestellte Schiffe ihren Stapellauf an.

NZ: Was die Konkurrenz natürlich nur noch mehr verschärft.

A. Goldobenko: Der Konkurrenzkampf um die Frachten ist so erbittert, wie seit langem nicht mehr. Vergleichsweise: 1965—1975 wuchsen die internationalen Seetransporte von 1,638 Md. auf 2,987 Md. t, d. h. auf das 1,8fache, die Tonnage der Weltflotte aber stieg von 200 Mio auf 548 Mio t, d. h. auf das 2,7fache. Im Jahre 1976 und im ersten Halbjahr d. J. mußten Hunderte Schiffe, deren Gesamttonnage in einzelnen Monaten 50—55 Mio t betrug, im Hafen bleiben. Die Presse meldet nicht selten, daß selbst Schiffe, die ganz neu sind, gleich nach dem feierlichen Stapellauf aufgelegt werden. Für sie sind keine Frachten da.

NZ: In der westlichen Presse liest man, daß die Handelsflotten der sozialistischen Länder, u. a. die sowjetische, die Depression in den „Ländern der traditionellen Schifffahrt“ benutzen, um die Handelsseestraßen an sich zu bringen. Dieser „Drang der Russen nach der Hegemonie zur See“ solle u. a. darauf zurückgehen, daß sich die sowjetische Handelsflotte viel rascher als die Erfordernisse unseres Außenhandels entwickle, besonders in den letzten Jahren.

A. Goldobenko: Am besten beantwortet man solche gelinde gesagt unbegründeten Anschuldigungen mit Fakten und Vergleichen. Hier sind sie.

1970—1975 nahm die Handelsflotte der 24 kapitalistischen Industrielländer, die der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) angehören, um 44,6% zu, ihre Tonnage erreichte

318,9 Mio t (etwa 60% der Welthandelsflotte).

Außerdem nahm die Flotte unter den sogenannten billigen Flaggen, d. h. Schiffe, die faktisch Reedern aus den OECD-Ländern gehören, aber in anderen Staaten registriert sind, um 129,9% zu und hatte 162,1 Mio t (rund ein Drittel der Welttonnage). Gerade die erhebliche Zunahme der Schiffe unter den „billigen Flaggen“ spielte die entscheidende Rolle dabei, daß die überschüssige Tonnage höher und die ohnehin schwierige Lage in der internationalen Schifffahrt noch kritischer wurde.

In den gleichen fünf Jahren vergrößerte sich die Handelsflotte der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder um 40% und auf 28,7 Mio tdw. (insgesamt 5,2% der Welttonnage).

Wie Sie sehen, widerlegen diese Zahlen die Behauptungen der westlichen Propaganda.

Der Bedarf unseres Außenhandels an der Tonnage der sowjetischen Handelsmarine wird von den westlichen Experten ebenfalls falsch beurteilt. Das können Sie anhand folgender Zahlen sehen. Von 1965 bis 1975 vergrößerte sich der Umfang des sowjetischen Außenhandels auf das 3,5fache, unsere Tonnage aber auf das 1,9fache. Die Welttonnage stieg in diesen Jahren, wie bereits erwähnt, auf 2,7fache.

Im 10. Planjahr fünf wird die reine Zunahme unserer Tonnage (nach Abschreibung moralisch und physisch veralteter Schiffe) jährlich 600 000—700 000 t betragen; in Prozent ausgedrückt, liegt das unter der jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate der Weltflotte in den letzten 10 Jahren. Auch die Pläne für 1980—1985, die jetzt aufgestellt werden, sehen keinen „Sprung“ vor.

Auf den sowjetischen Schiffen befördern wir nur etwa die Hälfte unserer Außenhandelsfrachten, die auf dem Seewege transportiert werden, den Rest aber mit ausländischen Schiffen, darunter solchen aus den westlichen Ländern.

Daß die westlichen Propagandisten nicht gewissenhaft vorgehen, fällt besonders auf, wenn man die Angaben über den Transport von Generalgut (75—80% aller Einkünfte aus Seetransporten) vergleicht. Dieser Bereich der internationalen Schifffahrt ist von den westlichen Ländern hochgradig monopolisiert: 71% der Handelsmarine, die eigens für Linientransporte bestimmt ist, darunter 98% der Containerschiffe,

gehören Reedern aus westeuropäischen Ländern, den USA und Japan. Die Profite der Reedereien dieser Länder steigen selbst heute, obwohl sie mehr als die anderen über hohe Betriebskosten, die Inflation und sonstige wirtschaftliche Schwierigkeiten lamentieren.

Die RGW-Länder sind an der Tonnage der Linienschiffe dagegen nur mit 12%, am Containertransport sogar mit kaum 1% beteiligt.

Braucht man noch Beweise dafür, daß die Entwicklung und die Rolle der sowjetischen Handelsflotte in der internationalen Schifffahrt nichts mit der uns angelasteten „Expansion“ gemein hat? Mehr noch, unsere Reedereien haben im Ausmaß der Gütertransporte noch nicht das Niveau erreicht, das der Rolle und dem Gewicht der UdSSR in der Weltwirtschaft entspricht.

NZ: Es ist wohl anzunehmen, daß sich kompetente Personen im Westen, die mit der Handelsschifffahrt zu tun haben, über die wirkliche Sachlage im klaren sind. Vor kurzem schrieb z. B. die gut informierte Londoner Wochenschrift *Economist* in einem Artikel über die sowjetische Schifffahrt, die Angriffe auf die Handelsflotte der UdSSR kämen von den „Habicht unter den westlichen Reedern“.

A. Goldobenko: Meines Erachtens darf man den Lärm um die „sowjetische Gefahr zur See“ nicht nur auf die Habichte zurückführen. Er wird auch von gewissen Regierungskreisen und NATO-Politikern inspiriert. Das nichtexistente Problem „UdSSR-Expansion zur See“ wird den Reeder- und Geschäftskreisen der westlichen Länder von jenen politischen Kräften aufgezwungen, die eine Konfrontation wollen und gegen die internationale Zusammenarbeit, überhaupt gegen die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West auftreten. Das ist ein Bestandteil all der sowjetfeindlichen Propagandaaktionen, die in den NATO-Ländern gegenwärtig gestartet werden, um die Sache des besseren Verstehens und Vertrauens zwischen Ländern unterschiedlichen sozialen Systems zu bremsen.

NZ: Die gegenwärtige Depression in der internationalen Schifffahrt dürfte einen günstigen Hintergrund für diese Lärmkampagne abgeben.

A. Goldobenko: Ja, Sie haben recht. Tatsächlich gab es Anfang der 70er Jahre, als die Konjunktur in der Handelsschifffahrt relativ günstig war, im Westen nicht dieses Gefasel über eine „sowjetische Bedrohung“.

Unsere Schiffe beteiligen sich seit langem an der Güterbeförderung. Seit Jahren vergrößert sich der Transport von Gütern ausländischer Befrachtern durch sowjetische Reedereien praktisch nicht, aber merkwürdigerweise hat der Lärm um dieses Problem in den letzten Jahren eingesetzt. Meiner Meinung nach sollen die Behauptungen, daß die sowjetischen Reedereien die „Länder der traditionellen Seeschifffahrt“ ruinieren würden, die Geschäftskreise und die Öffentlichkeit von der kritischen Lage ablenken, die jetzt in der Handelsschifffahrt besteht.

NZ: Zudem möchten gewisse Leute im Westen mit diesem Geschrei wohl ihre Unlust verdecken, eine gerechtere internationale Arbeitsteilung in der Handelsschifffahrt der Welt herbeizuführen.

A. Goldobenko: Ich finde, das Märchen von der „sowjetischen Bedrohung zur See“ wird als Rechtfertigung für die ablehnende Haltung bestimmter westlicher Kreise benutzt, mit unseren Vertretern bei der Regelung von Problemen der internationalen Schifffahrt zusammenzuarbeiten. Überdies will man die Schuld für die Krise und die Depression, unter denen Tausende Seeleute und Hafenarbeiter in den „Ländern der traditionellen Schifffahrt“ leiden, auf uns abwälzen. Mit der antiso-wjetischen Kampagne als Lärmkulisse versuchen die Monopolreedereien, ihre Regierungen zu „Schutz“, in Wirklichkeit aber zu Diskriminierungsmaßnahmen gegen die sowjetischen Reedereien und Handelsschiffe zu veranlassen.

NZ: Sofern sich nach der Presse urteilen läßt, wird dabei gesagt, die sowjetischen Reedereien hätten keinen Wunsch, mit westlichen Gesellschaften, u. a. im Rahmen der Schifffahrtskonferenzen, zusammenzuarbeiten. Sie versteigen sich sogar zu der Behauptung, die sowjetische Handelsflotte greife zu „unfairer“ Konkurrenz, indem sie z. B. Transporte zu Dumpingpreisen anbiete.

A. Goldobenko: Diese Argumente weisen wir entschieden zurück, sie entsprechen absolut nicht der Wirklichkeit. In den Schifffahrtskonferenzen erblicken wir eine Form der Organisation der Linienschifffahrt. In ihrer mehr als 100jährigen Geschichte haben besagte Konferenzen reiche Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt. Auf den von ihnen betreuten Relationen stehen dem Welthandel garantiert regelmäßige Transporte zur Verfügung, und auch die Tarifsätze sind relativ stabil.

Die sowjetischen Reedereien sind

Teilnehmer von 14 Konferenzen, mit weiteren 12 arbeiten sie so oder anders zusammen — ein Beweis mehr dafür, daß wir uns nicht an den bestehenden Formen der gegenseitigen Beziehungen in der Hochseeschifffahrt vergeifen wollen. Aber unsere Reedereien treten aktiv gegen die Versuche der Schifffahrtskonferenzen auf, notorisch unannehmbare Forderungen zu stellen oder unvorteilhafte Arbeitsbedingungen aufzuzwingen, die den Prinzipien einer gleichberechtigten Zusammenarbeit nicht entsprechen.

Auf vielen Fahrtgebieten betätigen sich die sowjetischen Schiffe nicht im Rahmen von Konferenzen, sondern als Outsider. Ihre Tarife für Güterbeförderung sind um 10–15% niedriger als die der Konferenzen. Das nehmen die westlichen Schiffs-eigner zum Anlaß, um uns ein „Dumping“ vorzuwerfen, und ständig wiederholen sie, die sowjetischen Schiffe arbeiteten nicht auf kommerzieller Grundlage. In Wirklichkeit hat das mit „Unterbietung“ usw. nichts zu tun.

Erstens ist es Usus, daß die Außen-seiter niedrigere Tarifsätze als die Konferenzen offerieren. Diese Konkurrenzform wird von den Reedern ausnahmslos aller Länder praktiziert. Jene sowjetischen Schifffahrts-linien, die nicht zu den Konferenzen gehören, senken ihre Tarife offen, nach allen Regeln einer ehrlichen Konkurrenz. Ich betone: einer ehrlichen Konkurrenz, denn die Reeder aus den „Ländern der traditionellen Seeschifffahrt“, die sich so gern über das sowjetische „Dumping“ auslassen, greifen tatsächlich ausgiebig zu verkappten Methoden des Konkurrenzkampfes. Sie gewähren unterschiedliche Rabatte gegenüber den amtlichen Sätzen, benutzen die doppelte Buchführung, fingierte Rechnungen, Bestechungen und sonstige unsaubere Praktiken.

NZ: Die Festlegung von Tarifsätzen unter dem kommerziell vertretbaren Niveau muß doch den sowjetischen Reedereien ebenso wenig vorteilhaft wie den westlichen sein?

A. Goldobenko: Selbstverständlich. Unsere Reedereien müssen ja nicht nur ihre Betriebskosten hereinbringen, sondern auch einen vernünftigen Gewinn erzielen. Jede sowjetische Reederei ist ein kommerzieller Betrieb und kann nicht mit Verlust arbeiten.

Aber unsere Reedereien haben bestimmte kommerzielle Vorzüge. Die Betriebskosten sind in der sowjetischen Handelsflotte alles in allem niedriger als in den westlichen Län-

dern, u. a. weil die alljährlichen Abschreibungen niedriger sind, die Schiffe auf den Werften der Reedereien instand gesetzt werden können, usw. Aber die Hauptsache ist wohl, daß wir uns auf einen vernünftigen Gewinn orientieren.

Daraus folgt jedoch keineswegs, daß die sowjetische Hochseeflotte die allgemein gültigen ökonomischen Kriterien — Rentabilität, Gewinn, Deckung der Kosten für die Produktionsgrundfonds — ignorieren könnte.

NZ: Wie mir scheint, bildet eine gänzlich andere Konkurrenz ein tatsächlich ernsthaftes Problem für die „Länder der traditionellen Schifffahrt“. Ich meine die von Ihnen erwähnten Schiffe unter „billigen Flaggen“. Wie beurteilen Sie ihren Einfluß auf die Situation in der internationalen Schifffahrt?

A. Goldobenko: Die Registrierung von Schiffen unter fiktiven oder, wie man sie euphemistisch nennt, „billigen Flaggen“, gehört zu den schlimmsten Folgen des „freien Unternehmertums“. Ein Großteil solcher Schiffe ist in Liberia und Panama registriert, obwohl sie nord-amerikanischen und griechischen Firmen gehören. Auch viele Reeder der BRD, Japans, Großbritanniens, Hollands, Dänemarks, der Schweiz u. a. gehen allmählich zu den „billigen Flaggen“ über. Auf diese Weise können sie der bei ihnen „dahin“ geltenden Kapitalbesteuerung entgehen, ihre Profite frei überweisen und andere Vergünstigungen haben, die die Länder gewähren, welche fremde Schiffe unter ihrer Flagge registrieren.

Hierbei können die Reeder auch bei Betriebskosten sparen: Die Besatzungen der Schiffe unter „billigen Flaggen“ erhalten eine niedrigere Heuer, die Sozialversicherung erstreckt sich nicht auf sie. Die Besitzer der „billigen Flaggen“ halten sich nicht an die in der internationalen Praxis gültigen Standards und Normen für die technische Ausstattung, die Betreuung und Instandhaltung der Schiffe, die Sicherheit der Schifffahrt und die Verhütung der Umweltverschmutzung. All das kostet viel Geld. Die Arbeitsbedingungen der Matrosen unter den „billigen Flaggen“ sind viel schlechter als auf den Schiffen, die unter ihrer nationalen Flagge fahren.

Selbst die Berufsausbildung der Besatzungen auf den Schiffen unter den „billigen Flaggen“ bleibt in der Regel hinter den modernen Anforderungen zurück. Daher auch der hohe Prozentsatz von Pannen auf solchen

Schiffen: Er ist fast 3mal so hoch wie der Durchschnittswert. Auch weiß man, daß die größten Erdölmengen im Weltmeer in den letzten Jahren von Tankern ausgeschüttet wurden, die unter liberianischer Flagge fuhren.

Die Tatsache, daß auf die „billigen Flaggen“ heute ein Drittel der Leistungen der Welthandelsflotte kommt, entstellt das Bild von der Seeschifffahrt. In der Welt besteht, wie wir sehen, eine große und praktisch unkontrollierte Flotte, auf die sich die allgemeingültigen Regeln von Geschäftspraxis und Wartung nicht erstrecken.

NZ: Glauben Sie, daß die negativen Tendenzen und Erscheinungen, über die Sie gesprochen haben, die Situation in der internationalen Schifffahrt in den nächsten Jahren bestimmen werden?

A. Goldobenko: Wie Sie wissen, stehen wir Kommunisten zu allen Weltfragen, auch den akutesten, auf dem Standpunkt des historischen Optimismus. Das beziehe ich auch auf die heutige schwierige Situation in der Weltschifffahrt. Zugegeben, die Aussichten darauf, daß die günstige Konjunktur in der Handelschifffahrt in den nächsten Jahren wiederhergestellt wird, sind nicht sehr ermunternd, aber wir wollen nicht dem Pessimismus frönen.

Nach unserer Meinung werden die Gleichberechtigung und die für alle Beteiligten nützliche Zusammenarbeit in der Handelsschifffahrt doch ausschlaggebend sein. In letzter Instanz leiden ja alle Länder und alle Reedereien unter der heutigen ungünstigen Situation in der Weltschifffahrt. Es kommt darauf an, die gemeinsamen Schwierigkeiten nicht im Geiste der Konfrontation und der Feindseligkeit, sondern in einer ruhigen, sachlichen Atmosphäre zu überwinden. Wir sowjetischen Seeleute sind die letzten, das zu behindern. Wir sind bereit, an solchen Diskussionen teilzunehmen, selbstverständlich auf der Grundlage der Gleichheit und unter der Bedingung, daß unsere westlichen Partner den objektiven Gegebenheiten der heutigen Handelsschifffahrt Rechnung tragen.

Die Prinzipien, von denen sich die UdSSR in allen Fragen der Handelschifffahrt, wie übrigens auch in allen Problemen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, leiten läßt, sind klar und deutlich: Gleichberechtigung, gegenseitiger Nutzen, Verzicht auf politische Diskriminie-

rung, die Bereitschaft, Streitfragen durch Verhandlungen beizulegen.

An diese Prinzipien halten sich strikt die Vertreter der sowjetischen Hochseeflotte auf allen internationalen Foren, sowohl auf Regierungsebene als auch bei Geschäftsverhandlungen. Diese Prinzipien sind in den Regierungsabkommen über Seeschifffahrt enthalten, die die Sowjetunion mit vielen anderen Ländern, darunter in Westeuropa, geschlossen hat. Diese Abkommen werden in unseren bilateralen Beziehungen zu den ausländischen Partnern erfolgreich realisiert. Solche Erfahrungen berechtigen zu einem optimistischen Blick in die Zukunft.

NZ: Die KSZE-Teilnehmerstaaten sollten wohl einen besonderen Bei-

trag zur Normalisierung der Handelsschifffahrt leisten.

A. Goldobenko: Sehr richtig. Eine besondere Verantwortung liegt auf den Regierungsstellen, die den Verkehr der Seeflotte regeln. Gerade sie müssen, ohne die Geschäftspartner zu ersetzen, ein entsprechendes politisches Klima schaffen, um in der Weltschifffahrt gesunde Wirtschaftsbeziehungen herbeizuführen.

Ich bin zuversichtlich: Heutzutage, da in der Welt der Kurs auf Entspannung und Zusammenarbeit vorherrscht, wird die internationale Schifffahrt nicht beiseite stehen. Darin sehen wir das sicherste Unterpfand, daß die heutige für die Handelsflotte so schwierige Zeit bald hinter uns liegen wird.

BIOGRAPHISCHES



Junius Richard Jayawardene

Geb. am 17. September 1906, Singhalese, studierte auf Ceylon. Anwaltspraxis von 1932—1940. Beginn der politischen Tätigkeit 1940 (Wahl in den Stadtrat von Colombo). Mitglied des Staatsrates 1943. Teilnahme an der antikolonialen Bewegung als Mitglied

MINISTERPRÄSIDENT DER REPUBLIK SRI LANKA IST JUNIUS RICHARD JAYAWARDENE

des Ceylonischen Nationalkongresses sowie an der Gründung der auf seiner Basis 1946 gebildeten Vereinigten Nationalpartei (UNP).

Zwischen 1948 und 1956 Finanz- sowie Landwirtschafts- und Ernährungsminister in UNP-Regierungen. Von März bis Juli 1960 Finanzminister und Minister für lokale Verwaltung und Wohnungsbau in einer neuen UNP-Regierung; zugleich Vorsitzender der Parlamentsfraktion dieser Partei. Zwischen 1965 und 1970 Staatsminister, parlamentarischer Sekretär des Ministeriums für Verteidigung und des Außenministeriums. Als Mitglied von UNP-Regierungen wiederholt Vertretung des Ministerpräsidenten für die Zeit seiner Auslands-

reisen. Direktorposten in der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie im Internationalen Währungsfonds.

Im April 1973 wurde er zum UNP-Vorsitzenden gewählt und stand bis 1977 der Parlamentsopposition vor. Nach den Wahlen im Juli d. J. ist er Mitglied der Nationalen Staatsversammlung (Parlament).

Am 23. Juli wurde Jayawardene als Ministerpräsident der Republik Sri Lanka vereidigt. Zugleich ist er Verteidigungs-, Planungs- und Wirtschaftsminister sowie Minister für Kontrolle der Planerfüllung.

1972 weilte Jayawardene in der UdSSR als Mitglied einer Parlamentsdelegation.

WAS GESCHIEHT AM HORN AFRIKAS?

Georgi GALPERIN

Auf dem sogenannten Horn Afrikas, im Nordosten dieses Kontinents, wird die Lage immer gespannter. Vor allem handelt es sich um die sichtlich abgekarteten Bemühungen der imperialistischen Kreise und einiger reaktionärer arabischer Regimes, das revolutionäre Äthiopien in die Knie zu zwingen und die fortschrittlichen Errungenschaften der dortigen Völker ungeschehen zu machen.

Warum führen die Geschehnisse in und um Äthiopien zum Anschwellen der gefährlichen Aktionen?

Die Antwort ist im Kräfteverhältnis der in dieser weiten Grenzzone Afrikas und Asiens konfrontierten Kräfte und darin zu suchen, daß dort die neokolonialistische Politik des Westens intensiver geworden ist.

Im Dämmer der Vergangenheit

Noch Anfang 1974 befand sich Äthiopien, wie es der bekannte äthiopische Wirtschaftswissenschaftler Teye Gullilat nannte, „im Dämmer des Übergangs von der feudalen zur kapitalistischen Gesellschaft“. Das ist wie folgt zu verstehen.

Rund 1000 größte Feudalherren einschließlich Mitglieder der kaiserlichen Familie und Kirchenfürsten besaßen 60% der Nutzfläche und bestimmten, wie der *Ethiopian Herald* schrieb, aufgrund persönlicher, familiärer und Klassenprivilegien über das Leben des ganzen 27-Millionen-Volks. Von den 14 Provinzen hatten 11 keinen einzigen Industriebetrieb, und in den übrigen hatte Auslandskapital etwa 70% der Produktion in der Hand. Die formal schon 1942 abgeschaffte Sklaverei florierte sogar in der Stadt. Die Volksmassen waren in tiefstem Elend, Äthiopien stand in Afrika sozial und wirtschaftlich an letzter Stelle. In Verwaltung und Justiz war Korruption etwas Alltägliches. Das öffentliche Leben war niedergehalten durch das Verbot von Parteien, durch den höfischen Charakter des Parlamentarismus, durch die politische Inquisition

und die chauvinistische Politik der Monarchie.

Dieses zurückgebliebene, vom Kaiserhaus, von den Feudalherren, der Kirchenelite und der bürokratischen Bourgeoisie unterdrückte Äthiopien war ganz nach dem Geschmack des Westens und der reaktionären arabischen „Ölpolitiker“ mit ihrem hemmungslosen Fanatismus und ihrer Feindseligkeit gegen jeden sozialen Fortschritt. Den Spitzen des vorrevolutionären Äthiopiens warfen amerikanische Kongreßleute und gewisse arabische Politiker nie eine Verletzung der Menschenrechte vor. Dagegen erdreisten sie sich, solche Anklagen jetzt zu erheben, wo das Volk heroisch seine Menschenwürde behauptet.

Marksteine des Fortschritts

Die Herausforderung der Fortschrittskräfte Äthiopiens an den Imperialismus und ihre revolutionierende Wirkung auf die anderen Länder Afrikas — sie sind es, die die Reaktion aller Schattierungen derart gegen die revolutionären Demokraten dieses Landes aufgebracht haben. Das vorrevolutionäre Äthiopien war das älteste Staatswesen im Tropischen Afrika, ein Land mit entwickelter Klassenstruktur, mit extremen sozialen und wirtschaftlichen Gegensätzen, und dieser Umstand ist vor allem ausschlaggebend für die einschneidenden, konsequenten fortschrittlichen Umgestaltungen, die die neue Führung vornimmt. Er hat auch dazu beigetragen, daß die antimonarchistische, antifeudale Revolution so schnell in eine nationaldemokratische hinübergewachsen ist. In den drei Jahren seit September 1974, d. h. seit dem Sturz der Monarchie, haben die nationaldemokratischen Kräfte Beachtliches geleistet und sind große Bevölkerungsschichten in den Kampf für die revolutionären Umgestaltungen einbezogen worden.

Der Grund und Boden, der größte Reichtum des Landes, ist zum Gemeingut des Volkes erklärt und wird

unter die Bauern und Landarbeiter aufgeteilt. Sämtliche feudalen und kapitalistischen Formen des Grundbesitzes und der Bodennutzung sind aufgehoben. Es entstehen Genossenschaften und staatliche Agrarbetriebe. Die städtischen Grundstücke und Mietshäuser sind verstaatlicht, ebenso die Schlüsselindustrien. Schon Anfang 1976 leistete der staatliche Sektor etwa 90% der industriellen Produktion.

Die privaten Banken und Versicherungsgesellschaften sind ebenfalls verstaatlicht, das alte Steuersystem ist aufgehoben, eine fortschrittliche Währungsreform durchgeführt, und alle Valutageschäfte sind unter staatliche Kontrolle gestellt. Für das Privatunternehmertum in Industrie und Handel sind strikte Regeln festgesetzt. Das fortschrittlichste Arbeitsdekret Afrikas ist angenommen und wird in die Tat umgesetzt. Im Unterrichtswesen werden auf allen Stufen einschneidende Umgestaltungen vorgenommen. Das Fundament für eine sozialistische Kultur wird gelegt. Der Kampf um die geistige Befreiung der Volksmassen wird verstärkt. Die sozialen und wirtschaftlichen Reformen bieten also ein eindrucksvolles Bild dar.

Es war der wichtigste Fortschritt, als der Provisorische Militärverwaltungsausschuß im April 1976 das Programm der nationaldemokratischen Revolution bekanntgab, in dem deren Entstehen und Fortentwicklung theoretisch begründet wurde. Sie wird als Übergangsphase zur sozialistischen Revolution bezeichnet. Deshalb nennen die Demokraten Äthiopiens ihr Programm ein „Programm-Minimum“. Immer intensiver wird der wichtigste Programmpunkt ausgeführt, nämlich eine marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse als führende politische Kraft der Gesellschaft geschaffen.

Worauf die Reaktion baute

Nach dem Sturz der Monarchie verhielten sich die reaktionären Kreise innerhalb und außerhalb Äthiopiens abwartend. Sie hofften unverkennbar wenn nicht darauf, daß die feudal-monarchistische Ordnung in aller Stille wiederhergestellt würde, so doch auf einen Machtantritt der neokolonialistischen Elite, die sich auf eine Entwicklung des Kapitalismus orientiert. Durch die gefestigte Position und das zunehmende Ansehen der fortschrittlichen,

ideologisch standhaften, schöpferischen Kräfte der äthiopischen Revolution wurden diese Hoffnungen jedoch zunichte gemacht. Die geheimen und dann auch die unverhohlenen Umtriebe der inneren Konterrevolution und auswärtigen Reaktion nahmen plötzlich überhand, als die Erlasse der neuen Macht ins tägliche Leben übertragen wurden und das Land außenpolitisch auf eine

Führung auf ethnische und wirtschaftliche Absonderung Eritreas klingen vielen nicht überzeugend, aber das müßte Gegenstand eines besonderen Gesprächs sein. Die Sache hat eine andere, nicht minder wichtige Seite. In einer Resolution des I. Kongresses der separatistischen Eritreischen Befreiungsfront von 1971 heißt es, sie richte sich gegen „den Block der herrschenden Clique Haile Selassies und ihrer Bundesgenossen in Gestalt der Ausbeuterklassen Äthiopiens und Eritreas“ sowie gegen „die amerikanische militärische Präsenz“ (gemeint war der Militärkomplex Kagnev in Asmara, dem Verwaltungszentrum Eritreas).

Die revolutionär-demokratischen Kräfte Äthiopiens nahmen sich das aber auch vor und haben es schon weitgehend ausgeführt: Die Monarchie ist gestürzt, die Macht der Ausbeuter geschwächt, der Militärstützpunkt und das Konsulat der USA in Asmara sind aufgelöst. Mehr noch, im Programm der Revolution wird eine gerechte politische Bereinigung der nationalen Frage schon jetzt ins Auge gefaßt. Allen Völkern wird das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt. Als die fortschrittlichste und zweckmäßigste Form der

Selbstverwaltung wird eine „regionale Autonomie“ bezeichnet — dank ihr könne der multinationale Staat vorwärtskommen, könne die Einheit seiner Völker konsolidiert und die territoriale Integrität gewahrt werden. Im Rahmen dieser Autonomie habe jedes Volk das Recht, über die Art seines politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens zu bestimmen, seine Muttersprache zu gebrauchen und gewählte Vertreter in die Machtorgane zu entsenden. Diese Prinzipien enthält auch eine Sondererklärung der Regierung über Eritrea vom 16. Mai 1976. Sie umfaßt ferner ein Programm für eine friedliche, demokratische Regelung. Also was noch? Warum ist die „Eritrea-Frage“, die sich durchaus friedlich bereinigen läßt, im vierten Jahr der Revolution eine gefährliche Waffe der Konterrevolution geworden?

Das ist ganz klar. Es war und bleibt ein Druckmittel des Imperialismus gegen die fortschrittlichen Regimes in jungen Staaten, dort einen Separatismus anzufachen und die schwierigen territorialen und ethnischen Probleme auszuschlachten, die eine Hinterlassenschaft der kolonialen Vergangenheit sind. Denken wir an Angola! Die Vorgänge in einigen Grenzbezirken Äthiopiens zeigen, was von den zwischen westlichen und einigen arabischen Hauptstädten pendelnden Separatistenführern wie Osman Saleh Sabbih und von ihren Gönnern zu halten ist. Sie verstanden sich mit dem monarchistischen Addis Abeba, heute treten sie gegen die Revolution auf, die dieses Regime stürzte, wollen eine Zerstückelung des fortschrittlichen Staates und scheuen nicht einmal davor zurück, Washington zu einer direkten Einmischung aufzufordern. So wird der Separatismus auf dem Horn Afrikas zum Bundesgenossen der reaktionärsten Kräfte, die versuchen, die Revolution Äthiopiens von Feinden einkesseln und abwürgen zu lassen.

Eine weitere Äußerung der neokolonialistischen Politik in diesem Raum sind die Pläne der mit den reaktionären arabischen Regimes, vor allem mit Saudi-Arabien, verbundenen Westmächte. Sie wollen dort einen militärisch-politischen Block gegen die fortschrittlichen Regimes und dafür bilden, aus dem Roten Meer ein Mare arabicum zu machen. Man erkennt unschwer, daß die „Blockstrategie“ darauf abzielt, die antiimperialistischen Länder einzeln unterzukriegen und die Völker Afrikas und des arabischen Ostens vom aktiven Kampf gegen die kolonialistisch-rassistischen Regimes von Pretoria und Salisbury und gegen das zionistische Regime von Tel Aviv abzubringen. Diese Strategie ist nicht neu. Die Politik einer „regionalen Einflußnahme“ in Afrika wurde vom Staatsdepartement, vom Pentagon und von der CIA schon Mitte der 60er Jahre angekündigt.

Man darf nicht übersehen, daß versucht wird, die gerade erst entstandene Republik Dschibuti in das Blockierungsabenteuer zu verstricken. Auch will man in Nordostafrika das „zairische Experiment“ wiederholen, bei dem Soldaten einiger arabischer Länder für fremde Interessen kämpfen mußten.

Besonders aktiv bei dem von der Reaktion angestifteten Kesseltrei-



Die Werktätigen von Addis Abeba demonstrieren für das Regierungsprogramm fortschrittlicher Umgestaltungen

Foto TASS

natürliche und stete Annäherung an die Fortschrittskräfte der Welt, vor allem aber an die sozialistischen Staaten, zusteuerte.

Die innere Konterrevolution repräsentieren die separatistischen Gruppierungen, die monarchistische Äthiopische Demokratische Union mit Hauptquartieren in London und Khartum und die illegale anarchistische, promaoistische Revolutionäre Volkspartei. Sie üben einen Terror aus und schüren Zwistigkeiten zwischen den Völkern und Religionsgemeinden. Besonders gefährlich für den Staat sind heute aber wohl die von der Reaktion angestifteten Umtriebe der Separatisten, vor allem in Eritrea (Norden des Landes), wo ein regelrechter Krieg angezettelt worden ist.

Die Ansprüche der separatistischen

ben gegen Äthiopien ist das sudanesisches Regime. Unverkennbar will es gegen Äthiopien einen unerklärten Krieg anzetteln. Zu diesem Zweck wurde den Separatisten und Trupps der monarchistischen Äthiopischen Demokratischen Union, die im Sudan untergekröhen waren, die Grenze nach Äthiopien geöffnet. Khartum leistet diesen konterrevolutionären Elementen, die Äthiopien zerstückeln wollen, immer umfangreichere, auch militärische Hilfe.

Die Revolution verteidigt sich

Die Führung Äthopiens hat sich wiederholt zur friedlichen Bereinigung der Streitfragen bereit erklärt, leider ohne bei den Feinden Äthopiens Anklang zu finden. So hat der Präsident des Sudans die auf der jüngsten OAU-Tagung in Libreville gebildete Kommission zur Regelung der sudanesisch-äthiopischen Beziehungen im Grunde genommen boykottiert.

Äthiopien befindet sich praktisch im Belagerungszustand. Wichtigste Kanäle der Wirtschaft sind stillgelegt, es mangelt an Rohstoffen und Nahrungsmitteln, die Zone der Kampfhandlungen dehnt sich aus. Letztlich werden in Presse und Rundfunk oft Lenins Worte zitiert „Eine Revolution ist nur dann etwas wert, wenn sie sich zu verteidigen versteht...“ In diesem Falle handelt es sich darum, die wichtigsten Erwerbsfähigkeiten des Volkes zu verteidigen und die territoriale Integrität des Landes zu erhalten.

Die Führung Äthopiens stärkt unablässig und auf allen Ebenen die revolutionären Machtorgane. Bewaffnete Arbeiterwehren und Bauerntrupps werden aufgestellt. Außer einer Verstärkung der regulären Streitkräfte sind bewaffnete Volksmilizen gebildet worden. Ende April wurde das subversive Treiben der im Land gebliebenen westlichen, größtenteils amerikanischen Sonderdienste und Ämter rigoros unterbunden. Überall wird für Verteidigungszwecke gesammelt. Bauern und Arbeiter verpflichten sich, auch für ihre zur Armee und zur Miliz gegangenen Landsleute zu arbeiten. In der schweren Zeit zeigen sich immer mehr Keime einer neuen Einstellung zur Arbeit und zur Erfüllung der Bürgerpflichten. Die Losung „Eine revolutionäre Heimat oder der Tod“ kennzeichnet Schwerpunkte, Rhythmus und Sinn des harten Alltags im Hinterland und an den Feuerstellungen.

Faktoren des Fortschritts

Faßt man die schwierige Situation ins Auge, in der die revolutionären Kräfte Äthopiens kämpfen müssen, so darf man auch die auswärtigen Faktoren nicht übersehen, die dazu beitragen, das Regime zu stärken und die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen fester zu untermauern. Zu diesen Faktoren zählen die sich gut entwickelnden Beziehungen zu den sozialistischen Staaten einschließlich der UdSSR. Hier war Anfang Mai eine äthiopische Gipfeldelegation zu einem offiziellen Besuch. In der abschließend unterzeichneten Erklärung über die Grundlagen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und dem sozialistischen Äthiopien wird betont, daß beide Länder für einen Ausbau ihrer Beziehungen sind, die „u. a. auf Grundsätzen zu beruhen haben wie dem Verzicht auf Gewalt und Gewaltandrohung, Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten, Unerschütterlichkeit der Staatsgrenzen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und friedliche Beilegung von Streitfragen“. In einer Sondererklärung der TASS vom 5. Juni ist hervorgehoben, daß die Vorgänge im Raum des Horns von Afrika auf Versuche der reaktionären Kräfte zurückzuführen seien, einen Schlag gegen das fortschrittliche Regime Äthopiens zu führen, einen gefährlichen Spannungsherd anzufachen und Staaten Afrikas gegeneinander aufzuhetzen. Wie allgemein bekannt, tritt die UdSSR gegen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder Afrikas und gegen jeden Versuch auf, Streitigkeiten zwischen Staaten mit Gewalt zu bereinigen. Solche Konflikte beeinträchtigen, wie die UdSSR wiederholt betonte, die Interessen nicht nur der in sie verstrickten Völker, sondern der ganzen nationalen Freiheitsbewegung und des Friedens auf Erden.

* * *

Das neue Äthiopien hat große Schwierigkeiten. Aber eins ist klar: Die Revolution hat das Land vor einer nationalen Katastrophe, vor einer neokolonialistischen Unterjochung bewahrt. Die Einstellung zum kämpfenden Äthiopien ist heutzutage der Prüfstein auch dafür, inwiefern die Losungen der verschiedenen politischen Kräfte innerhalb und außerhalb Afrikas schlagkräftig und konsequent sind.

Seitdem in der sowjetischen Presse der Entwurf zur neuen Landesverfassung veröffentlicht war, beschäftigen sich damit weiteste Kreise der Weltöffentlichkeit. Unsere Freunde bringen ihm lebhaftes Interesse entgegen und sehen in ihm einen stichhaltigen Beweis für das schnelle Vorwärtkommen unseres Landes in allen Lebensbereichen und dafür, daß die sozialistische Demokratie zu voller Blüte gelangt ist. Anders verhalten sich unsere Gegner zum Entwurf für das neue Grundgesetz, was ja auch nicht anders zu erwarten war. Ohne sich in den Mitteln und Methoden irgendeinen Zwang aufzuerlegen, haben sie falsche Anschuldigungen vorgebracht und behaupten, die neue Verfassung gewährleiste den sowjetischen Menschen nicht die notwendigen politischen, persönlichen und Bürgerrechte und -freiheiten. Aus diesem Chor klingen ziemlich deutlich die Stimmen derer heraus, die vorgeben, die gläubigen Sowjetbürger in Schutz nehmen zu müssen, da diese als Gläubige ständig verfolgt seien.

Klar ist, daß dieses Gerede im Westen und in der dritten Welt Mißtrauen gegen den Sozialismus wecken und ihn bei der Weltöffentlichkeit, auch bei den Gläubigen, in Mißkredit bringen soll.

Daß das alles Verleumdung ist, bestätigten auch die Teilnehmer der vor einigen Wochen in Moskau abgehaltenen repräsentativen Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für dauerhaften Frieden, Abrüstung und gerechte Beziehungen unter den Völkern“.

Die Konferenz tagte, als gerade der neue Verfassungsentwurf in der Presse erschien. Als Gläubige interessierten sie sich natürlich für Artikel 52 des Entwurfs, der lautet: „Den Bürgern der UdSSR wird Gewissensfreiheit zuerkannt, das heißt das Recht, sich zu einer beliebigen Religion zu bekennen, religiöse Kulthandlungen auszuüben oder keiner Religion anzugehören.“

Auf einer nach der Konferenz für sowjetische und ausländische Journalisten veranstalteten Pressekonferenz sagte Pastor Mochalski aus der Bundesrepublik, der Vizevorsitzende der Christlichen Friedenskonferenz, wer sich von der Gewissensfreiheit in der UdSSR überzeugen wollte, der habe es auf dieser Konferenz können, weil man da frei und offen und auch etwas kritisch miteinander über Gewissensfragen sprechen konnte. Er sage das so

OBJEKTIVE AUSSAGEN

Die Wahrheit über die Gewissensfreiheit in der UdSSR

nachdrücklich, weil es den Teilnehmern aus dem Westen sehr wichtig sei, an Ort und Stelle zu hören und zu sehen, ob das, was in der Verfassung steht, der Wirklichkeit entspreche. Der Artikel 52 werde nicht nur auf dem Papier stehen, er werde tatsächlich verwirklicht.

Auf die Frage eines Korrespondenten der Presseagentur Nowosti sagte Hochwürden Nelson Otieno, ein Repräsentant der Anglikanischen Kirche Kenias, daß er „jedes Mal entrüstet“ sei, wenn er „die Verleumdungen über die Verfolgung sowjetischer Bürger für ihren Glauben“ lese. „Wenn jemand deswegen Zweifel hat, soll er in die Sowjetunion reisen und eine beliebige Kirche betreten. Dort wird er Betende sehen. Jeder sowjetische Mensch kann sich zu einem beliebigen Glauben bekennen oder aber Atheist sein. Das ist in der Verfassung der UdSSR verbrieft und in ihrem neuen Entwurf betont, ja es wird in die Praxis umgesetzt.“

In diesem Sinne äußerte sich auch ein Vertreter der Moslems aus dem Irak, Abdulla Sheikhi, vor Gläubigen in der Leningrader Moschee; ebenso L. Joshi, Leiter der Fakultät für Buddhaforschungen an der Universität von Pundschab, nach einem Besuch in der Burjatischen Autonomen Republik; ferner der anglikanische Erzbischof Runcie einem Korrespondenten des *Observer* gegenüber; der italienische Katholik Genari Monor und noch viele andere.

Mohammad Jonis Saleem, ein indischer Abgeordneter und Moslempriester, sagte in einem Gespräch mit Salich Batyjew, dem Präsidialvorsitzenden des Obersten Sowjets der Tatarischen ASSR: „Im Namen aller Mitglieder unserer Delegation, die Ihre Republik besucht haben, möchte ich Ihnen und Ihrer Regierung herzlich dafür danken, wie Sie für Ihr Volk einschließlich der Gläubigen sorgen. Darauf hinzuweisen, ist uns wichtig, weil im Westen das Gerücht verbreitet wird, daß bei Ihnen die Rechte der Gläubigen geschmälert werden. Wir ha-

ben uns davon überzeugt, daß das nicht der Fall ist.“

Pastor Hebler aus der Bundesrepublik berichtete der Konferenz, daß im Westen hartnäckig behauptet wird, die UdSSR gefährde den Frieden. Außerdem werde die Lüge verbreitet, daß die sozialistischen Länder die Menschenrechte verletzen. Damit wolle man rechtfertigen, daß die Rüstungsaufwendungen im-



mer mehr vergrößert werden. Deshalb werde immer wieder das antikomunistische, antisowjetische Gespenst an die Wand gemalt. Mit seiner Hilfe stifte man Mißtrauen unter den Völkern und besonders unter den Gläubigen.

Gerhard Class, der Generalsekretär der Europäischen Baptistenkonferenz, sagte, man werde die Konferenzteilnehmer nach ihrer Heimkehr aus der UdSSR fragen, was sie für die Verwirklichung der Menschenrechte und für die Glaubensfreiheit getan hätten. Sie wüßten schon, was zu antworten. Sie könnten die Sachlage veranschaulichen an Hand der Konferenz, des sowjetischen Verfassungsentwurfs, des freien religiösen Lebens, das sie mit eigenen Augen gesehen hätten, und der Gnade, die die Sowjetregierung für Gesetzesverstöße verurteilten Gläubigen wiederholt erwiesen habe, was im Westen leider nicht von allen begriffen werde.

Charles Smith, Präsident der nordamerikanischen Baptistenkonvention, ebenfalls ein Teilnehmer der

Weltkonferenz, hat festgestellt, daß seine Delegation zu ihrer Freude sagen könne, es gebe in der UdSSR keine herrschende Kirche und die Schule sei laut Gesetz von der Kirche getrennt. In den sowjetischen Schulen seien christliche, moslemnische, atheistische und andere Kinder gemeinsam erfaßt.

Es sei bemerkenswert, daß eine religiöse Weltkonferenz in der Hauptstadt eines sozialistischen Staates getagt habe — das sagten Metropolit Paulos Mar Gregorios; G. Tardio, stellvertretender Außenminister Boliviens und Leiter des Kultusministeriums; Guido Senzig, Mitglied der Leitung der Berliner Konferenz Katholischer Christen, und noch andere Delegierte. In vielen Ländern wäre es undenkbar, so viele Vertre-

An der Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für dauerhaften Frieden, Abrüstung und gerechte Beziehungen unter den Völkern“ nahmen 660 Prominente der Klerikerkreise und der Öffentlichkeit von 107 Ländern teil.

Unser Bild: Blick in den Konferenzsaal

Foto TASS

ter ganz verschiedener Glaubensbekenntnisse zu versammeln und ihnen ohne Unterschied jede erdenkliche Aufmerksamkeit zu erweisen. Deshalb bezeuge schon die Konferenz selbst, daß Artikel 52 des sowjetischen Verfassungsentwurfs real ist.

In diesem Sinne äußerten sich angesehene Kleriker, die doch für Glaubensfragen höchst kompetent sind. Nach solchen Äußerungen kann niemand mehr daran zweifeln, daß sich die in einigen Ländern auftretenden unbetenen Beschützer der Gläubigen in der UdSSR mit leerem Gerede, wenn nicht mit Ärgerem abgeben.

Dr. phil. M. ANDREJEW



WEM DIE STUNDE SCHLÄGT

Arkadi BUTLIZKI

Nach Ansicht der meisten Beobachter steht die Apartheid-Republik vor ernststen Veränderungen, die das Rassensystem in seinen Grundfesten erschüttern könnten. Die blutigen Vorgänge in Soweto im Sommer 1976 betonten nur ihre Unabwendbarkeit. Gemetzel wie dieses hat Südafrika, seit es 1910 britisches Dominion wurde, nicht gekannt.

Soweto bedeutete nicht nur ungewöhnliche Repressalien. Das war der Funke im Pulverfaß Südafrika. Der Aufstand erfaßte fast alle afrikanischen Gemeinden um die Großstädte der RSA. Einen dermaßen heftigen Ausbruch der Volksempörung hatte die regierende Nationalpartei noch nie erlebt. Mehr noch. Wie die südafrikanischen Patrioten zu Recht hervorheben, darf man über die Volksunruhen, die Soweto auslöste, nicht in der Vergangenheit sprechen. Immer neue Bevölkerungsschichten schalten sich in den Kampf ein. Mit erneuter Kraft flammten antirassistische Aktionen in Soweto und anderen afrikanischen Siedlungen Ende Juli und Anfang August d. J. auf.

In den Regierungskanzleien Pretorias sind sich viele über den Ernst der Lage im klaren. In diesem Sinne dürfen die gespielt optimistischen öffentlichen Erklärungen der Führer der Nationalpartei nicht täuschen, zumal auch darin immer häufiger Nervosität mitschwingt. Ende v. J. erklärte Verteidigungsminister P. Botha auf dem Parteikongreß ohne Umschweife, mit der Armee allein könne man alle „Mängel“ nicht beseitigen. Vielmehr gehe es darum, die Herzen und Hirne des Volkes zu gewinnen. Die nationale Sicherheit sei nicht als lediglich militärisches Problem aufzufassen, schloß der Minister. Das sind wirklich neue Töne bei denen, die sich erst vor kurzem nur auf Gewalt als Mittel zur „Regelung“ der Rassenprobleme verließen.

Die Schutzpatrone sind besorgt

Diese befinden sich im Westen und machen sich offensichtlich Gedanken über die Entwicklung in der RSA. Seit einiger Zeit befindet sich die Frage der RSA-Zukunft im Fo-

kus der außenpolitischen Aktivitäten Washingtons. Noch gegen Ende der republikanischen Administration entwickelte Außenminister Henry Kissinger eine fieberhafte Betriebsamkeit, um in seinem Lieblingsverfahren Pendeldiplomatie das Knäuel der komplizierten südafrikanischen Probleme zu entwirren. Seit Einzug Carters im Weißen Haus gehört das zu den wichtigsten Anliegen der US-Diplomatie. Erstmals wurde die Koordinierung der amerikanischen Afrikapolitik dem zweitwichtigsten Mann in der Washingtoner Administration — dem Vizepräsidenten der USA Mondale — aufgetragen, und das will etwas heißen.

Die westlichen Länder animieren die Stützen des Apartheid-Regimes zu Zugeständnissen an die afrikanische Mehrheit, um nicht die herangereiften revolutionären Veränderungen zuzulassen, sie vielmehr durch eine Evolution der bestehenden Zustände zu ersetzen, die die schlimmsten Formen der rassenmäßigen Unterdrückung und Ungleichheit beseitigen, dafür aber in den Ländern dieser Region, auch in der RSA, die Grundlagen der neokolonialistischen Ausbeutung der Afrikaner bewahren würde. Der weißen Minderheit wird eingeflößt, daß die Alternative zu Reformen von oben nur ein totaler Rassenkrieg sein könne, der letzten Endes mit der Präsenz der Weißen in Südafrika überhaupt Schluß machen würde. Unter anderem suchte Mondale in Wien Vorster ebendas verständlich zu machen. Aber dieser Gesprächspartner erwies sich als recht verständnislos oder auch wenig nachgiebig. Viel mehr Verständnis fand die USA-Position zu dieser Frage beim südafrikanischen Diamanten- und Goldkönig Oppenheimer: er war der wichtigste Gesprächspartner des USA-Vertreters bei der UNO A. Young, der auf Einladung des Magnaten im Mai der RSA einen Besuch abstattete.

Es ist ein Paradoxon des südafrikanischen politischen Lebens: Die Aufrufe zur Modernisierung der Rassentrennungspolitik finden den lebhaftesten Anklang bei den Vertretern des Big Business der RSA. Sie sind schon seit langem über die „Extreme“ des bestehenden Systems verärgert, die unter den gegenwärtigen Bedingungen ihre Aktivitäten nicht selten hemmen. So sind viele Geschäftsleute wenn nicht für eine vollständige Abschaffung, so doch für eine Lockerung der sogenannten Rassenschranke, die der Industrie

die so notwendigen qualifizierten Arbeiter unter den Afrikanern entzieht.

„Liberaler des vorigen Jahrhunderts“

Einige Finanz- und Industriegehaltigen haben im Prinzip nichts dagegen, den Afrikanern das Wahlrecht zu gewähren, allerdings unter der Bedingung, daß es durch Bildungs- und Vermögenszensus beschränkt wird. Dieser würde nur die afrikanische Elite gelten lassen, die zur Zusammenarbeit mit der weißen Minderheit bereit wäre. Übrigens vertritt in der gesamten legalen Opposition der RSA nur die von H. Oppenheimer protegierte Fortschrittliche Reformpartei (PRP) eine so „kühne“ Auffassung, die den Einzug einiger Afrikaner ins Parlament voraussetzt. Aber von der Formel „Eine Person — eine Stimme“, für die die wirklich demokratischen Kräfte des Landes eintreten, wollen die PRP-Führer nichts hören. „Die politische Mentalität der weißen Welt in der RSA hat die Schwelle des 20. Jahrhunderts noch immer nicht überquert“, schrieb die Pariser Zeitschrift *Monde diplomatique* über den „Liberalismus“ dieser Partei.

Im Unterschied zu den „Liberalen“ aus der PRP läßt die Mehrheit der Nationalpartei nicht einmal den Gedanken an eine selbst minimale Anzahl von Afrikanern im Parlament zu. Nichtsdestoweniger rechnen die Führer der Apartheid-Republik damit, daß die entstehende schwarze Mittelklasse im Kampf gegen die patriotischen Kräfte auf ihrer Seite sein werde. Laut *Monde diplomatique* macht die Mittelklasse etwa 5% der afrikanischen Bevölkerung aus. Diese Zwischenschicht, die in Bantustans stärker vertreten ist als in den Städten, umfaßt Kaufleute, Beamte des Ministeriums für Angelegenheiten der Bantu und des Verwaltungsapparats der Bantustans, ferner Angestellte, Lehrer und Geistliche. Die neue soziale Gruppe hat eine Einstellung zum afrikanischen Proletariat wie jede andere Bourgeoisie auch. Sie weiß, daß sie die Rechte, nach denen sie verlangt, aus eigener Kraft nicht zu erkämpfen vermag. Zugleich damit ertrage sie, bemerkt die Zeitschrift dazu, mit unnachahmlicher Demut die Erschwernisse der Apartheid und ziehe noch Vorteile aus der Rolle, die sie in den Bantustans spielen müsse. „Diese neue Mittelklasse“, schreibt die Zeitschrift, „dreht sich im Kreis

und wagt nicht, sich eindeutig für ein Lager zu entscheiden. Entsetzt über den bloßen Gedanken an einen frontalen Zusammenstoß mit den Weißen, begnügt sie sich mit Nadelsticheleien, ohne je das Gesetz zu verletzen.“

Aber auch in den Reihen der „schwarzen Bourgeoisie“ kommt es zu Vorgängen, die die Hoffnungen der herrschenden weißen Oberschicht, sie im Kampf gegen die Befreiungsbewegung als Verbündeten oder zumindest neutral zu sehen, unverkennbar zunichte machen. Die Jugend dieser sozialen Gruppe beteiligt sich massenhaft an der Südafrikanischen Studentenorganisation, am Konvent des schwarzen Volkes und an der Bewegung der Schwarzen für Selbstbewußtsein. Ihre Plattformen sind verworren, ja mitunter utopisch, aber diese Organisationen treten energisch gegen die Apartheid auf.

Aber obwohl an der „schwarzen Bourgeoisie“ als Pufferschicht interessiert, fördert das Regime in Pretoria sie keineswegs. Die Gesetze der Apartheid beschränken nach wie vor das Recht der Afrikaner auf Eigentum und auf vorteilhafte Kapitalanlagen. In dieser Hinsicht bieten auch die Gesetze über die Bildung und den Status der Bantustans der afrikanischen Bourgeoisie keine Aussichten.

Die Verkrampften und die Verligten

Wie soll man vor Stürmen bestehen, die drohen, das überlebte Regime der Rassenunterdrückung hinwegzufegen? Was unternehmen, um die herrschende oder wenigstens privilegierte Stellung des weißen Mannes in der einen oder anderen Form aufrechtzuerhalten? In diesem schwer zu lösenden Problem ist das weiße Lager der RSA zersplittert und zerstritten wie nie zuvor. Früher verlief die Grenze vorwiegend zwischen den beiden wichtigsten Gemeinden der Weißen — den Afrikanern und den Briten (Nachkommen der Briten). Heute ist die Afrikanergemeinde und ihr wichtigster politischer Überbau, die Nationalpartei, in mehrere einander feindlich gegenüberstehende Gruppierungen gespalten.

Die Farmer aus den „hinterwäldlichen“ Gebieten sowie jene Afrikaner, die zur Arbeiteraristokratie gehören, halten an den archaischen rassistischen Kanons. Sie klammern sich an beliebige über-

lebte Dogmen der Apartheid, erblicken sie in ihnen doch eine Garantie dafür, daß ihr hoher (auf Knochen von Millionen Afrikanern erreicht) Lebensstandard unangetastet bleibt. In diesen sozialen Schichten findet die hartköpfige Gruppierung der Nationalpartei, die Verkrampften, Unterstützung.

Wie gesagt, ist es ein politisches Paradoxon, aber die Monopolisten unter den Afrikanern, die zur Nationalpartei gehören, stehen weltanschaulich ihren Klassenkameraden aus der PRP viel näher als den einfachen Mitgliedern der eigenen Partei. Die Anomalien der Apartheid hemmen ihre ökonomische Aktivität und ihre weitere Bereicherung, sie fürchten sich vor den Ausmaßen der Befreiungsbewegung unter den Afrikanern und haben sich schon lange mit dem Gedanken abgefunden, daß eine gewisse Modernisierung des Regimes nötig sei. Dann bekannte sich zu diesem Standpunkt auch ein Teil der Afrikanerintelligenz, die die Gruppe der Verligten (Aufgeklärten) innerhalb der Nationalpartei bildete.

1969 verließ ein Teil der „Verkrampften“ die Nationalpartei und konstituierte die Herstigte (Hergestellte) Nationalpartei, mit einer unverhohlenen extremistischen Plattform. Aber auch in der Nationalpartei selbst bleiben kaum maskierte Anhänger der „Verkrampften“, und jede Abweichung von den Regeln der „klassischen Apartheid“ findet bei ihnen eine geharnischte Abfuhr. Auf ihren Einfluß läßt die Tatsache schließen, daß die typischen „Verkrampften“ P. Meyer und dann A. Treurnicht bis vor kurzem dem geheimen Broederbond, der Hauptzentrale des südafrikanischen Rassismus, vorstanden.

Neue Risse

Nach Soweto wurde klar, daß die Einteilung in „Verkrampften“ und „Verligten“ die Tiefe der Gegensätze im Lager der Afrikaner nicht mehr genau widerspiegelt. In ihm ist eine neue Generation aufgekommen, Leute, die, um die Macht der Weißen zu erhalten, mehr an die Nichtweißen abzutreten bereit sind als die „kleinliche Apartheid“, deren Aufgabe von den „Verligten“ gepredigt ist. Zu den neuen „Rebellen“ in der Nationalpartei gehören prominente Geschäftsleute, Staatsbeamte, Journalisten aus den Reihen der Afrikaner. Auf die Rolle ihres Führers reflektiert Willem de Klerk, Chefredakteur der Johannesburg

Zeitung Transvaler, die als halbamtliches Blatt der Nationalpartei bekannt ist. Sie haben in der Regierung auch ihr „Trojanisches Pferd“: den Minister für Volksbildung, Sport und Erholung P. Koorhof.

Ein Korrespondent der Wochenschrift Express (Paris) unterhielt sich mit Willem de Klerk und legte dann dessen Kredo folgendermaßen dar:

„Die Schwarzen in den Städten? Ihnen müssen das Recht auf Eigentum, das Recht, ihr Geschäft zu verwalten, und gleiche Chancen gegeben werden. Die ins weiße Parlament aufzunehmen? Nein, wir wären überrannt. Aber es ist absurd, ihre Bürgerrechte auf die Bantustans zu beschränken... Die Bantustans? Ihnen sollte man mehr Boden und immer mehr Geld geben — allerdings erst in drei oder vier Jahren, aber es schon heute verkünden. Die Farbigen“ (Mischlinge), „die 700 000 Inder? Sie müssen vollberechtigte Bürger ohne jegliche Diskriminierung werden. Vorläufig dürfen sie nicht in ein und dasselbe Parlament, aber später vielleicht...“

Gleichsam in Weiterentwicklung dieser Thesen gab Minister Koorhof Ende Mai d. J. eine weitläufige Erklärung ab: Südafrika sei auf dem Weg zu einem Bundesstaat vom Typ der Schweizer Kantone, und in seinem Rahmen würden die verschiedenen Rassen die lokale Autonomie und eine Vertretung in der gesamt-nationalen Regierung haben. Es verlautet, für diese Konzeption, die deren Urheber großsprecherisch „pluralistische Demokratie“ nennen, seien auch Innen- und Informationsminister Mulder sowie Verteidigungsminister und stellvertretender Ministerpräsident Botha. Zugleich damit wird hervorgehoben, daß so ein Bundessystem die derzeitige Politik der Schaffung von Bantustans, diesen Eckstein der Apartheid, eher in sich aufnehmen als ersetzen werde.

Demnach sind selbst die Schichten der privilegierten weißen Minderheit, die sich über die Unabwendbarkeit von Veränderungen klar sind, nicht bereit, sie in Dimensionen durchzuführen, die die Afrikaner und alle nichtweißen Bürger der RSA befriedigen würden. Inzwischen bleibt dem „weißen“ Südafrika, das am äußersten Rande steht, immer weniger Zeit und ein immer engerer Wirkungsbereich für seine Manöver.

BRD

Adolfs postume Karriere

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

„Schreiben Sie bloß nicht, daß einem in der Bundesrepublik auf Schritt und Tritt Neonazis begegnen“, sagte halb im Scherz, halb im Ernst ein hoher Beamter des Presse- und Informationsamtes der Bundesrepublik in Bonn, als ich mich nach meinem Vorstellungsbesuch verabschiedete.

Tatsächlich bin ich in den ersten beiden Monaten meines Aufenthalts in der Bundesrepublik persönlich mit keinem Neonazi zusammengetroffen. Überall aber fallen einem geistige und nicht nur geistige Symptome dafür auf, daß die im Dritten Reich kultivierten Bazillen nicht aus dem öffentlichen und politischen Leben dieses Landes getilgt sind. Indirekt deutet auch das neuerliche Steigen der „Hitlerwelle“ darauf hin. Hiermit meine ich Bücher, Filme, Zeitungsartikel und Fernsehprogramme mit einer — gelinde gesagt — merkwürdigen Darstellung der Geschichte des Faschismus.

Auf der Hohenzollernallee in Köln ist alle paar Meter ein Kino. In den Schaukästen sieht man farbige Szenenbilder aus amerikanischen Greuel- und skandinavischen Pornofilmen. In manchen fehlen sie, dafür ist quer die Aufschrift „Die große Sensation“ angebracht, was bedeuten soll, daß hier ein Superpornofilm, der letzte Schrei dieser Mode, zu sehen sei, dessen Szenen „offener“ sind, als die Polizei für Werbezwecke erlaubt.

Unter allen diesen vielfarbigem Schaukästen fällt der mit Schwarzweißfotos bestückte vor dem „Apollo“ auf. Sie zeigen einen Mann mit Schnurrbart am Rednerpult, im offenen Wagen, auf dem Hof der Reichskanzlei. Der Filmtitel lautet „Hitler — eine Karriere“. Der Presse zufolge hat der Film überall in der BRD „durchschlagenden Erfolg“. In dem zweieinhalbstündigen Streifen, der größtenteils aus Pro-

pagandaufnahmen der Naziwochenschau besteht, versucht der bundesdeutsche Journalist Joachim Fest, sozusagen ein Psychogramm von Adolf Hitler zu geben, d. h. zu erklären, wie Hitler „der Führer“ werden konnte.

Die Frucht seiner Arbeit läßt erkennen, daß Fest es sich zur Aufgabe gemacht hatte, den wirklichen Ursprung des Hitlerfaschismus zu vertuschen, bloß nicht so plump wie manche seiner bundesdeutschen Vorgänger, sondern eine scheinbare Objektivität wählend. Deshalb hat er in den Film Aufnahmen aus Konzentrationslagern eingebaut, hat er die politischen Emigranten erwähnt und sogar Fotos verwendet, auf denen die Erschießung friedlicher Menschen zu sehen ist. Das alles aber nur nebenbei, es geht in den Wochenschaulenzen unter, in denen der Massenmörder als Biedermann oder als umjubelter Redner zu sehen ist. Vor allem aber will man mit dem Film beweisen, daß Hitler, wie es im Kommentar heißt, weder käuflich noch vom Großkapital abhängig gewesen sei. Diese „objektive“ Aussage war deutlich der Zweck der Übung.

Vor einigen Jahren gab Fest eine umfängliche Hitler-Biographie heraus. Darin steht zwar, daß das Dritte Reich von den Industriellen finanziert wurde, Fest hat diese Tatsache aber schon damals heruntergespielt. Seitdem sei — so *Unsere Zeit* — der einäugige Joachim Fest auf beiden Augen erblindet.

Im „Apollo“ sah ich manchmal von der Leinwand fort ins Publikum. Es mag in dieser Vorstellung rein zufällig aus über Sechzig- und unter Zwanzigjährigen bestanden haben. Die ältere Frau rechts von mir hatte manchmal etwas Verzücktes im Blick. Was aber dachten die Jungen und Mädchen, die weiter vorn saßen und dem Filmgeschehen mit Interesse folgten?

Das war das Hauptthema einer ZDF-Diskussion vom 26. Juli.

Der Journalist Karl-Heinz Jansen sagte, er halte den Film für gefährlich, besonders für jüngere Leute, die das Dritte Reich nicht aus eigener Erfahrung kennen. Er gebe eine falsche Vorstellung von den geschichtlichen Fakten, zeige Hitler so, wie ihn die Nazipropaganda dem Volk zeigen wollte. Geboten werde ein „Psychogramm“ Hitlers, man lasse aber die geschichtlichen Voraussetzungen und die geschichtlichen Bedingungen für seine Karriere unerläutert. Hitler werde als eine Art Superman gezeigt, der Ernst dieser Erscheinung werde abgeschwächt, sie sei nichts weiter als ein unfaßbarer Betriebsunfall der deutschen Geschichte gewesen. Die Hitlernostalgia bahne ohne richtige



In Frankfurt a. M. gehen Ordnungshüter gegen Leute vor, die einen Marsch von Neonazis aufzuhalten versuchen.

Foto TASS

Erläuterungen einen Weg zu neuen Mythen.

Fest, der auch anwesend war, rechtfertigte sich nach einem sichtlich präparierten Schema. Man könne einen Film nicht für etwas kritisieren, was nicht drin sei. Er, Fest, habe nur eine Seite des Themas genommen, alles übrige sei durch eine Unmenge von Publikationen über Hitler, ja schließlich aus Schulbüchern bekannt. Nun ja, es sei nicht so leicht nachzuprüfen, wie die Jugend das Gebotene aufsaugt.

Man konnte es aber. Unlängst schrieben in Flensburg auf Anregung des jungen Lehrers Dieter Bossmann 3000 Gymnasiasten, Real- und Berufsschüler im Alter

zwischen 13 und 17 Jahren einen Aufsatz über das Dritte Reich. Die Veranstalter waren über das Ergebnis erschüttert. Auf eine derartige Unkenntnis — oder sagen wir lieber: gefährliche Unkenntnis — waren sie nicht gefaßt gewesen. Bossmann sagte darüber, das Ergebnis zeuge vom Scheitern der bundesdeutschen Schulpolitik. Hier einiges aus den Aufsätzen als Antwort auf die Frage, was der Schreiber von Adolf Hitler gehört habe: „Den ersten Weltkrieg hatte Adolf Hitler verloren, und den zweiten Weltkrieg hatte Adolf Hitler gewonnen.“

„Er hat nichts gegen die Teilung von Berlin getan, wo die Mauer errichtet wurde.“

„Hitler war vor und in den zwei Weltkriegen der Herrscher von Deutschland, und er gehörte einer kommunistischen Partei an.“

„Man muß jedoch sagen, daß es in seiner Regierungszeit nicht so viel Durcheinander gab, wie in der gegenwärtigen Regierung.“

„Er hat die Kommunisten alle umgebracht. Da war die Welt sauber von Bankräubern und Vergewaltigern. Da hatten wir noch eine freie Demokratie. Wenn Hitler heute an die Macht kommen sollte, würde auch die Welt wieder sauber.“

„Meine Oma verehrte ihn. Sie sagte immer, wenn ein Verbrechen begangen worden ist, das hätte es bei Hitler nicht gegeben.“

„Ich habe von meinem Vati erzählt gekriegt, daß er doch ganz schön schlau war. Er hat mit dem Krieg ja alle Arbeitslosen von der Straße geholt.“

„Ich bin der Meinung, Hitler war eher gut als schlecht. Erstens, er führte die Todesstrafe ein, zweitens, er vergaste die Judenschweine, drittens, durch ihn wurde Steuer, Krankenkasse, Versicherung eingeführt. Es sollte noch einmal so ein Mensch wie Adolf Hitler geboren werden.“

Unter der Rubrik, „Magische Namen“ gab das bundesdeutsche Fernsehen einen Film über Mussolini und zwei Tage vorher einen über den Sicherheitspolizeiführer Reinhard Heydrich, der für seine Bluttaten berüchtigt war (der Film über ihn war halb Spiel-, halb Dokumentarfilm). Bei aller Verschiedenheit haben sie miteinander gemein, daß sie, ebenso wie der über Hitler, als „Psychogramm“ gestaltet sind. Die

kritischen Äußerungen der Kommentatoren verschwinden in dem Wust von Einzelheiten aus dem Leben dieser Massenmörder (wohlgemerkt: aus ihrem Privatleben!), wobei besonderer Nachdruck auf ihr „rätselhaftes Wesen“ gelegt wird.

Bundesdeutsche Historiker gingen schon vor langer Zeit daran, den Nazismus weißzuwaschen. Fest und Konsorten sind mit ihren Methoden, Schlagworten und Argumenten nicht gerade originell. Neu ist, daß sich jetzt „solide“ bürgerliche Blätter und Autoren in die Sache eingeschaltet haben (Fest z. B. gehört zu den Herausgebern der konservativen *Frankfurter Allgemeinen*), während früher Neonazis und ausgesprochen reaktionäre Kreise dieses unsaubere Geschäft betrieben.

Den Hitlerfilm hat eigentlich auch der Hamburger *Spiegel* begrüßt, der sich liberal nennt. Rechtfertigend schrieb er, vorher sei Hitlers Gestalt im Film „allzulange von ... antifaschistischen Kampfpapieren beherrscht gewesen“. Als ob die antifaschistische Einstellung nicht die naturgegebene und objektive Einstellung des einzelnen und der ganzen Menschheit wäre! Der *Spiegel* stellt Fest auch damit einen Freibrief aus, daß er dessen Film einen Versuch nennt, „die filmische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auf ein höheres Niveau zu heben“.

Das Urteil des „liberalen“ *Spiegels* stimmt fast wörtlich mit dem begeisterten Kommentar der neofaschistischen *Deutschen National-Zeitung* überein, der auf dem Titelblatt unter der balkendicken Schlagzeile „Hitlers wahre Größe“ erschien. Hier ein typischer Passus daraus: „Mit dieser nüchternen Anschauungsweise verstößt Fest schon gegen gängige Tabus. Hitler als faszinierende Persönlichkeit, als erfolgreicher Politiker, als populärer Herrscher — das stimmt nicht überein mit der üblichen Teppichbeißer-Karikatur, mit dem Zerrporträt eines Blutsäufers.“

Dieses Lob aus dem Munde von Neonazis erhellt besser als jede Analyse, wem dieser Film nützt.

Und noch eins ist wichtig. Wurde der Nationalsozialismus früher meistens in stiller Klausur gerechtfertigt und erreichte nur ein schwaches Echo der Diskussionen zwischen den Historikern die Pres-

se, so scheint jetzt eine neue Phase eingetreten zu sein. Ins Weißwaschen der Vergangenheit haben sich Massenmedien — Fernsehen und Film — eingeschaltet. Deshalb fragte die *Frankfurter Allgemeine* in einer Schlagzeile: „Hitler, der Held der siebziger Jahre?“ „Der deutsche Diktator erscheint den einen zunehmend als faszinierende Figur und den anderen als überlegt, ja rational handelnder Politiker, dessen moralische Bedenkenlosigkeit sich nicht substantiell unterscheidet vom Machiavellismus anderer Politiker großen Zuschnitts.“

Es folgt eine unverblühte Erklärung, warum man gerade jetzt den Augenblick für gekommen hält, eine neue Kampagne zur Rehabilitierung des Nazismus zu starten (Fest sagte übrigens mehrmals, die Zeit sei reif für diesen Film). Die *Frankfurter Allgemeine* meint, „erstens ist das moralische Entsetzen der Nachkriegszeit ... blasser geworden“, und zweitens haben „neue Schlächtereien verschiedener Systeme ... die einmaligen Untaten, für die er als höchste Instanz des NS-Regimes verantwortlich war, relativiert“.

Nach meinem Dafürhalten erklärt sich die jetzige Hitlerwelle in der BRD gerade damit. Bei den „neuen Schlächtereien verschiedener Systeme“ scheuen die mächtigen Kräfte im Westen weder Mühe noch Mittel, um „den Bolschewismus zurückzuwerfen“. Da Hitler das auch getan habe, sollte man ihn also nicht völlig rehabilitieren oder zumindest es versuchen?

Diese Versuche sehen ganz verschieden aus. Man kreiert regelrecht eine Hitlermode. Die *Frankfurter Allgemeine* schreibt: „Ein fashionables Interesse am europäischen Faschismus der dreißiger Jahre — vornehmlich durch die sentimentale, nostalgische Obsession einiger Regisseure formuliert — hat Hitler sogar zu einer Art neuem „Superstar“ der Medien werden lassen.“ Das Blatt erwähnt, daß die Jugend bei den Studentenunruhen Ende der 60er Jahre im Westen dazu neigte, sich Revolutionäre und Helden „der Linken“ — solche wie Ché Guevara — zu Vorbildern zu nehmen, und spielt darauf an, daß es an der Zeit wäre, neue Vorbilder zu schaffen — „Er scheint zum Helden der „konservativen“ siebziger Jahre zu werden.“

Aus der bürgerlichen Filmproduktion weiß man, daß Stars nicht von selbst hervortreten, daß man sie

„macht“. Ebendas tut man jetzt in der BRD mit Hitler.

Das ist keineswegs überraschend. Der Entspannungsprozeß hat natürlich die Positionen der Revanchisten und Neonazis erschüttert. Verschwunden aber sind diese nicht. Die einen verhalten sich zeitweilig still, andere tarnen sich. Manche sind bei den Wahlen besiegt worden, ja einzelne Gruppierungen sind sogar zerfallen. Alle zusammen sind aber wegen der Erfolge der Friedenspolitik und Zusammenarbeit nur noch bössartiger geworden. Unterstützt von den reaktionärsten politischen und kommerziellen Kreisen, die mit dem Militär- und Industriekomplex liiert sind, haben die Revanchisten letzthin größere Aktivität gezeigt. Das geht u. a. aus dem neuesten amtlichen Bericht des Bundesinnenministeriums hervor. Im Jahre 1976 betätigten sich in der BRD 142 rechtsextremistische Vereinigungen. Ihre Schriften haben eine Gesamtauflage von 178 000 Exemplaren. Laut Bericht herrschte voriges Jahr „eine erhöhte Nachfrage nach Büchern, Broschüren, Schallplatten und Tonbandkassetten ...“, die sich mit der Verherrlichung und Rechtfertigung des NS-Systems befassen“. Und weiter: „Die etwa 15 neonazistischen Gruppen mit zum Teil nur geringer Anhängerschaft wollen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland durch ein der NS-Diktatur vergleichbares Staatssystem ersetzen.“

Man kann sich schwerlich des Gedankens erwehren, daß in der heutigen Bundesrepublik die „respektablen Forscher“ und der politische Abschaum sich ideologisch gegenseitig „bereichern“. Im Grunde genommen führen sie ein und denselben Auftrag aus. Gelänge es nämlich, Hitler reinzuwaschen, so wären damit auch die noch heute tätigen Kreise des Großkapitals freigesprochen, die ihn zur Macht brachten. Sie können den Sündenablaß gar nicht mehr erwarten.

Den werden sie aber nie bekommen. Der Hitlerfaschismus ist etwas Widernatürliches, Unmenschliches. Ihn bestialisch zu nennen, wäre beleidigend für die Tierwelt. Jeder Versuch, ihn zu rechtfertigen, kann nur Abscheu, Entrüstung und Zorn bei den Völkern Europas hervorrufen, die die Welt um den Preis unermesslicher Opfer von der braunen Pest erlöst haben.

Bonn, im August

DISKUSSION MIT DEM LESER

In einem Interview für die BBC wiederholte der Direktor des Londoner Instituts für Strategische Studien, Christoph Bertram, mehrmals die Behauptung, in der UdSSR „werde das Militärpotential aufgestockt“. Und als man ihn fragte, wie er das meine, antwortete er folgendermaßen: Die UdSSR habe keine anderen Mittel, mit denen sie auf die internationalen Beziehungen Einfluß nehmen könnte. Die USA hingegen üben einen starken wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Einfluß auf viele Länder aus...

Levon BARSEGHIAN
Damaskus, Syrien



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Nikolai
SCHIMMEL

Mr. Bertram behauptet, die USA würden in der Weltpolitik nur mit wirtschaftlichen und kulturellen Mitteln agieren. Doch wenn dem so ist, warum sind dann die USA so schwer bewaffnet, haben den größten Rüstungshaushalt? Warum liegen die USA früher wie jetzt beim Wetrüsten vorn, indem sie immer schrecklichere Massenvernichtungsmittel entwickeln und in ihr Arsenal übernehmen? Zudem sind sie der größte Waffenhändler, der mehr Kriegsmaterial verkauft als alle anderen Länder zusammen.

Nicht besser steht es um seine Konzeption gegenüber der UdSSR. Unser Land muß sein Militärpotential nicht deshalb auf dem erforderlichen Stand halten, weil es so auf die internationalen Beziehungen und die Entwicklung in der Welt „Einfluß nehmen“ will. Wir werden durch das Wetrüsten dazu gezwungen, das die NATO und die USA entfesselt haben.

Noch weniger überzeugend nimmt sich die These Prof. Bertrams aus, die UdSSR sei wirtschaftlich „schwach“ und das wolle sie durch eine „Forcierung ihrer Militärmacht“ kompensieren. Man könnte denken, die Londoner Wissenschaftler würden auf einer einsamen Insel leben und hätten bislang nicht vernommen, daß die Sowjetunion wirtschaftlich an zweiter Stelle in der Welt und an erster in Europa liegt. Ist das etwa „wirtschaftliche Schwäche“!

Man sollte auch nicht die starken Mittel der ideologisch-politischen Einwirkung auf die Weltentwicklung unerwähnt lassen, über die die Sowjetunion seit 60 Jahren verfügt. Nicht sowjetische Soldaten, sondern die in Sowjetrußland verkörperte Idee einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft hat seitdem die ganze Welt erobert und viele Völker zum Freiheitskampf inspiriert.

Nehmen wir einen historischen Prozeß wie den Zusammenbruch des Kolonialsystems des Imperialismus. Die herrschenden Klassen des britischen, französischen, deutschen, holländischen Kolonialreiches und anderer Imperien taten alles, um mit ihrer gesamten militärischen Macht diese Positionen zu verewigen. Und der Kolonialismus brach nicht unter dem Vorstoß sowjetischer Divisionen, sondern unter dem Ansturm der kämpfenden Völker zusammen. Zweifelsohne hat der Kampf der Sowjetunion für die nationale Befreiung der Kolonialvölker maßgeblich dazu beigetragen, daß junge Staaten anstelle der ehemaligen Kolonien entstanden sind. Eine große Hilfe für sie sind die auf Initiative der UdSSR angenommenen UNO-Beschlüsse über die Gewährung der Unabhängigkeit an alle Kolonialländer und -völker gewesen, über die Verurteilung des Rassismus und der Apartheid, das Eintreten der Sowjetunion für die Völker, die imperialistischer Aggression ausgesetzt sind oder für ihre Unabhängigkeit kämpfen, sowie die Unterstützung der UdSSR für die befreiten Völker, einschließlich der Wirtschaftshilfe. Gerade hierauf zielen alle Verträge und Abkommen der UdSSR mit den Entwicklungsländern. Folglich ist die Außenpolitik der UdSSR ein starkes Mittel, um auf das Weltgeschehen einzuwirken.

Bemerkenswert ist auch eine andere Tatsache. Viele junge Staaten, die ihre soziale Entwicklung selbst bestimmen können, haben den kapitalistischen Weg abgelehnt und den Sozialismus gewählt. Und das keineswegs unter dem Druck der „militärischen Macht der Sowjetunion“, sondern häufig entgegen den Pressionen der Monopole, die früher bei ihnen schmarotzten. Nicht das militärische Potential, sondern die sowjetischen Erfahrungen und das Beispiel einer gerechten humanen Lösung der sozialen Probleme bestimmten die Wahl ihres Weges.

Noch einiges zu Mr. Bertrams These vom „starken wirtschaftlichen und finanziellen Einfluß“ der USA. Der wirtschaftliche und finanzielle Einfluß des US-Imperialismus war wirklich eine starke Rückendeckung für die Annexionen Israels, bei den Morden der chilenischen Junta und für die Diktaturen in Südamerika, Afrika und Südkorea.

Mr. Bertram hat sich nicht ohne Grund über den „militärischen Einfluß“ der USA in der Welt ausgesprochen. Dann hätte er doch etwas zur Rüstung des israelischen Aggressors, zum schmutzigen Krieg in Vietnam usw. sagen müssen. Doch das paßt offensichtlich Mr. Bertram nicht in den Kram.

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Lektion 7

Übung 1: Übersetzen Sie folgendes Stück aus der Präambel des Entwurfs für die neue Verfassung der UdSSR:

В СССР построено развитое социалистическое общество. На этом этапе, когда социализм развивается уже на своей собственной основе, все полнее раскрываются созидательные силы нового строя, преимущества социалистического образа жизни, трудящиеся все шире пользуются плодами великих революционных завоеваний.

Это — общество, в котором созданы могущественные производительные силы, передовая наука и культура, в котором постоянно растет благосостояние народа, складываются все более благоприятные условия для всестороннего развития личности.

Это — общество зрелых социалистических общественных отношений, в котором на основе сближения всех социальных слоев, юридического и фактического равенства всех наций и народностей возникла новая историческая общность людей — советский народ.

Это — общество высокой организованности, идейности и сознательности трудящихся — патриотов и интернационалистов.

Это — общество, законом жизни которого является забота всех о благополучии каждого и забота каждого о благополучии всех.

Это — общество подлинной демократии, политическая система которого обеспечивает эффективное управление всеми общественными делами, все более активное участие трудящихся в государственной жизни, сочетание реальных прав и свобод человека с гражданской ответственностью.

Развитое социалистическое общество — закономерный этап на пути к коммунизму.

Wörter und Wortverbindungen

созидательная сила	schöpferische Kraft
плод завоеваний	Frucht der Errungenschaften
производительные силы	Produktivkräfte
социальный слой	soziale Schicht
историческая общность людей	historische Menschengemeinschaft
общество высокой организованности	Gesellschaft von hoher Organisiertheit
гражданская ответственность	staatsbürgerliche Verantwortung
этап на пути (к чему?)	Etappe auf dem Weg (zu)

Übung 2: Übersetzen Sie folgende Wortverbindungen und beachten Sie dabei die Mehrdeutigkeit der fettgedruckten Wörter:

- зрелые социалистические общественные отношения
зрелые мысли
зрелый человек
- историческая общность людей
общность интересов
общность взглядов
- плод завоеваний
плод труда
плод размышлений

Übung 3: Übersetzen Sie folgende Wortverbindungen und beachten Sie dabei, wie die fettgedruckten Wörter gebildet sind:

- бесклассовое общество
бесплатное обучение
- благосостояние народа
благополучие семьи
благоприятные условия
благоустроенный город

Blackout, oder es werde Licht



In einem Kommentar zum kürzlichen Blackout in New York unterstrich eine Wochenschrift für die Afroamerikaner, *Amsterdam News*, daß die Regierungspolitik zu den Unruhen in Harlem und anderen Stadtteilen geführt habe, wo Neger, Portorikaner und Vertreter der anderen nationalen Minderheiten leben. „Ich finde es merkwürdig und unwahrscheinlich, daß Präsident Carter sich die Menschenrechte in der Sowjetunion mehr angelegen sein läßt als in den Negergettos Amerikas“, erklärte ein Führer der Organisation „Jugend in Aktion“, Silvester Leaks. „Die Proteste der Massen von Negern und Portorikanern in der Stadt zeigen, daß es keine Banditen sind, sondern Hungrige, die Arbeit brauchen und keine Arbeitslosenunterstützung mehr erhalten.“ „Wollen wir hoffen, daß der letzte Blackout Licht in das Fehlen der Menschenrechte bei sehr vielen unserer Bürger bringen wird“, erklärte der Vorsitzende der Harlemer Juristenvereinigung, Wallace Ford.

Willige Mafia und schwaches Fleisch

Als „Fleischmafia“ bezeichnete der japanische Journalist Tetsuji Yokota jene, die die Viehzucht,

den Fleischimport und -absatz im Lande kontrollieren. Durch raffinierte Betrugereien der Händler ist Fleisch in Japan sehr teuer geworden. Und die staatlich unterstützte Gesellschaft zur Förderung der Viehzucht hat nicht nur keine nennenswerten Erfolge bei der Fleischversorgung der Bevölkerung erzielt, sondern spielt auch selbst eine nicht unbedeutende Rolle bei all diesen Betrugereien. Über 100 Mio Dollar, die die Gesellschaft 1976 einsteckte, wanderten weitgehend in die Schaffung ruhiger Plätzchen für entlassene Regierungsbeamte, in Schmiergelder für das Ministerium für Ackerbau und Forstwirtschaft sowie in den Säckel der Regierungspartei. Jetzt hat die „Fleischmafia“ ein weiteres Mal ihre Macht demonstriert: Ein Journalist wurde gefeuert.

Des Teufels Rechtsanwalt



In Düsseldorf läuft ein Prozeß gegen 14 Schergen von Maidanek. Der bundesdeutsche Rechtsanwalt Ludwig Bock erklärte hierzu frei heraus, solche Prozesse müßten verboten werden. Ist es doch absurd zu meinen — so Bock —, daß in Maidanek wirklich Hunderttausende umgekommen sind. Der Unrechtsanwalt verstieg sich sogar zu der Behauptung, das Tagebuch der Anne Frank sei eine ungenierte Fälschung. Die faschistischen Henker

haben in Bock einen Gesinnungsgenossen gefunden — leider nicht den einzigen in der BRD...

Warte, warte nur ein Weilchen...



In London wurden Meldungen des Atomenergieamtes bekannt, Plutonium und Uran seien aus britischen Kernanlagen „verschwunden“. Offizielle Stellen verweisen auf Schwierigkeiten, die sich aus der Registrierung der atomaren Stoffe ergeben. Wie manche meinen, läßt die derzeitige Registrierungspraxis einem potentiellen Dieb genug Zeit, um eine A-Bombe zusammenzubasteln, bevor der Diebstahl entdeckt wird. Die Unruhe ist begründet: Das abhanden gekommene Plutonium würde ausreichen, um etwa 15 Atombomben herzustellen.

Zu verkaufen

Mehrere US-Konzerne und Stiftungen haben ein regelrechtes Tauziehen um den ... Namen von Ex-Präsident Gerald Ford begonnen. Als auf dem Papier stehendes Aufsichtsratsmitglied wird er dazu beitragen, die Reklame zugkräftiger zu machen, die Geschäftskontakte auszubauen und folglich mehr Profite einzustreichen. Dem Ex-Präsidenten wird hierfür bedeutend mehr Geld versprochen, als er an den Universitäten von Michigan oder Yale erhalten würde, wo Ford Vorlesungen halten will.

Saubermänner

James Miller, Direktor einer kanadischen Firma, die auf die Abschirmung von Telefongesprächen gegen Abhörversuche spezialisiert ist, wollte einen Hintermann des Watergate-Einbruchs, Gordon Liddy, einstellen. Dieses Angebot

begründete der kanadische Geschäftsmann mit zwei „wertvollen“ Eigenschaften Liddys: Jener habe reiche Erfahrungen beim Abhören von Telefongesprächen und könne die Klappe halten.

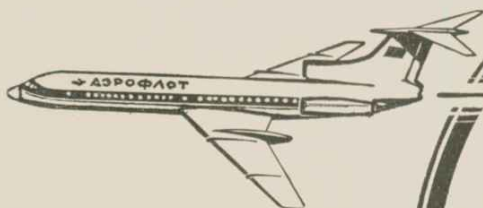
Lila — der letzte Versuch

Die Wasserverschmutzung vor der französischen Küste ist stellenweise so schlimm, daß Baden an vielen Stränden gesundheitsschädlich wurde. Unter dem Druck der Öffentlichkeit nahmen die Behörden eine Untersuchung der Strände vor. Daraufhin wurden an vielen Badeplätzen lila Flaggen mit der Aufschrift „Baden verboten!“ aufgezogen. In 25 Fällen stufte man die Wasserqualität als „unbefriedigend“, 100mal als „zeitweise unbefriedigend“ ein.

Northcliffe hätte's gefreut



„Wenn ein Hund einen Menschen beißt, dann ist das keine Sensation. Doch wenn ein Mensch einen Hund beißt, ist die Sensation da“ — das lehrte seinerzeit der britische Pressemagnat Northcliffe die Zeitungsleute. Die Journalisten verstanden: Sensationen und nochmals Sensationen werden gebraucht. Doch niemand wäre wohl auf den Gedanken gekommen, daß eine Situation, wie sie ihr Chef beschrieben hatte, möglich ist. Kürzlich berichtete die *Times*, in der belgischen Kleinstadt Blankenberge habe ein Hundehalter wütend einen Köter gebissen, der sich über seinen vierbeinigen Liebling hermachte. Das bissige Herrchen muß mit einer Anzeige wegen ... Tierquälerei rechnen.



MOSKAU —
DARESSALAM —
MOSKAU

DIESE FLUGLINIE
IST VIELEN
TOURISTEN
UND GESCHÄFTSLEUTEN
EIN BEGRIFF



Die Strecke Daressalam—Nairobi—Entebbe—Khartum—Kairo—Moskau wird zweimal wöchentlich — donnerstags und sonntags — befliegen. Wenn Sie am Montag abfliegen wollen, dann können Sie die Linie Maputo—Moskau mit einer Zwischenlandung in Daressalam benutzen.

Der Flug mit einer modernen TU-154 bleibt Ihnen unvergeßlich.

Informationen über den Flugplan können Sie in jeder Aero!lot-Vertretung erhalten.

*Wer Luftfahrt sagt,
meint Aeroflot!*



АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

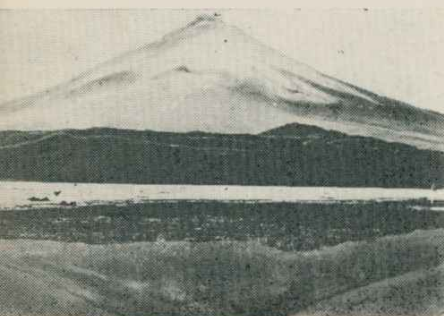




14159-32 105 147 652
SEKT MARX, LENIN
2200-2303 DOM-20



Im Objektiv: E K U A D O R



Am 10. August begeht das Volk dieses Landes seinen Nationalfeiertag, den Tag der Unabhängigkeit (sie wurde 1809 ausgerufen).

Das Land im Nordwesten Südamerikas (Fläche: 271 000 km², Bevölkerung: 7,2 Millionen) blieb lange Zeit ein ausgesprochenes Agrarland, eine „Bananenrepublik“ unter Kontrolle von US-Monopolen. Die industrielle Erschließung der vor etwa 10 Jahren entdeckten rei-

chen Öllagerstätten trägt zu einer beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung Ekuadors bei. Die Republik ist heute das zweitgrößte Erdölland Lateinamerikas (nach Venezuela).

Unsere Bilder: Blick auf Quito, die Hauptstadt Ekuadors ♦ Bei der Hitze hilft nur Eis ♦ Rathaus in Guayaquil, der größten Stadt des Landes ♦ Monument zum 100. Jahrestag der Unabhängigkeit in Guayaquil ♦ Diese Firma führt auch sowjetische Wagen ♦ Ein ekuadorianisches Dorf ♦ Cotopaxi ist der höchste tätige Vulkan der Welt (5896 m).

Fotos A. Smirnow und TASS

NEUE ZEIT
Индекс 70624 НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
авиалинии СССР